

Situations- und
Ressourcenanalyse
für den Lokalen Aktionsplan des



Landkreis
Meinigen Schmalkalden



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Gliederung

Vorbemerkung	5
1. Problemstellung	8
2. Aufbau der sozialräumlichen Situations- und Ressourcen- analyse Forschungsdesign	11
3. Anmerkungen zum Rechtsextremismus	14
4. Ergebnisse der Situations- und Ressourcenanalyse	19
4.1 Rechtsextremistische Strukturen in Thüringen	19
4.1.1 Rechtsextreme Parteien und Kameradschaften in Thüringen und im Landkreis Schmalkalden-Meiningen	19
4.1.2 Die „Zwickauer Terrorzelle“	30
4.1.3 Die Rechtsextreme Musikszene	30
4.1.4 Rechtsextreme im Internet.....	36
4.1.5 Fazit	41
4.2 Folgen des demographischen Wandels auf die Lebensqualität im Landkreis Schmalkalden-Meiningen.....	44
4.3 Auswertung der qualitativen Erhebung	50
4.3.1 Forschungsdesign	50
4.3.2 Vorläufige Betrachtung	51
4.3.3 Fazit	69



4.4	Partizipationsmöglichkeiten Jugendlicher als Element der Stärkung der Demokratie im Landkreis	73
4.4.1	Jugendliche als Akteure in Gesellschaft und Politik.....	73
4.4.2	Fachliche Auseinandersetzung mit Partizipation	74
4.4.3	Jugendspezifische Partizipationsmöglichkeiten im Landkreis	78
4.4.4	Kirmessen als tradierte Form der Partizipation Jugendlicher in ländlichen Gemeinwesen - Auswertung der Beobachtungen und qualitativen Erhebungen	90
4.4.5	Partizipation als Zieldimension von Politik, Jugendhilfe und LAP	109
5.	Zusammenfassung der Ergebnisse	110
5.1	Potentiale und Ressourcen im Gemeinwesen	108
5.2	Konzeptionelle Ebene	80
5.3	Handlungsorientierte Ebene	81
5.3.1	Die politische Ebene	82
5.3.2	Die gesellschaftliche Ebene	84
6.	Schlussbemerkungen	87
	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	89
	Anhang	91



Vorbemerkung

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

aufgrund politischen Verantwortungsbewusstseins hat sich der Landkreis Schmalkalden-Meiningen im Dezember 2010 für das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZEN STÄRKEN“ beworben.

Das zeugt vom Verantwortungsbewusstsein der Politik für die anstehenden Herausforderungen im Landkreis.

Das Bundesprogramm zielt darauf ab, ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und den Einsatz für Vielfalt und Toleranz zu fördern. Hierfür stehen dem Landkreis bis 2014 jährlich ca. 90.000 Euro an Bundesmitteln zur Verfügung. Dabei sind alle Bürger angesprochen: Kinder, Jugendliche, Eltern und Senioren; Pädagogen, Vereine, Feuerwehr und Kirche; Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik.

Bei der Erstellung der Studie ist uns immer wieder die hohe Heimatverbundenheit aufgefallen. Diese wird aber durch gleichzeitige Unzufriedenheit über die ungewissen beruflichen Perspektiven getrübt. Dadurch verliert der Landkreis an Lebensqualität. Hinzu kommt, dass vielen durch die lange Fahrtzeit zur Arbeit kaum Zeit bleibt, sich für das Gemeinwesen zu engagieren. Doch es gibt noch weitere Probleme. Wie fast überall im ländlichen Raum der neuen Bundesländer belastet der demographische Wandel die Gemeinden. Viele wandern in der Hoffnung auf bessere Zukunftsperspektiven ab und immer weniger Kinder werden geboren. Die Folge ist der Rückgang der kommunalen Einnahmen bei gleichbleibenden Ausgaben, was zu spürbaren Einschnitten bei Investitionen der Infrastruktur, kulturellen, gesellschaftlichen oder sportlichen Angeboten führt.

Diese angespannte Situation in den Gemeinden bietet aber auch einen gefährlichen Nährboden für ungewollte politische Tendenzen. In den Städten oder Gemeinden, in denen sich Politikverdrossenheit, Perspektivlosigkeit und Zukunftsängste breit machen, steigt auch die Anfälligkeit für Einflüsse von rechts: Immer öfter ziehen Mitglieder der NPD in die Kreis- und Landtage der neuen Bundesländern ein. Zwar ist die Zahl der Mandate noch relativ gering, trotzdem zeugen diese Beispiele von einer gewissen Akzeptanz rechtsextremistischer Einflüsse in unserer Gesellschaft.

Eine mangelnde Auseinandersetzung mit den politischen und arbeitsmarktrelevanten Situationen, ungenügende Mitwirkungsmöglichkeiten an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und/oder eine schlecht vermittelte Politik



sind potentielle Risikofaktoren für eine Anfälligkeit zum extremen, insbesondere rechtsextremen Gedankengut.

Zur Umsetzung des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ wird ein lokaler Aktionsplan durch zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure wie auch Vertreter von Verwaltung und Politik entwickelt. Um aber erfolgreich dem rechtsextremen Einfluss entgegenzutreten, braucht es letztendlich ein umfassendes Engagement aus allen Teilen der Bevölkerung. Auch von Ihnen!

Und genau hier setzt diese Studie an. Jeder Ort und jedes Gebiet hat Stärken und Ressourcen. Diese gilt es, zu erkennen und darzulegen. Stärken müssen gefördert und Schwächen abgebaut werden, damit auch in Zukunft der Landkreis mit seinem ganz besonderen Flair als eine lebens- und vor allem lebenswerte Heimat fortbesteht und von rechtsextremen Tendenzen frei bleibt.

Den Anfang eines lokalen Aktionsplanes bildet somit eine Stärken- und Ressourcenanalyse. Dieser Auftrag wurde an das Bürgerradio „LOTTE in Weimar“ e.V. Anfang Juli 2011 herangetragen.

Radio LOTTE ist nicht nur die Kommunikationsplattform für Weimar und Umgebung, sondern realisiert auch zahlreiche Projekte auf Landes- und EU-Ebene. Regelmäßig moderiert Radio LOTTE Prozesse im Gemeinwesen und bereitet komplizierte Sachverhalte aus Politik und Kultur redaktionell und verständlich auf, sodass sie allgemeinverständlich werden. Darüber hinaus ist das Bürgerradio aufgrund seiner breiten Verankerung in der Region seit 2007 Träger des Lokalen Aktionsplans für die Stadt Weimar und den Kreis Weimarer Land in diesem Bundesprogramm.

Der nächste Schritt bei der Umsetzung des Bundesprogramms war die Abstimmung des Forschungsdesigns mit dem Jugendamt und lokalen Vertretern der Steuerungsgruppe.

Man verständigte sich auf 3 Teilbereiche:

- Auswertung der vorhandenen Quellen und Literatur
- Durchführung und Auswertung von qualitativen Interviews in 7 Planungsgebieten mit je 5 sogenannten Meinungsführern aus Jugendarbeit, Wirtschaft, Vereinsleben, Gemeindevertretern und Bildung
- Untersuchung von Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche im Sozialraum am Beispiel der Kirchweihfeiern/Kirmessen



Der Schwerpunkt der Studie liegt dabei auf der Darstellung der Stärken und bürgerschaftlichen Strukturen, auf der Erfassung von demokratie- und menschenfeindlichen Meinungspotentialen sowie extremistischen Strukturen und dem Aufzeigen von Entwicklungspotentialen und Ressourcen sowie aber auch von „weiße Flecken“. Die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen bilden einen Aspekt bei der Erarbeitung entsprechender Handlungsziele für den Lokalen Aktionsplan.

Anmerkung: Aus Gründen der Textökonomie werden in der vorliegenden Studie weibliche Formen nicht immer explizit aufgeführt. Es sei an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich alle personenbezogenen Formulierungen grundsätzlich gleichermaßen auf Frauen und Männer beziehen.

„...Wir brauchen auch weiterhin ein entschlossenes gemeinsames Handeln von Politik, staatlichen Organen und Gesellschaft, um verfassungsfeindlichen Bestrebungen effektiv und differenziert entgegenzutreten.“

(J. Geibert Thüringer Innenminister, 2010¹)

An unterschiedlichen Orten quer durch die Bundesrepublik Deutschland existieren rechtsradikale und xenophobe, gewaltbereite Gruppierungen, die auf eine sehr komplexe, vielschichtige und widersprüchliche Weise mit einem konkreten sozialen Umfeld vor Ort interagieren. Diese Austausch- und Interaktionsprozesse reichen von Marginalisierung rechtsextremer Szenen über eine ignorante Duldung bis hin zu einer heimlichen Sympathie lokaler Entscheidungseliten oder gar einer Art Hegemonie oder Dominanz über lokale (junge wie alte) Milieus.²

Alexander Thumfahrt

¹ J. Geibert; In: Verfassungsschutzbericht 2010; Thür. Innenministerium; Freistaat Thüringen 2011; S.3

² Aus: „Einzug in die Parlamente“, von Alexander Thumfahrt in „Nazis in Parlamenten – Eine Bestandsaufnahme und kritische Analyse in Thüringen“



1. Problemstellung

Schmalkalden-Meiningen vereint verschiedene Regionen wie den Rennsteig, der Rhön, dem Werratal sowie Grabfeld und wird von den Höhenzügen, den Kerbtälern, von Wäldern, unbewaldeten Höhen und Flusslandschaften geprägt.

Der Landkreis versucht, ein innovatives, bürgerfreundliches und touristisches Image aufzubauen:

„...Dank der Lage in der Mitte Deutschlands und der Infrastruktur ist der Landkreis Schmalkalden-Meiningen leicht zu erreichen. Viele Touristen nutzen diese Gelegenheit, um in der Region Lebensqualität und Erholung zu finden. Wir setzen alles daran, den Bürgerinnen und Bürgern und natürlich den Gästen im Landkreis Schmalkalden-Meiningen ein hohes Maß an Lebensqualität für unterschiedliche Bedürfnisse zu bieten. Das Motto unseres Kreises lautet: „Natürlich sportlich“. Das ist unser Maßstab.

Der Landkreis Schmalkalden-Meiningen besticht durch hohe Bürgerfreundlichkeit und moderne Konzepte für Familien und mittelständische Unternehmen. Wir bestehen auf Schulvielfalt ebenso wie auf Integration und Prävention in allen Bereichen des menschlichen Miteinanders. Wir fördern wirtschaftliche Aktivitäten und Wachstum und legen Wert auf Regionalentwicklung mit Rücksicht auf die Umwelt und unsere Ressourcen. Wir kümmern uns um alle Bereiche des Lebens: Von der Kleinkind- bis zur Seniorenbetreuung zählt bei uns der Mensch...“

(Ralf Luther, Grußwort auf der Homepage des Landkreises)³

Obwohl der Landkreis die geringe Arbeitslosenquote von 6,2%⁴ aufweist und die Bewohner des Landkreises sich selbst als stark heimatverbunden bezeichnen, hat der Landkreis mit verschiedenen Entwicklungstendenzen zu kämpfen, welche die Lebensqualität entscheiden beeinträchtigen, z. B. mit

³ <http://www.lk-sm.de/wcms/DocsID/080502-52187-DA-2224765393?OpenDocument&SessionID=900688182&Layout=Default&CurrentNavi1=buergerservice&CurrentNaviEntry1=&Language=de> eingesehen am 11.9.2011 19:10Uhr

⁴ Bundesagentur für Arbeit; Arbeitsmarktdaten für kreisfreie Städte und Landkreise; Thür.; Juni 2011



- dem demografischen Wandel und der starken Abwanderung
- der regional sehr unterschiedlich ausfallenden Umgestaltung von Industrie, Gewerbe und Dienstleistungsangeboten
- den nicht ausreichenden Zukunftsperspektiven für Jugendliche, für gut ausgebildete junge Fachkräfte und junge Familien
- den nur in wenigen Regionen ausgeprägten oder versatzstückartigen Leitbildern und Entwicklungskonzepten
- den mangelnden Haushaltsmitteln in den Gemeinden

Hinzu kommt, dass trotz der relativ guten Verkehrsanbindungen zu den wirtschaftlich starken Regionen Coburg im Süden ⁵ oder zu Hessen mit Fulda und Frankfurt im Westen der Landkreis nur teilweise von dem Reichtum der Nachbarregionen profitiert.

Ein Zeichen für die Unzufriedenheit über die ungewissen Zukunftsperspektiven für junge Menschen kann man unter anderen in sozialen Netzwerken wie StudiVZ erkennen. Dort bildeten sich beispielsweise Gruppen wie „Es gibt Städte, wo was los ist. Und es gibt Meinungen“. Gleichzeitig sind es aber genau die jungen Menschen, welche sich am intensivsten im Gemeinwesen ihres Ortes engagieren, um eine lebbare Zukunft zu gestalten.

In dieser Melange aus Heimatverbundenheit und ungewisser Zukunft liegt es an der Stärke der bürgerschaftlichen Strukturen, wie die Bürger gegenüber populistischen Parolen, menschenfeindlichen Einstellungen oder der Abwertung schwacher Gruppen reagieren. Meist geben sich die Vertreter rechtsextremer Parteien einen bürgerlichen Anstrich und suchen die nachbarschaftliche Nähe zu den Bürgern einer Gemeinde. Hinzu kommt, dass meist eine Auseinandersetzung mit den Programmen und Zielen dieser Parteien fehlt und kaum einer im Umgang mit Persönlichkeiten

⁵ Wirtschaftsraum Coburg. Daten und Fakten. Ausgabe 2009/2010 siehe:
http://www.coburg.de/Portaldata/2/Resources/dokumente/00-wifoeg/Coburg_Daten_Fakten_2009_10.pdf – (eingesehen am 13.08.2011 um 16:30uhr)



dieser Gruppen sensibilisiert ist. Das alles bedeutet ein großes Gefahrenpotential, da dadurch eine Normalisierung von demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Tendenzen gefördert wird.

Die Berichterstattung um die sogenannte Zwickauer Terrorzelle bzw. den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) zeigen deutlich, welche Auswüchse rechtsextremes Gedankengut haben kann. Doch ist dieses erschütternde Beispiel nur die Spitze eines dicken Eisberges und das Potenzial, vor allem in den neuen Bundesländern, weist darauf hin, wie gefährdet die Demokratie ist und wie Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus das friedliche Zusammenleben in den Gemeinwesen aushöhlen. Die Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte in der Krise - Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“, der „Thüringen Monitor - POLITISCHE KULTUR im Freistaat Thüringen“ oder die Studie der BÖLL-Stiftung „Nazis im Parlament“ haben deutlich diese Gefahr für die demokratische Gesellschaft nachgewiesen. Um dieser Herausforderung entgegenzutreten zu können, bedarf es eines breit aufgestellten und in der Bürgerschaft wie auch Verwaltung verankerten Handlungsansatzes, wie z. B. der Stärkung des Gemeinwesens mit seinen zivilgesellschaftlichen Strukturen sowie einer Sensibilisierung im Umgang mit rechtsextremen Inhalten und Aktionen. Dazu gehört aber auch eine zielgerichtete Präventionsstrategie, um den Einfluss demokratie- und menschenfeindlicher Strömungen entgegenzuwirken. Dabei spielt die aktive Bürgergesellschaft eine zentrale Rolle.

Das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ zielt genau in diese Richtung. Zur Förderung der demokratischen und zivilgesellschaftlichen Strukturen und zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Bundesprogramm aufgelegt. Bis 2013 werden dafür 24 Millionen Euro jährlich an Bundesmitteln zur Verfügung gestellt.

Der zentrale Schwerpunkt dieses auf langfristige und nachhaltige Wirkungen abzielenden Programms bildet die Erarbeitung von Lokalen Aktionsplänen. Solche Aktionspläne sollen Handlungsimpulse für die Entwicklung regionaler Bündnisse für Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus liefern, sowie die Demokratieentwicklung befördern. Einen Ansatzpunkt bilden dabei konkrete sozialräumliche Situations- und Ressourcenanalysen.



Der hier vorgelegte Befund gibt einen ersten Einblick in regionale Problemlagen sowie in Erfordernisse einer aktiven und kontinuierlichen Auseinandersetzung mit extremistischen Aktivitäten im Landkreis.



2. Aufbau der sozialräumlichen Situations- und Ressourcenanalyse -

Forschungsdesign

Der Hauptteil der vorliegenden Studie fasst die wichtigsten Ergebnisse der qualitativen Experteninterviews sowie der quantitativen Umfrage zusammen. Die ethnografische Beobachtung eines Sozialraumes ergänzt diesen empirischen Teil.

Die Annäherung an soziale Realität mittels qualitativer Forschung erfolgt durch offene Verfahren. Zu den typisch qualitativen Forschungsmethoden zählen die unstrukturierte oder wenig strukturierte Beobachtung, das qualitative Interview und die Erhebung und Analyse von Dokumenten, welche öffentlich zugänglich sind. Für die Analyse wird gleichermaßen das qualitative Interview als auch die sozialwissenschaftliche Datenerhebungsmethode verwendet.

Für die Situations- und Ressourcenanalyse des Landkreises Schmalkalden-Meiningen wird nachfolgendes Methodenset aus qualitativen und empirischen Sozialforschung angewandt:

- Auswertung bestehender Quellen
- leitfadenorientierte themenzentrierte Interviews (qualitativ) mit deutungsmächtigen Akteuren in 7 Regionen des Landkreises
- ethnografische Beobachtungsansätze wie die Auswertung der sozialräumlichen Beobachtungen von Volksfesten, Kirchweihen oder Kirmessen
- Untersuchung von Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche

Teil A – Quellen- und Literaturanalyse

Diesem Teil liegt die Auswertung bestehender Quellen zugrunde. Untersucht wurden Wahlergebnisse, der Thüringer Monitor, der bayrische und thüringische Verfassungsschutzbericht, Einwohnerdaten, das Vereinsleben, Angebote der Jugendkulturarbeit und der offenen Jugendhilfe sowie Internetseiten der Parteien und Youtube. Darüber hinaus wurden aktuelle Untersuchungen wie z. B. „Demografischer Wandel und soziale Infrastruktur“ des TMFBLM (2009), „Die Mitte in der Krise -



Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“ der Friedrich- Ebert-Stiftung oder die Studie der BÖLL-Stiftung „Nazis im Parlament“ erforscht.

Teil B - Leitfadenorientierte, problemzentrierte Interviews

Die Einzelfallbezogenheit der qualitativen Methoden lässt vom im Forschungsprojekt untersuchten Einzelfall auf die Gemeinheit schließen. Durch die Auswahl von 4 ländlichen Gemeinden und 3 Städten, wobei aber deutungsmächtige Akteure aus den gleichen Organisations- oder Institutionsformen befragt wurden, ließen sich die erhobenen Aussagen auf den gesamten Landkreis verallgemeinern. Je Sozialraum wurden min. 4 Experten befragt, sodass insgesamt 26 Experten befragt wurden, welche als Vertreter lokal einflussreicher sowie deutungsmächtiger Akteursgruppen einzustufen sind. Ziel ist und war es, die persönlichen Einschätzungen sowie Erfahrungen zu bürgerschaftlichen Engagement und (rechts)extremer Strukturen herauszufiltern.

Zielgruppe der Situations- und Ressourcenanalyse waren VertreterInnen von Initiativen, Vereinen und Behörden, die unterschiedliche Handlungsfelder des sozialen und kommunalen Lebens:

1. Gemeindeverwaltung/Politik
2. Bildungseinrichtungen
3. Jugendarbeit
4. Sport
5. Wirtschaft
6. Vereine/Feuerwehr/Kirche

Abzufragende Themenkomplexe waren hier:

- das Erfassen der lebendigen bürgerschaftlichen Strukturen der Gemeinde
- das Abfragen der Ziele und Problemstellungen in den Gemeinden
- die Abfrage des Handlungsbedarfs
- die Feststellung extremistischer Strukturen
- die Erfassung wahrgenommener Akzeptanz rechter Organisationen bei den



Zielgruppen im Landkreis

- die Erfassung der menschenfeindlichen Wahrnehmungen bei den Zielgruppen
- die Erfassung der Angebote von Trägern/Vereinen zur Überwindung von menschenfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen
- die Beschreibung des Umgangs der Medien mit dem Thema Extremismus
- die Erfassung des Weiterbildungsbedarf zu Themen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Teil C Untersuchung von Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche im Sozialraum

Ergänzend zu den Experteninterviews werden Erhebungen zu Partizipationsmöglichkeiten an Entscheidungsprozessen in Gemeinwesen, Vereinen und Schulen vorgenommen. Dabei wurde der Schwerpunkt auf Kirmessen als tradierter Erprobungsraum gelegt. Anhand eines Sets aus Quellenanalyse, standardisierter Beobachtungen und qualitativer Interviews mit Organisatoren von Kirmessen wird eine Analyse vorgenommen

Abschließend werden die wichtigsten Ergebnisse und Erkenntnisse zusammengefasst und erste mögliche Handlungsansätze für die Entwicklung des Lokalen Aktionsplanes des Landkreises Schmalkalden-Meiningen abgeleitet.



3. Der Rechtsextremismusbegriff

Der Begriff des Rechtsextremismus ist in der Forschung sehr umstritten und es fehlt bisher eine einheitliche Definition. Verschiedene Erklärungsansätze stehen sich teilweise gegenüber, sodass zuerst ein kurzer Abriss des Begriffes angebracht ist.

Der Begriff des deutschen Rechtsextremismus stammt aus verfassungsrechtlicher Praxis und wurde überwiegend in den Berichten des Verfassungsschutzes angewandt. Dabei markiert er verfassungsfeindliche Bestrebungen von „rechts“ mit nationalistischen und rassistischen Anschauungen. Dabei geht es um eine Vorstellung, dass der Wert eines Menschen von der Zugehörigkeit zu einer Rasse, einer Ethnie oder einer Nation abhängt. Damit steht dieses Verständnis im radikalen Widerspruch zum Grundgesetz. Der Begriff ist zudem geprägt „durch die Staatsrechtslehre, das Grundgesetz sowie einschlägige Gerichtsurteile wie etwa die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) oder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in den 1950er-Jahren.“⁶ Damit gilt hier der Rechtsextremismus als verfassungsfeindlich, als eine Bedrohung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Der Begriff wurde später in die Forschung übernommen. Jedoch gehen hier die einzelnen Positionen auseinander. Wie in der kurzen Vergangenheit die beiden Studien „Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“ und „Rechtsextreme Strukturen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerliches Engagement gegen Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Dresden“⁷ deutlich gemacht haben, existieren viele unterschiedliche Bedeutungen von „Rechtsextremismus“, auch wenn sich dabei mehrere überschneiden. Beide versuchen daraufhin eine enger gefasste Definition des Begriffs darzulegen.

In erstgenannter Studie werden zudem drei Probleme angesprochen, die sich aus dem Begriff des Rechtsextremismus ergeben. Das sind zum einen das „Mitte-Rand“-Problem, das „Links-Rechts“-Problem aber auch das „Theorie-Praxis“-Problem⁸. Diese drei Aspekte sollen zeigen, wie schwierig es ist, den Begriff des Rechtsextremismus voll zu ergreifen.

⁶ Brähler, E., Decker, O., Kiess, J., Weißmann, M.: Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Friedrich-Ebert-Stiftung 2010, S. 11

⁷ Heitmeyer, W., Borstel, D., Grau, A., Wandschneider, S., Marth, J.: Rechtsextreme Strukturen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerliches Engagement in der Landeshauptstadt Dresden, Bielefeld 2010



Im ersteren geht das Problem von der Sprache aus. Dabei wird darauf verwiesen, dass der Begriff ‚Extremismus‘ nur mit einem Gegenbegriff, wie etwa Normalität, sinnvoll verwendet werden kann. Somit wird ein bestimmtes Demokratieverständnis als Normalität idealisiert. Das bedeutet, es gelten nur die ‚Extremen‘ als eine Bedrohung für die Demokratie, während angeblich von der Mitte keine Gefahren drohen. Hinzu kommt, dass sich die Grenze zwischen Extremismus und Normalität verschieben oder gar auflösen können. Dies passiert, wenn sich die Themen der Rechten mit den Themen der Mitte vermischen und/oder überschneiden. Im Fokus stehen dabei nationalsozialistisch geprägte Begriffe, welche mit der Zeit auch wieder in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind, so wie ‚Nation‘ oder ‚Mittellage‘. Außerdem wird in diesem Abschnitt der „Friedrich-Ebert-Stiftung“-Studie klar gemacht, dass der Rechtsextremismus in weiten Teilen der Gesellschaft nicht nur zu finden ist, sondern auch verharmlost wird.

Ein weiteres Problem ist die Dichotomie von Rechts- und Linksextremismus. Die Begriffsspezifizierung suggeriert, dass beide Extreme gleichweit von der Mitte entfernt seien, demnach in gleichem Maße die Mitte, also die Demokratie bedrohen. Es wird aber klargestellt, dass die Gleichsetzung der ‚Extremisten‘ inhaltlich nicht möglich ist. Während der Rechtsextremismus auf einer radikalen Ungleichheitsvorstellung basiert, bildet ein radikaler Egalitätsgedanke den Unterbau linksextremer, aber äußerst heterogener Gruppen. „Da aber Egalitätsvorstellungen Kennzeichen der liberalen Demokratien seit der Französischen Revolution sind, zeigt sich das Problem des Extremismusbegriffs u. a. sehr deutlich bei den als ‚linksextrem‘ Bezeichneten.“⁹

Das „Theorie-Praxis“-Problem wird in der politischen Anwendung des Extremismus-Begriffes deutlich. Ein Beispiel wäre die Hausordnung einer Einrichtung, in der explizit rechtsextreme Erscheinungen in Form von Kleidung, Sprüchen oder Musik nicht geduldet werden. Ersetzt man das ‚rechtsextreme‘ mit ‚extreme‘, dann wären auch andere, der Demokratie nicht feindlich gesinnte, beispielsweise linke Gruppen betroffen. „Das Beispiel zeigt nicht nur, dass das problematische Extremismuskonzept eine breite Akzeptanz erfährt, sondern auch, dass die

⁸ „Mitte“, S. 11 ff.

⁹ „Die Mitte in der Krise“, S. 15



Gleichsetzung von ‚Linksextremismus‘ mit ‚Rechtsextremismus‘ von Rechter Seite instrumentalisiert wird.“¹⁰

Eine Auflösung der eben genannten Probleme ist möglich, indem man Extremismus den Begriff des Pluralismus statt der Normalität gegenüberstellt und den Extremismusbegriff nicht in Verbindung mit einem „Links-Mitte-Rechts“-Gefüge stellt¹¹. In der „Mitte“-Studie wird dann folgende Definition für eine rechtsextreme Einstellung vorgestellt: „Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der

Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus.

Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“¹²

In der „Dresden“-Studie wird ebenso wie in der „Mitte“-Studie vom Deutungsansatz von Wilhelm Heitmeyer ausgegangen¹³. In ersterer wird aber noch deutlicher (auch wenn sie in der „Mitte“-Studie nicht fehlt) der Aspekt der Gewaltbereitschaft bzw. der Akzeptanz von Gewalt als legitimes Mittel angesprochen. Von „einem rechtsextremen Orientierungsmuster [ist] dann die Rede, wenn: die strukturell gewaltorientierte Ideologie der Ungleichheit verbunden wird zumindest mit der Akzeptanz von Gewalt als Handlungsform.“¹⁴ Sie beinhaltet die „personen- und/oder gruppenbezogene Abwertung von Menschen z. B. durch Momente des Rassismus, Nationalismus und auch durch die Idee biologischer Homogenität“ sowie die „lebenslange Forderung nach Ausgrenzung in Form von sozialer, ökonomischer, kultureller, rechtlicher oder politischer Ungleichbehandlung von ‚Fremden‘ und ‚Anderen‘.“¹⁵ Die Ideologie der Ungleichheit trifft in diesem Verständnis des Rechtsextremismus mit einer allgemeinen Gewaltakzeptanz zusammen. Das bedeutet, dass Gewalt als legitime und übliche Handlungsform zur Lösung von Konflikten angesehen wird. Das kann eine Überzeugung von unabänderlicher Existenz von Gewalt, die Billigung fremd ausgeübter Gewalt, eigene

¹⁰ „Die Mitte in der Krise“, S. 16

¹¹ Lipset, S. M.: Der ‚Faschismus‘, die Linke, die Rechte und die Mitte. In: Nolte, E. (Hrsg): Theorien über den Faschismus, Köln 1984

¹² „Die Mitte in der Krise“, S. 18

¹³ „Dresden“, S. 9 ff.

¹⁴ „Dresden“, S. 10

¹⁵ „Dresden“, S. 10



Gewaltbereitschaft sowie Gewaltausübung beinhalten¹⁶. Des Weiteren wird der Begriff der Ungleichwertigkeit eingeführt. Während mit der Ungleichheit die Abgrenzung von Menschengruppen in materieller und sozialer Hinsicht durch gesellschaftliche Strukturentwicklungen (Klassen und Schichten) gemeint ist, bedeutet die Ungleichwertigkeit eine „gedankliche und systematische Abwertung schwacher Gruppen“, die Diskriminierungen, Ausgrenzungen und Gewalt legitimieren soll¹⁷.

Beide Studien berufen sich letztendlich auf Heitmeyer, der damit ein in der Forschung weitgehend akzeptiertes sowie anschlussfähiges Konzept für die Deutung des Begriffes Rechtsextremismus vorgelegt hat.

Somit soll auch diese Studie auf dessen Definition aufgebaut werden. Letztendlich wird, wenn in dieser Arbeit Rechtsextremismus benannt wird, folgende Definition zugrunde gelegt:

„**Rechtsextremismus** ist die Bezeichnung für ein **Einstellungsmuster**, in dem die Welt auf einer **Ungleichwertigkeit** der Menschen aufgebaut ist und eine repressive Ordnung anstrebt.

Dieses äußert sich im **politischen Bereich** in der

- Affinität zu diktatorischen Regierungsformen,
- chauvinistischen Einstellungen und
- einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus.

Im **sozialen Bereich** sind sie gekennzeichnet durch

- antisemitische,
- fremdenfeindliche und
- sozialdarwinistische Einstellungen.

¹⁶ „Dresden“, S. 10

¹⁷ „Dresden“, S. 11



Das bedeutet, dass der Rechtsextremismus eine radikale **gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit** beinhaltet. Hinzu kommt ein gewaltpotential, welches Gewalt, ob selbst oder fremd ausgeführt, als legitimes Mittel zum Zweck beinhaltet, um die angestrebte Gesellschaftsordnung zu erlangen und erhalten.“

Selbst wenn dieses gewaltpotential nicht mehr so häufig wie früher das öffentliche bild prägt, lässt dies eher auf eine neue, mehr subtilere art und weise der Meinungs- und -durchsetzung schließen und bedeutet nicht, dass die gewaltbereitschaft und die akzeptanz dafür nicht mehr oder zumindest weniger vorhanden ist. Denn nicht die ausdrucksform bestimmt eine einstellung, sondern die einstellung in sich selbst.



4. Ergebnisse der Situations- und Ressourcenanalyse

4.1 Rechtsextremistische Strukturen in Thüringen

Die nachfolgenden Kapitel beruhen auf einem umfangreichen Literatur- und Quellenstudium. Dies begann im Juli 2011, lange vor dem Bekanntwerden des Terrors der „Zwickauer Terrorzelle“ bzw. dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ und deren Verstrickungen mit der NPD. Dieser Text wurde in den letzten Monaten mehrfach überarbeitet, kann jedoch mit den täglichen Enthüllungen kaum Schritt halten. Trotz der zweifelhaften Aufklärungsarbeit des Thüringer Verfassungsschutzes wurden diese Quellen weitestgehend beibehalten.

4.1.1 Rechtsextreme Parteien und Kameradschaften in Thüringen und im Landkreis Schmalkalden-Meiningen

Die NPD

...die NPD (Anm. Verf.) ist angeschlagen, definitiv, finanziell. ...Sie hat keinerlei Wahlerfolge (2011 Anm. Verf.) verbuchen können. ... Aber sie ist, und das wird oft übersehen, sie ist in hunderten kommunalen Parlamenten... vertreten ...und ist dort präsent,... Sie hat immer wieder Krisen gehabt..., die (Mitgliederzahlen Anm. Verf.) sind rückläufig, aber das ist auch keine Aussage, wie viele Anhänger sie zu Wahlen mobilisieren kann..., die Zahlen sind rückläufig, aber das sagt nichts über die politische Schlagkraft der Partei aus.

... Sie sitzt in zwei Landesparlamenten ... sie ist gefährlich insofern, dass sie über ihre Fraktionen, die im Parlament sitzen, Gelder bekommt und dadurch ihre Kader schulen kann. ... und sie ... versucht in die rechtsextreme Szene hinein Zeichen zu setzen und gleichzeitig aber auch wählbar zu sein für größere Teile der sogenannten bürgerlichen Mitte. Und da sehe ich die Hauptgefahr, weil viele Einstellungen, die die NPD vertritt, von einem großen Teil der Bevölkerung geteilt werden....

Aus: „Die NPD auf dem absteigenden Ast?“ Interview mit Jan Bräuer bei mdr-Info am 13.8.2011



Die „Nationaldemokratische Partei Deutschland“ (NPD) umfasst im Jahr 2010 bundesweit 6600 Mitglieder. Hinzu kommt, dass sie derzeit in Sachsen und in Mecklenburg-Vorpommern in den Landtag eingezogen ist. Der Thüringer Landesverband zählt ca. 350 Mitglieder. Mehr als die Hälfte seiner Vertreter sowie ein erheblicher Teil der Vorstandsmitglieder auf Kreisverbandsebene sind vorbestraft. Obwohl die Mitgliedszahl des Landesverbands im Vergleich zum Vorjahr um 100 gesunken ist und die Partei in der landespolitischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird, intensivierte die NPD 2010 ihre Arbeit in Thüringen. Im vergangenen Jahr wurde mit Schmalkalden-Meiningen/Suhl der 17. Kreisverband im Freistaat gegründet. Zwar trat sie bisher nicht oft in Erscheinung. Allerdings verstand es die NPD, die Trauer der Bürger für ein in Zella-Mehlis ermordetes Kind für ihre Zwecke zu nutzen. So beteiligten sich an einem von der NPD angemeldeten Trauermarsch am 25. Juni 2011 in Zella-Mehlis etwa 700 Personen, ohne zu wissen, wer der Organisator war.

In Thüringen gibt es neben dem bereits genannten noch die Kreisverbände Altenburger Land, Eichsfeld, Erfurt/Sömmerda, Gera, Gotha, Greiz, Hildburghausen, Ilmkreis, Jena/Saale-Holzland-Kreis, Kyffhäuserkreis, Nordhausen, Saale-Orla-Kreis, Saalfeld-Rudolstadt/Sonneberg, Unstrut-Hainich-Kreis, Wartburgkreis und Weimar/Weimarer Land. 2009 holten die Kandidaten der NPD in den Kommunalwahlen 23 Mandate.

Kreis Eichsfeld (3,3 %: Thorsten Heise)

Stadt Eisenach (5 %: Patrick Wieschke, Jonny Albrecht)

Stadt Erfurt (2,6 %: Frank Schwerdt)

Stadt Gera (3,3 %: Gordon Richter, Frank Jahn)

Kreis Gotha (3,4 %: Sebastian Reiche, Mario Lehner (im Mai 2010 ersetzt durch Klaus Städler))

Kreis Greiz (3,8 %: Peter Nürnberger, Peter FUNGER)

Stadt Greiz (3,6 %: Peter Nürnberger)

Kyffhäuserkreis (3,9 %: Patrick Weber, Steffen Herzog)

Kreis Nordhausen (3,2 %: Roy Elbert, Ralf Friedrich)

Stadt Nordhausen (3,1 %: Marco Kreuzer)

Stadt Sondershausen (3,4 %: Patrick Weber)

Kreis Sonneberg (4,1 %: Uwe Bätz-Dölle, Frank Neubert)

Wartburgkreis (4,8 %: Tobias Kammler, Hendrik Heller)

Stadt Weimar (3,1 %: Jan Morgenroth)



Weder zu den Bürgermeisterwahlen 2010 noch zu den Gemeinderatswahlen 2009 hat die NPD Kandidaten im Landkreis Schmalkalden aufgestellt (Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik).

Wie an den Ergebnissen zu erkennen ist, waren die Mandate, bis auf eine Ausnahme nur deswegen erfolgreich, weil die 5-Prozent-Hürde abgeschafft wurde. Wenn aber von den Prozentzahlen ausgegangen wird, haben in einer Gemeinde mit 1000 Einwohnern immerhin im Durchschnitt knapp 40 Personen die extreme Rechte gewählt. Hinzu kommt, dass die Thüringer NPD das neonazistische Personenpotential zu einem großen Teil integriert hat. Ebenso wurde das subkulturelle Spektrum von der Partei erfolgreich umworben. Durch Veranstaltungen, welche aus einem Mix aus Parteipropaganda und rechtsextremistischer Musik bestehen, fühlen diese sich angesprochen. Dadurch konnte die NPD ihren Mobilitätsfaktor erheblich steigern.

Der Thüringer Landesverband startete Ende März 2010 ein Zeitungsprojekt. Das Ziel, „den Lesern fernab der gleichgeschalteten Presse ein Gegenmedium“ anzubieten, „das kontinuierlich nationale Positionen verbreitet und wesentlich zum Ziel der kommunalen Verankerung der NPD beiträgt“, so hieß es in einem entsprechenden Beitrag auf der Website des NPD-Landesverbands.

Inzwischen ist das Projekt flächendeckend in Thüringen existent, u. a. unter den Namen „Weimarer Landbote“ (Region Weimar/Weimarer Land), „Ostthüringen Bote“ (Region Ostthüringen) oder „Eichsfeldstimme“ (Region Eichsfeld).

Der Landkreis Schmalkalden-Meiningen wird durch verschiedene NPD-Regionalblätter abgedeckt, das sind:

- **„Der Rennsteig Bote“ (Region Gotha, aber auch Orte wie z. B. Brotterode)**
- **„Wartburgkreis Bote“ (Region Eisenach/Wartburgkreis und der Rhön)**
- **„Südthüringen Stimme“ (Südthüringen)**

Dieses Konzept soll nach dem Nichteinzug in das Thüringer Parlament die kommunale und regionale Präsenz der Partei stärken, womit die Partei eine neue Strategie vertritt.

Darüber hinaus verfügen die Kreisverbände über eine eigene Internetpräsenz, u. a.



für Saalfeld-Rudolstadt/Sonneberg, Schmalkalden-Meiningen/Suhl und den Wartburgkreis, die allerdings in unterschiedlichem Maße aktualisiert werden. Dort sind gleichlautende Berichte zu regionalen und überregionalen Veranstaltungen sowie Aktionen, aber auch Stellungnahmen zu tagespolitischen Themen veröffentlicht.

Um ihren Einfluss zu vergrößern, verfolgt die NPD ein vierstufiges Konzept, wobei jeder Punkt eigenständig nebeneinander steht.

- Kampf um die Straße
- Kampf um die Köpfe
- Kampf um die Parlamente
- Kampf um den organisierten Willen

Im **Kampf um die Straße** versucht die Partei mit Großveranstaltungen ebenso wie mit regionalen Demonstrationen Aufmerksamkeit zu erzielen. Dabei geht es nicht immer um rechtsextreme Themen, sondern die NPD greift zielgerichtet soziale und alltägliche Probleme auf, um sich als Teil einer Protestbewegung zu geben. Hinzu kommt das Zeigen von Stärke, um politische Gegner einzuschüchtern und von der Straße zu drängen. Dabei soll auch das gewaltbereite Potenzial des neonazistischen Spektrums genutzt werden.

Der **Kampf um die Köpfe** beinhaltet die Verbreitung ihrer Ideen in breiten Kreisen der Gesellschaft. Dazu zählen intellektuelle Netzwerke, das Einbinden von Persönlichkeiten und diverse Presseorgane, wie in Thüringen z. B. die bereits aufgezählten Regionalblätter. Hinzu kommt die Schulung ihrer Mitglieder, wie beispielsweise die Vorbereitung künftiger Mandatsträger, um ihnen gewisse Umgangsformen zu lehren.

Der **Kampf um die Parlamente** bildet dabei den größten Spagat für die Partei. Während die NPD sich eigentlich als parlamentsfeindlich versteht und dies auch so an ihre Anhänger kommuniziert, benutzt sie das Parlamentssystem um zu zeigen, dass es sich bei der Partei um eine ernstzunehmende politische Kraft handle und um Programm zu verbreiten. Nicht selten steht für diesen eingeschlagenen Weg die Parteiführung und Abgeordnete in der Kritik der rechtsextremen Basis mit dem Vorwurf, das Bestreben nach Mandaten und Parlamentssitzen als persönliche



Versorgung auszunutzen und nicht wie propagiert, es als Kampf gegen das bestehende politische System anzusehen.

Im **Kampf um den organisierten Willen** handelt es sich letztendlich um den Versuch, möglichst alle nationalistischen Kräfte zu mobilisieren. Das Ziel dabei ist, eine eigene rechtsextreme Denk- und Politikschule zu etablieren.

Der kommunalen Ebene kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Der Weg zwischen Politik/Politiker und Informationen zu den Bürgern ist hier besonders klein und Verbindungen können besonders eng geknüpft werden. Wenn auch einige Kandidaten bloss bleiben, sind andere in den Kreistagen und Stadträten besonders aktiv und treten ebenso besonders oft und gezielt in der Öffentlichkeit auf. Mit dem Einzug in die kommunalen Entscheidungsorgane erreicht die NPD ihre ersten Ziele: der NPD wird ein Gesicht gegeben, d. h. dem Bürger wird gezeigt, dass die Partei eine ernst zu nehmende politische Kraft sei. Somit bildet der Erfolg auf Kommunalebene einen Ausdruck einer wachsenden regionalen Verankerung der Partei und zeigt eine gewisse Unterstützung extrem rechter Inhalte in Teilen der Bevölkerung. Es wird eine Normalisierung angestrebt. Das bedeutet, neonazistische Positionen werden zunehmend als legitimer Teil des demokratischen Meinungsspektrums erachtet. Zudem bietet sich hier die Möglichkeit, öffentlich wirksam Bürgernähe zu demonstrieren. Dabei dienen Bürgerinteressen und Alltagsthemen den rechtsextremen Mandatsträgern als Instrumente. Zusätzlich eröffnet ein Wahlerfolg weitere Ressourcen, wie beispielsweise der Zugriff auf öffentliche Gelder oder einer funktionierenden Infrastruktur. Die Arbeit auf kommunaler Ebene und die fortschreitende Verankerung in der Gesellschaft sollen dann als Sprungbrett für den Erfolg auf Landesebene dienen. Diese Strategie – mit dem letztendlichen Erfolg (dem Einzug in das Landesparlament) – kann besonders in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern aufgezeigt werden.

Auch wenn die NPD sich öffentlich als demokratische Partei gibt und die Instrumente unserer Demokratie nutzt wie jede andere Partei auch, bleibt ihre Grundideologie, nach der sich ihr Endziel richtet, erhalten. Matthias Heyder, Spitzenkandidat der NPD in Sachsen-Anhalt für die letzten Landtagswahlen, bringt es auf den Punkt: „Das Ziel ist und bleibt die Systemüberwindung, der Weg dahin führt über gefestigte Strukturen in- und außerhalb der Parlamente.“¹⁸ Die NPD steht für einen völkischen Kollektivismus und weist eine fremdenfeindliche sowie antisemitische Gesinnung auf. Ziel ist eine „ethnisch homogene Volksgemeinschaft“, die sich durch „gemeinsame

¹⁸ Matthias Heyder am 15. April 2009 in einer Presseerklärung der NPD Sachsen-Anhalt



Abstammung, Sprache, geschichtliche Erfahrungen und Wertvorstellungen“ definiere. Dies ist zugleich die Grundlage für die – anstelle der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – angestrebte „Volksherrschaft“. Die pauschale Überbewertung der aufgrund ethnischer Zugehörigkeit definierten „Volksgemeinschaft“ beschneidet die vom Grundgesetz garantierte Freiheit, sich persönlich zu entfalten. Die Rechte und Interessen des Einzelnen werden eingeschränkt¹⁹. Somit stehen sich Demokratie und ihre Vorstellungen wie dem Gleichheitsgrundsatz vor dem Gesetz oder den Menschenrechten mit der grundlegenden Unantastbarkeit der Würde aller Menschen dem Rechtsextremismus mit seiner Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen gegenüber und sind miteinander unvereinbar.

Um die angestrebte **Normalisierung** (die Akzeptanz und Unterstützung der Ideologie) zu erreichen, kann eine 4-Stufen-Strategie, die von Wilhelm Heitmeyer ausgearbeitet wurde, herangezogen werden. Dabei spielt die Zusammenarbeit der NPD mit den anderen rechtsextremen Gruppierungen eine große Rolle. Dazu aber später. Die Strategie umfasst folgende vier Punkte:

- Provokationsgewinne
- Räumungsgewinne
- Raumgewinne
- Normalisierungsgewinne

In der ersten Phase (**Provokationsgewinne**) versuchen die rechtsextremen Gruppen über erste öffentliche Auftritte und das Markieren von Räumen durch Symbole, Plakate oder Sprühereien sich als ernstzunehmende Gruppe zu präsentieren. Damit soll lediglich eine Aufmerksamkeit erreicht werden, um ihre Existenz und Ideen anzuzeigen.

Das Ziel der zweiten Phase (**Räumungsgewinne**) beinhaltet bereits die Verdrängung von anderen, nichtrechtsextremistischen Gruppen. Darunter zählt das Eindringen und Unterwandern dieser Gruppen (bspw. Sport- oder Kirmesvereine). Damit wollen sie die kulturelle Entwicklung des Raumes beeinflussen und letztendlich bestimmen. Dabei wird auch auf Aspekte wie Angst gesetzt.

¹⁹ Verfassungsschutzbericht Thüringen 2010, S. 24



Darauf folgt die dritte Phase (**Raumgewinne**), in der die rechtsextremen Gruppen öffentlich einen Raum als den ihren beanspruchen. Andere Gruppen meiden diese Orte, was bereits einer Ausgrenzung gleich kommt.

Diese Ausgrenzung von schwächeren Gruppen wird dann in der letzten Phase (**Normalisierungsgewinne**) in der Gesellschaft allgemein akzeptiert. Der Rechtsextremismus ist etabliert und bildet einen normalen Bestandteil der öffentlichen politischen Kultur und kann kaum noch kritisch thematisiert werden.

Um die kurz- und langfristigen Ziele der einzelnen Phasen zu erreichen, greifen sie auf probate Mittel zurück. Im demokratischen Rahmen bedeutet das, dass Themen der politischen Mitte aufgegriffen werden, da diese die breite Gesellschaft betreffen. Sie werden in Wahlkämpfen und der Arbeit in den Kommunalparlamenten in den Vordergrund gerückt. Somit werden „konkrete Problemlagen angesprochen, die in der Lebensrealität vieler Menschen einen wichtigen Stellenwert einnehmen, wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, Bildung oder Umwelt, und hinsichtlich der Ursachenzuschreibung und der Lösungsvorschläge mit den ideologischen Grundlagen der NPD verbunden“²⁰. Parteipolitische Themen der NPD, wie der Geschichtsrevisionismus und andere demokratiefeindliche Programmpunkte, spielen, obwohl für die Partei intern wichtig, nach außen keine Rolle und bleiben unangesprochen. Diese Zurückhaltung ist strategisches Kalkül und somit entsteht bei vielen politischen Gegnern in den Kommunalparlamenten nicht selten die Einstellung, dass Kommunalpolitik sich über die Parteigrenzen hinaus an Sachfragen orientieren muss und mit Parteipolitik nichts zu tun haben darf. Der Vertreter wird als gleichberechtigter Partner angesehen. Damit geht von politischer Seite ein Zeichen an die Bevölkerung aus, das eine Akzeptanz und (Gleich-)Berechtigung der rechtsextremen Partei signalisiert, was den Normalisierungsprozess schleichend vorantreibt.

Das Engagement der NPD-Mandatsträger in den Kommunalparlamenten ist sehr unterschiedlich. Während beispielsweise Frank Schwerdt im Erfurter Stadtrat kaum aktiv ist, bilden Eisenach mit Patrick Wieschke im Stadtrat und der Wartburgkreis mit Tobias Kammler und Hendrik Heller im Kreistag das Gegenstück dazu. Das Parlament der Landeshauptstadt blieb weitgehend von Anträgen, Initiativen oder Reden von Schwerdt verschont. Die wenigen Aktionen waren meist geprägt von

²⁰ Virchow, Fabian (2008): Hat die NPD eine Strategie der Machtergreifung? In: Virchow, Fabian; Dornbusch, Christian (Hg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach / Ts., S.71f.



nationalistischen Inhalten²¹. Dies spiegelt auch die Webseite der NPD Erfurt wider. Sie wird selten aktualisiert und lediglich zwei der wenigen Anträge werden dort gelistet. In der Öffentlichkeit ist er kaum präsent. Ein ganz anderes Bild zeigt sich in Eisenach. Einen großen Erfolg für die Normalisierungsstrategie erzielte Patrick Wieschke 2006. „Mit einem Schild vor der Brust ‚Rettet unser Theater‘ hatte der in der Stadt bekannte NPD-Aktivist im Sommer in einer Reihe mit Bürgerinnen und Bürgern gestanden, die in der Stadt um den Erhalt ihres Theaters kämpften. Monate später, im Dezember 2006, erschien dann ein klar erkennbares Foto von ihm bei der Aktion auf der Titelseite einer Sonderzeitung des Landestheater Eisenachs, die in hoher Auflage in der Stadt verteilt wurde. Zweieinhalb Jahre vor der Kommunalwahl hatte Wieschke es so an einem Punkt geschafft: In der Öffentlichkeit konnte sich der NPD-Aktivist an der Seite der Bürger(innen) als engagierter Politiker präsentieren.“²² Die zwei NPD-Mandatsträger stellten im Eisenacher Stadtrat weit über 20 Anträge, rund 35 Anfragen und meldeten sich regelmäßig mit Reden zu Wort, in denen sie einerseits berechnete Interessen aufzugreifen und zu besetzen versuchten. Andererseits wurden parlamentarische Initiativen eingebracht, die „explizit und unverhohlen den rassistischen und antidemokratischen Charakter der Partei deutlich werden lassen.“²³

DVU

Deutschland- als auch thüringenweit hat die „Deutsche Volksunion – Die neue Rechte“ (DVU) eingebüßt. Ihre Mitgliedzahl hat im gesamten Bundesgebiet mit 3000 einen Tiefpunkt erreicht. In Thüringen gehören lediglich 50 dem Landesverband an. Abgesehen von der Verschmelzung mit der NPD trat sie kaum in der Öffentlichkeit in Erscheinung und ist wegen ihrer umstrittenen Führungsfunktionäre weitgehend von der rechtsextremistischen Szene isoliert.

Kurz vor dem letzten Jahreswechsel wollten DVU und NPD fusionieren. Dies wurde auf Parteitag der beiden rechtsextremen Parteien kurz vor Ende 2010 beschlossen. Allerdings verbot im Januar 2011 das Landgericht München der DVU, den Fusionsvertrag zu unterschreiben, da die Rechtmäßigkeit der Urabstimmung unter den Mitgliedern der DVU angezweifelt wurde. Im Mai wurde dieses Urteil abermals von einem Gericht bestätigt. Die Fusionsvertreter konnten die Vorwürfe

²¹ Paul Wellsow, Zuerst die Kommunen – Die NPD in Thüringer Kommunalparlamenten, in: Nazis im Parlament Thüringen, Heinrich-Böll-Stiftung, S. 30 ff.

²² Ebd. S. 31

²³ Ebd. S. 32



nicht ausräumen, dass bei der Urabstimmung Ende vergangenen Jahres keine schwerwiegenden, mit der Demokratie nicht vereinbaren Mängel auftraten. Deswegen ist bis zu diesem Zeitpunkt die Fusion von NPD und DVU immer noch nicht rechtsgültig. Trotzdem traten bereits DVU-Mitglieder in diesem Jahr für die NPD in verschiedenen Landtagswahlen an. Obwohl immer wieder von der vollzogenen Fusion gesprochen wird, gab beispielsweise der ehemalige Vorsitzender der DVU Matthias Faust eine eidesstattliche Erklärung ab, aus der DVU ausgetreten zu sein, da im Bremer Wahlgesetz eindeutig festgeschrieben ist, dass ein Kandidat nur Mitglied einer Partei sein darf.

Freie Kameradschaften in Thüringen

Im Gegensatz zu den gesunkenen Mitgliederzahlen der rechtsextremen Parteien ist die Zahl der Neonazis bundesweit auf 5600 gestiegen. Diese stellen allerdings ein äußerst zersplittertes Spektrum dar, wobei sich ein Teil in der NPD engagiert und diese gar Führungspositionen einnehmen. In Thüringen beträgt ihre Zahl laut Verfassungsschutzbericht 2010 ca. 180. Die Neonaziszene teilt sich in Kameradschaften, Autonome Nationalisten und in sonstige Personenzusammenschlüsse auf. Zu ersteren gehören die Kameradschaft „Freies Netzwerk Jena“ und der „Kameradenkreis um Thorsten Heise“ aus Fretterode im Landkreis Eichsfeld. Während die Jenaer Kameradschaft über das Jahr mit mehreren Aktionen auffiel (Demonstrationen, Flugblätter-Aktionen, Verteilung von Schulhof-CDs), tritt die Kameradschaft aus Fretterode öffentlich kaum auf, organisieren aber wöchentliche Kameradschaftsabende und nehmen an szenetypischen Veranstaltungen teil. Heise betreibt einen Versandhandel für Bild- und Tonträger sowie Geschenkartikel und Militärkleidung. Ein Buchverlag gehört ebenso dazu. Für die NPD sitzt er im Kreistag von Eichsfeld.

Die **Autonomen Nationalisten** sind rechtsextreme Gruppierungen, die eher einem Aktionsbündnis als einer Organisation gleichen. Es handelt sich dabei überwiegend um junge, aktionsorientierte Rechtsextremisten, die ihre politischen Überzeugungen schnell in die Tat umsetzen wollen und in der Mehrzahl grundsätzlich auch bereit sind, hierfür Gewalt einzusetzen. Die Zahl der Gruppen fluktuiert stark, die meisten sind nur von kurzer Dauer und treten kaum in Erscheinung. Erwähnenswert sind AN-Anhänger im Raum Apolda, die Autonomen Nationalisten Nordthüringen, die überwiegend im Internet aktiv sind, und die Autonomen Nationalisten Weimar.



Letztere existiert seit Anfang 2009 und fiel bis heute hauptsächlich durch einzelne Propagandaaktionen auf. In einer Selbstdarstellung steht unter anderem: „Unser Sozialismus soll die Gesellschaftsform der Zukunft werden. Wobei der Sozialismus immer die Keimzelle in der Gemeinschaft finden müsse, begonnen bei der Familie und endend bei der Rassegemeinschaft. [...] Wir Deutschen haben keine Schuld für das, was vor mehr als 2 Generationen passiert sein soll.“²⁴

Die Kameradschaft „**Nationaler Widerstand Schmalkalden**“ ist innerhalb des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Westthüringen“ aktiv. Das Bündnis ist ein Zusammenschluss von verschiedenen Kameradschaften Westthüringens und soll eine gemeinsame Plattform für alle *nationalen Kräfte* bilden, auf der gemeinsame Aktionen geplant und koordiniert werden sollen. Ansonsten sind rechtsextreme Gruppierungen im Landkreis schwer auszumachen, da sie größtenteils im Privaten agieren und meist lose Netzwerke bilden. Dennoch existieren sie und sind sehr aktionsorientiert und subkulturell strukturiert, wie beispielsweise das „**Freie Netz Südthüringen**“²⁵. Anhand einzelner Aktionen und der Berichterstattung darüber sind folgende freie Kameradschaften feststellbar.

Die „**Autonomen Nationalisten**“ klebten flächendeckend im Landkreis Aufkleber mit populistischen Parolen²⁶. Im September 2011 organisierten sie die sog. „Nordmannfestspiele“ (eine Art Familien- und Brauchtumsbegegnung) mit ca. 80 Teilnehmern²⁷. Im Oktober benannte sich die Gruppe in "Südthüringer Heimatschutz" um²⁸ und beteiligte sich u. a. bei dem als Heldengedenktag propagierten Volkstrauertag in Friedrichsroda.²⁹

Die Schlesische Jugend

Im April 2011 wurde bekannt, dass die „Schlesische Jugend“ von Rechtsextremen wie z. B. Hendrik Heller³⁰ unterwandert wurde³¹. So entwarfen Rechtsextreme bereits

²⁴ Verfassungsschutzbericht Thüringen 2010, S. 57 ff.

²⁵ <http://www.neues-deutschland.de/artikel/212251.raus-aus-facebook-nicht-der-szene.html> eingesehen am 30.11.2011 um 11:00Uhr

²⁶ Lt Interview SM 21 und SM 73

²⁷ http://www.mobit.org/Materialien/Chronik_Rex-Thueringen-2011.pdf eingesehen am 14.11.2011 um 23:10Uhr

²⁸ <http://logr.org/aktionsbuero/?p=307#more-307> eingesehen am 14.11.2011 um 23:20Uhr

²⁹ <http://logr.org/aktionsbuero/?p=307#more-307> eingesehen am 14.11.2011 um 23:20Uhr

³⁰ http://de.wikipedia.org/wiki/Hendrik_Heller eingesehen am 06.11.2011

um 09:40 Uhr



2005 den Plan, mit gezielten Beitritten in den Verein eine rechtsextreme Gewichtung aufzubauen, um den Vorstand zu stellen und aktiv an der Entwicklung teilzunehmen. Der Verein wurde daraufhin für Aktionen missbraucht, wie die sogenannten *Ostfahrten* nach Polen. NPD-Funktionär Matthias Heyder nahm an mindestens einer der Fahrten teil, denen rechtsextreme Inhalte zu Grunde lagen. Zudem existierten verschiedene Verstrickungen mit rechtsextremistischen Organisationen, wie der "Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland" (JLO) und mit weiteren Funktionären aus der NPD. Laut Beobachtungen von Frau Martina Renner (MdL – Die Linke) trifft sich die Schlesische Jugend seit Jahren in einem Schullandheim in Kleinschmalkalden und organisiert dort mit der JLO gemeinsame Veranstaltungen. Die Recherchen der Abgeordneten ergaben, dass das Gebäude, das der Kommune gehört, schon seit über zehn Jahren regelmäßig von den Rechtsextremen genutzt wird.³²

Aufgrund der rechtsextremen Unterwanderung wurde die „Schlesische Jugend“ im April 2011 aus der Landsmannschaft Schlesien ausgeschlossen.

Jugendcliquen/Mischszene

Neben der mehr oder weniger organisierten Neonaziszene existieren auch weitgehend unstrukturierte Gruppen, in denen eine rechtsextremistische Grundgesinnung vorhanden ist. Das sind Jugendgruppen und Cliquen, die sich vor allem im ländlichen Raum bilden, da hier attraktive soziale Alternativen fehlen. Ganz nach dem Vorbild aus der Neonaziszene wählen sie für ihre Gemeinschaft mitunter die Bezeichnung Kameradschaft und fallen meist mit martialisch klingenden Phantasienamen auf. Sie treffen sich in Privatwohnungen, Gaststätten, an Tankstellen, Garagenkomplexen und anderen öffentlichen Plätzen. Sie zeichnen sich durch ein hohes Zusammengehörigkeitsgefühl aus, zudem stehen gemeinsame Freizeitaktivitäten, die Teilnahme an rechtsextremistischen Demonstrationen und Konzerten sowie das gemeinschaftliche Auftreten im Vordergrund. Zwar mangelt es diesen Gruppen an einen abgegrenzten Aktivistenstamm bzw. einer Struktur, allerdings fallen sie immer wieder durch provokatives Verhalten in der Öffentlichkeit auf, zu welchem Propagandadelikte, Sachbeschädigungen oder Körperverletzungen zählen.³³

³¹ <http://www.tagesschau.de/inland/schlesischejugend100.html>, eingesehen am 06.11.2011 um 09:34 Uhr

³² <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/10191> eingesehen am 10.11.2011 um 20:10Uhr

³³ Verfassungsschutzbericht Thüringen 2010, S. 53



4.1.2 Die „Zwickauer Terrorzelle“ – der „Nationalsozialistische Untergrund“

Thüringen, um genau zu sein Jena, ist inzwischen deutschlandweit bekannt geworden, nachdem die sogenannte Zwickauer Terrorzelle mit der Verhaftung der letzten Überlebenden aufhörte, zu existieren. So gehen die Ermittler davon aus, dass die Gruppe für 10 geplante Morde und Anschläge an Menschen mit Migrationshintergründen verantwortlich sei. Inzwischen ist bekannt, dass der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU), so heißt das Netzwerk um die drei rechtsextremistischen Terroristen, viele Helfer im gesamten Bundesgebiet hatte. Besonders perfide ist das Bekennervideo, was die Terrorzelle herstellen lassen hat. Dort missbrauchen sie die bekannte Comic-Figur *Paulchen Panther*, um mit den Morden prahlen zu können. Diese Symbolik und die Art und Weise, wie der Inhalt des Bekennervideos dargestellt wird, zeugt deutlich von der menschenverachtenden Gesinnung der rechtsextremistischen Szene.

Die laufenden Ermittlungen haben inzwischen verschiedene Kenntnisse zu Tage gefördert. So soll es zwischen der NSU und der NPD eine Verbindung gegeben haben. Hinzu kommt, dass die drei Mitglieder der Terrorzelle schon in den 90er Jahren als gewaltbereite Rechtsextremisten eingestuft wurden und durch den Verfassungsschutz beobachtet wurden. Dabei ist aber noch unklar, wie die drei dennoch untertauchen konnten.

4.1.3 Die Rechtsextreme Musikszene

Ein wesentlicher Identifizierungsfaktor jugendlicher Subkulturen der rechtsextremistischen Szene ist die Musik. Sie besitzt als allgegenwärtiges Kommunikationsmittel einen hohen Stellenwert. In rechtsextremistischen Liedtexten werden mit höchst unterschiedlicher Deutlichkeit rassistische, antisemitische, menschenverachtende oder gewaltverherrlichende Ansichten propagiert, staatliche Institutionen verunglimpft oder die nationalsozialistische Gewaltherrschaft glorifiziert. Auch Jugendliche, die nicht der rechtsextremen Szene zugehören, sich aber in dieser Umgebung bewegen, sind anfällig für solche Musik. Auch wenn an anderen Stellen der Musik ein weit geringer Stellenwert zum Einstieg zugeschrieben wird, kommt man nicht umhin, zu sagen, dass die Musik trotzdem als zusätzlicher Attraktivitätsmoment gilt, sodass sie die Annäherung an diese Szene erleichtert und den Einstieg so unterstützen kann. Ebenso kommt der Musik eine bedeutende Stabilisierungs- und Verstärkungsfunktion gleich. Sie fördert rechtsextreme Orientierungen sowie Aktivitäten und stabilisiert die Szenenzugehörigkeit. Hinzu



kommt, dass – vor allem in Verbindung mit Alkohol – die Musik zu einer erhöhten Gewaltbereitschaft beitragen kann. „Auf gewalttätige Eskalation wirkt sie auch insofern förderlich, als sie provozierend wirkt und auch gezielt als Provokationsinstrument eingesetzt wird.“³⁴ Allerdings darf nicht vergessen werden, dass die Musik auf ein gewisses soziales Umfeld trifft und der Umgang mit der Musik in einem hohen Maße davon abhängt. Das bedeutet, dass nicht die Musik als die alleinige Ursache für eine Zuwendung zum rechtsextremistischen Gedankengut herhalten kann, sondern letztendlich die sozialen Umstände des Betroffenen. Die Musik dient hierbei letztendlich als Katalysator. Das bedeutet aber auch, dass die Musik nur eine notwendige, aber nie eine hinreichende Bedingung für die Empfänglichkeit rechtsextremer Ideen sein kann.

Der Inhalt der Musik reicht von althergebrachten Werten über die Verherrlichung des Skinhead-Daseins, über Kampfansagen an die bürgerliche Gesellschaft (den politischen Gegner, staatliche Institutionen), der Verharmlosung der Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg sowie Sympathie zu Adolf Hitler bis hin zu der Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus, der Propagierung eines Führerstaats sowie fremden- und ausländerfeindliche Hetze. Neben dem Gemeinschaftsgefühl auf Konzerten stoßen die Liedtexte bei der enttäuschten und perspektivlosen Jugend auf offene Ohren. Damit avanciert die Musik zu einem bedeutenden Propagandamittel der rechtsextremistischen Szene und gilt nicht umsonst als eine Möglichkeit, in die Szene einzutauchen. Die Zahl der Bands ist mit den Jahren stetig gestiegen. Während man 2002 noch von bundesweit 90 Gruppen ausgegangen ist, ging man 2008 bereits von 152 Bands aus. Das ist eine Steigerung von mehr als 66 Prozent.

Große mediale Aufmerksamkeit erlangten die sogenannten **Schulhof-CDs**. Die NPD und andere rechtsextreme Gruppierungen produzierten von 2004 bis 2010 insgesamt 9 verschiedene Versionen der Schulhof-CDs. Meist wurden sie im Zusammenhang mit Bundes- oder Landtagswahlen verteilt. Hendrik Heller, Kreisvorsitzender im Wartburgkreis und Mitglied des Landesvorstandes der NPD, war dabei aktiv. Dieses Beispiel zeigt, welchen Stellenwert das rechtsextreme Liedergut für die Agitation einnimmt. Ebenso bilden die Konzerte eine wichtige Rolle und tragen enorm zu einem Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Szene bei. Den rechtsextremistischen Organisatoren solcher Konzerte ist bewusst, dass sie mit ihren Veranstaltungen immer noch auf Ablehnung stoßen. Deswegen treten bei Anmietung für Räumlichkeiten meist Personen auf, die weder in der Öffentlichkeit noch bei Polizei

³⁴ Gabi Elverich / Michaela Glaser / Tabea Schlimbach / Anna Schnitzer, Rechtsextreme Musik – Ihre Funktion für jugendliche Hörer/innen und Antworten der pädagogischen Praxis, 2009, S. 76



oder Ämter aufgefallen sind. Konzertdaten werden meist nicht öffentlich bekannt gegeben, sondern durch Mundpropaganda inklusive moderner Medien verbreitet. Folgende Bands werden in Thüringen als rechtsextremistische Musikgruppen gezählt:

- „12 Golden Years“ – Apolda,
- „Bloodline“57,
- „Brainwash“ – Altenburg/Dresden,
- „Eternal Bleeding“ – Altenburg,
- „Eugenik“ – Gera,
- „Isolfur“ – Gera,
- **„Kinderzimmerterroristen“ (KZT) – Suhl, Landkreis Schmalkalden-Meiningen**
- „Last Man Standing“ – Raum Erfurt,
- „Moshpit“ – Altenburg/Dresden,
- „Ostfront“ – Gera,
- „PAK 88“ – Erfurt,
- „Radikahl“ (nur noch Sänger) – Weimar,
- „SKD“ – Gotha,
- „Sköll Dagaz“ – Luisenthal/Ohrdruf,
- „System Infarkt“ – Raum Ilmenau
- „Totenburg“ – Gera,
- „Unbeliebte Jungs“ – Sonneberg

Die Bands „Extreme Rage“, „Frontal18“, „Askeregn“, „MG 42“ und „Hermunduren“ werden als Verdachtsfälle klassifiziert.

Die Band **„Kinderzimmerterroristen“** ist im Raum Suhl, also auch im Landkreis Schmalkalden-Meiningen aktiv. Sie selbst sehen ihr Ziel in der Erhaltung der *Weißer Welt*, welches sie in ihren Texten immer wieder verdeutlichen. Sie treten bei verschiedenen Konzerten in Thüringen und Sachsen, aber auch in den alten Bundesländern auf. Ein Textbeispiel lautet:

„Hast du einmal nachgedacht, wie die Dinge wären, ohne die besagten Jahre, deren Schuld wohl nie verjährt. Ohne all die Speichellecker, die stets und ständig profilieren. Ohne die dubiosen Zeugen, von ihren Lügen profitieren. Doch das



Lügenkabinett wird weiter tagen, zu wenig gestellt erdachte Fragen. Zweifel an was in unseren Geschichtsbücher steht, das das Kabinett auch morgen wieder an die Arbeit geht.“³⁵

Insofern kann es nicht hingenommen werden, dass es einen Bandproberaum einer extremistischen Band in einem ehemaligen Jugendklub im Landkreis toleriert wird.

SM42: „... Wir hatten hier ...so einen Jugendclub, dann waren keine Jugendliche mehr drinnen, dann sind andere Jugendliche gekommen und wollten den haben...– als Proberaum. Nach einer gewissen Zeit sind dann Symbole aufgetreten an den Wänden. Wenn man mal gucken konnte die Texte und was da so für Musik war, das ging schon die Richtung.... Wir haben dann auch Zusammenarbeit mit der Kripo gehabt...das waren 2,3 Leute, mehr waren das nicht. Wir haben mit den geredet, ich habe mir die auch hier her geholt. Habe gesagt, wenn das Zeug nicht entfernt wird, was da nicht sein darf und verboten ist, dann findet das nicht mehr statt. ... Die haben das dann auch weg gemacht. Also wir hatten dann keinen Anstoßpunkt. Es ist nicht so, dass es das gar nicht gibt. Aber aus meiner Sicht, nicht so auffällig....“

Eine der bekanntesten Liedermacher der rechtsextremen Szene ist **Annett Müller**. Auf dem Internetportal YouTube liegt die Anzahl der Abrufe des Titels „Wir hassen Kinderschänder“ bereits über der 1-Million-Marke³⁶. Mehr als ein Viertel gab es seit der Kindstötung in Zella-Mehlis im Juni 2011.

Diese Nachfrage zeugt davon, dass die Lieder bzw. ein Teil davon über die Grenzen der rechtsextremen Gruppen hinaus bekannt sind. Die Frage ist, welche Klientel für die Musik von Müller empfänglich ist. Die Anzahl der Aufrufe ihrer verschiedenen

³⁵ <http://174.122.234.116/showthread.php?t=195102>, eingesehen am 03.11.2011 um 11:43 Uhr Anm. d. Verf.: Das Forum thiazi.net ist das größte und wichtigste Forum der deutschsprachigen rechtsextremen Szene. Registriert sind knapp 25.000 Rechtsextreme. Das Forum dient dem Austausch von Informationen, der Vernetzung und Mobilisierung. So werden rechtsextreme Veranstaltungen beworben, Naziaufmärsche nachbereitet und mit rechtsextremer Musik und Devotionalien gehandelt. die Ideologie aktiver Nazis wird durch die politische Propaganda gefestigt. Das „Thiazi-Forum“ geht zurück auf das Ende der 1990er Jahre gegründete Nazi-Musik-Forum „WPMP3“. Dieses fusionierte später mit der „Sturmseite“ zum „Nationalen Forum“ und ging 2004 als deutschsprachige Sektion innerhalb des englischsprachigen „Skadi-Forums“ auf. Bereits Anfang 2007 spaltete sich der deutschsprachige Teil von skadi.net ab und wurde zu thiazi.net. siehe <http://linksunten.indymedia.org/node/20954> eingesehen am 03.11.2011 um 11:50

³⁶ http://www.youtube.com/watch?v=ldu3kB8_r90 eingesehen am 27.11.2011, 18:25Uhr



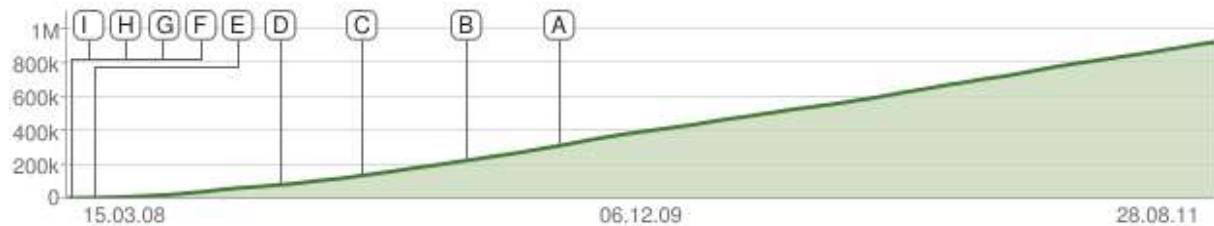
Lieder liegt weit auseinander, was auf die punktuelle Nachfrage des Songs von Müller hinweist. Das zeigt, dass die Lieder mit hoher Nachfrage (z. B. „Wir hassen Kinderschänder“) auch Gesellschaftsgruppen erreichen, die eigentlich nicht der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind.

Das wiederum bedeutet aber auch, dass eine gewisse Akzeptanz einer Persönlichkeit aus der rechtsextremen Szene in der Gesellschaft vorhanden ist. Vor allem die Kommentare zu ihren Liedern auf Youtube zeugen von einer demokratiefeindlichen Gesinnung ihrer Hörer und zeigen jedem, zu welchem politischen Lager die Sängerin zuzuordnen ist. Sie gehen auch so weit, die fast weltweit geächtete Todesstrafe für verschiedene Straftaten wieder einführen zu wollen.

Beispiel auf you tube - Annet - WIR HASSEN KINDERSCHÄNDER

http://www.youtube.com/watch?v=ldu3kB8_r90 – eingesehen am 28.8.2011 um 16:00

Aufrufe insgesamt: 924.154



Grafik: You Tube

Zielgruppen

Am liebsten sehen dieses Video:

Geschlecht	Alter
Weiblich	13-17
Männlich	18-24
Männlich	35-44

Bewertungen:	2.917
Positive Bewertungen:	2.564
Negative Bewertungen:	353
Favoriten:	2.260

Statistik. You Toube



An dieser Stelle haben sich die Verfasser entschlossen einen ungefilterten Auszug aus dem Kommentaren zu veröffentlichen, um die Problemstellung zu verdeutlichen

Kommentare: 4.957

- *ihr wisst aber schon, dass die Frau bei der NPD tätig ist, ja?! :)*
[VaniVictory](#) vor 1 Stunde
- *@VaniVictory na und?? Und des ändert aber nichts daran dass sie recht hat, oder?*
[aataensic1](#) vor 10 Minuten
- *eines der besten lieder von unserer kameradin annett schlimm dass es solche lieder überhaupt gibt ja zur todesstrafe für kinderschänder die einzige medizin die bei denen hilft*
[nancy60169](#) vor 6 Stunden
- *RICHTIG SO!!!!*
[Hamsterbagge94](#) vor 14 Stunden in Playlist [rock!](#)
- *Kinderschänder gehören gequält so wie sie ihre opfer Quälen das ist meine meinung die sollen saw 1-7 10 mal durch leben*
[MyKalle95](#) vor 15 Stunden
- *Meiner Meinung müßte es für Kinderschänder wieder die TODES strafe eingeführt weden*
[tearsd82](#) vor 16 Stunden
- *TODESTRAFE FÜR LADENDIEBE!!!!!!
jetzt oder nie wir können nicht riskieren das diese kranken kleptomane noch mehr volksgenossen beklaue und damit die läden in den Ruin treiben!!!!
meine meinung:
NEIN ZU TIERVERSUCHEN!!!!!!
-NEHMT LADENDIEBE!!!!
hörst du uns Angela Merkel? Wir sind das Volk!!!!!!
Nieder mit den uncoolen MENSCHENRECHTEN (die braucht doch keine)*
[MrAsfighter1](#) vor 18 Stunden
- *@MrAsfighter1 Wieder ein Bekloppter mehr hier.*
[freddyq41](#) vor 17 Stunden
- *@freddyq41 Das sagt der Richtige. ^^*
[catfit83](#) vor 14 Stunden
- *@MrAsfighter1 Verspüre ich einen Hauch Sarkasmus? =D Ich glaube nicht*



das man Ladendiebe mit einem menschähnlichem Parasiten vergleichen kann der sich irgendwie eingeschlichen hat...;)

[LaUltima2000](#) vor 6 Stunden

- *Jeder macht Länder für Krieg, Mord, u.s.w. Verantwortlich, dabei kümmert sich aber niemand wirklich darum das das aufhört, weder Muslime die ihre Frauen (auch teils noch Kinder -.-) Vergewaltigen, noch Westliche Armeen die diese Leute dann abschlachten und Knechten das war vor 1000 Jahren im Mittelalter und auch vor 2000 Jahren überall so !*

Wieso muss das denn alles so sein ?

Und in 10 Jahren ists wieder ein ander,

Ob Maotetsun, Hitler, Stalin, Bush jeder hat dreck am stecken aber sie Menschen machen

[InfoKriegerFC](#) vor 20 Stunden

- *könnt ihr mal kommentare zum video geben ich lese nur
@@@@@@@@@*

Quelle: You Tube - http://www.youtube.com/watch?v=ldu3kB8_r90 – eingesehen am 28.8.2011 um 16:00

4.1.4 Rechtsextreme im Internet

Soziale Netzwerke, Videoplattformen und Blogs haben sich zum wichtigsten Kommunikationsmedium für Jugendliche entwickelt. Diesen Umstand und die Vorteile einer schnellen und strukturierten Informationsvermittlung will auch die rechtsextreme Szene für sich nutzen. So organisiert sie sich nicht nur mittels des Internets, sondern nutzen gleichzeitig – laut der länderübergreifenden Stelle für Jugendschutz im Internet „jugendschutz.net“ – das Internet und ihre Plattformen immer intensiver, um Jugendliche über Kampagnen im Web 2.0 zu beeinflussen.

So hat jugendschutz.net 1708 eigenständige rechtsextreme Websites verzeichnet. Das sind zwar weniger als im Vorjahr 2009 (1872 Websites), allerdings rührt dies jedoch hauptsächlich von einem Rückgang in der Musikszene her. Im Gegensatz dazu verstärkten Neonazigruppen ihre Präsenz. Durch jugendschutz.net wurden insgesamt 383 Websites identifiziert, davon fallen 293 auf das Umfeld rechtsextremer Kameradschaften und 90 auf Gruppen von Autonomen Nationalisten. Das stellt eine Zunahme von 20 % im Vergleich zum Jahr 2009 (336) dar. Zudem wurden durch das rechtsextreme Umfeld 58 Mobilisierungssites ins Netz gestellt. Diese Angebote dienen dazu, wichtige Informationen wie Ort, Zeit und Thema einer Aktion gebündelt bekannt zu machen. Zum festen Bestandteil gehören Websites zu wiederkehrenden



Events wie dem Antikriegstag oder Demonstrationen zum Gedenken an Rudolf Hess. Da der Großteil der Seiten als Blog gestaltet wird, können sie besonders schnell aktualisiert werden und vermitteln den Eindruck von Professionalität und Dynamik.³⁷

Gerade die Aktivitäten von Rechtsextremen in den Communities nehmen stark zu. Seitens jugendschutz.net wurden mit etwa 6000 Profilen, Videos und Userkommentaren dreimal so viele Beiträge wie im Vorjahr (2009: 2.000) festgestellt. Auf allen großen Plattformen wie z. B. Facebook, Myspace, Youtube und Twitter fanden sich rechtsextreme Beiträge: Kameradschaften sowie die NPD/JN agieren wie selbstverständlich in den sozialen Netzwerken und Videoplattformen. Neonazibands und Versandhändler promoteten Tonträger in Musiknetzwerken wie Myspace. Auch bei Twitter sichtete jugendschutz.net 2010 mehr rechtsextreme Useraccounts als im Vorjahr (73; 2009: 41).

Während Websites gezielt angesteuert werden müssen und über eine eher begrenzte Nutzerzahl verfügen, wird in Communities, auf Videoplattformen und in der Blogosphäre ein Millionenpublikum erreicht. Auch Szenematerialien können darüber schnell zugänglich gemacht werden. Diesen Diensten kommt damit für die Verbreitung von Rechtsextremismus eine immer größere Bedeutung zu. So stehen auf Facebook 11306 Personen mit der NPD und 976 Personen mit den Jungen Nationaldemokraten durch die „Mir Gefällt“-Option in Verbindung. Auf YouTube erzielten einzelne Clips der Kameradschaften bis zu 170000 Zugriffe. Verschiedene Bands oder Musiker (siehe Kapitel 4.1.3 Die Rechtsextreme Musikszene) erreichen über eine Millionen Klicks.

Neben jugendschutz.net beobachtet auch No-Nazi.net (ein Projekt der Amadeu Antonio Stiftung), wie der Rechtsextremismus in den sozialen Netzen zum gravierenden Problem geworden ist. Bereits im Jahr 2009 initiierte die rechte Publikation *Deutsche Stimme* eine Kampagne, sich in den sozialen Netzwerken als "nette Rechte von nebenan" zu präsentieren. Ziel war es, lokale Kontakte zu knüpfen und die NPD als wählbare Partei darzustellen.

Im Sinne der Kampagne wurden in der kürzeren Vergangenheit verschiedene Themen von den Rechtsextremen vereinnahmt. So wurde versucht, die Sorge um die Zukunft des Euros mit der Forderung "Raus aus der EU" auszunutzen, um so die sogenannte "Volksgemeinschaft" nicht zu beschädigen. Ebenso konnte die gesellschaftskritische Occupy-Bewegung ausgenutzt werden, indem auf die

³⁷ Jugendschutz.net; verantwortl.: Glaser, S.; Rechtsextremismus online beobachten und nachhaltig bekämpfen – Bericht 2010 über Recherchen und Maßnahmen; S. 2



Gefahren des Finanzmarktes hingewiesen wurde.³⁸ Soziale Bewegungen wie Occupy sind dabei besonders gefährdet, weil sie für eine weitreichende Offenheit stehen.³⁹

Parallel zu den Unterwanderungen von den verschiedenen Bewegungen nutzt die rechtsextreme Szene ebenso die sozialen Plattformen, um eigene Seiten zu bestimmten gesellschaftspolitischen Themen aufzubauen. Dies ist ebenso der Versuch, mit rechten Einstellungen in der Gesellschaft Fuß zu fassen und die menschenverachtende Ideologie zu verbreiten.

So gelang es den Betreibern der Facebook-Community "Keine Gnade für Kinderschänder" 74000 Fans hinter sich zu vereinen. Bis zur Schließung der Seite Anfang November 2011 erreichten die von den Seitenbetreibern organisierten Veranstaltungen bis zu 200000 Unterstützer. Doch hinter der Seite über das sensible Thema steckte ein NPD-naher Kreis, der diese Kampagne zur rechtsextremen Propaganda nutzte. Von dem folgenden Aus ließen sich die Betreiber allerdings nicht abschrecken, wieder eine neue Facebook-Seite aufzubauen, diesmal unter dem Titel "Deutschland gegen Kindesmissbrauch" ⁴⁰



³⁸ <http://www.zeit.de/gesellschaft/2011-11/proteste-banken-frankfurt>, eingesehen am 22.11.2011 um 17:50

³⁹ Ehrenberg, M.; Sagatz, K. <http://www.tagesspiegel.de/medien/kampagnen-gestatten-rechts-und-nett/5875624.html> eingesehen am 22.11.2011 18:00 Uhr

⁴⁰ <http://www.facebook.com/DeutschlandGegenKindesmissbrauch> eingesehen am 22.11. um 18:10Uhr



Rechtsextreme gründen auf Facebook Propagandaseiten wie "Deutschland gegen Kindesmissbrauch". © Screenshot ZEIT ONLINE

Ein weiteres Beispiel für die Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene sind Foren, in denen über die NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) debattiert wird. So werden diese dazu missbraucht, von den verabscheuungswürdigen Taten der Terrorzelle abzulenken. Es wird u. a. nach den Todesopfern durch Gewalt von Personen mit Migrantenhintergrund gefragt und auf das Schicksal von deren Familien hingewiesen. Gleichzeitig nehmen auch Postings und Kommentare in Blogs zu, die die Mitglieder der NSU zu Helden glorifizieren.⁴¹

Besonders auffällig und bezeichnend zeigen sich dabei die auf den Plattformen abgegebenen Kommentare der rechtsextremen Nutzer. Gewaltverherrlichung und Gewaltandrohungen sowie Hetze gegen besondere soziale Gruppen sind dort zu finden, genauso wie die Verharmlosung der NS-Diktatur und der Wunsch nach einer Systemüberwindung. Je nach Plattform kommen diese und weitere Themen mal mehr oder mal weniger deutlich zum Vorschein.

Ein Textbeispiel aus dem bereits genannten Thiazi-Forum zum Thema Rassismus an Schulen gegen ein Mädchen (deren Mutter eine Europäerin und der Vater ein Afrikaner ist) lautet wie folgt:

„Der Bastard muss jetzt die Suppe auslöffeln, die ihm der Nigger und die Rassenschänderin eingebrockt haben. Die Eltern tragen eine Mitschuld am Verhalten der Klassenkameraden! [...] Mitleid mit dem Mädchen ist Fehl am Platz! Mitleid führt zu Betroffenheit, Mitgefühl und dadurch früher oder später zu Akzeptanz. Sie ist ein Produkt der Rassenschande und als solches zu behandeln. [...] Das Letzte was wir brauchen ist eine Bewegung, die die Bastarde als etwas Positives sieht. Daran wird gearbeitet, da es immer mehr Bastarde gibt. Dem gilt es entschlossen entgegenzusetzen!“⁴²

Dabei kommen den Betreibern und Nutzern die gesamten Freiheiten und die Unübersichtlichkeit des Internets zugute, sowie die verschiedenen Regeln und Gesetze und deren Handhabe in den verschiedenen Ländern. Auch kann hier ein besonderes Phänomen des Internets beobachtet werden. Denn sobald erreicht wird, dass eine Seite vom Netz genommen wurde, werden an anderer Stelle neue

⁴¹ [Ehrenberg, M.; Sagatz, K. http://www.tagesspiegel.de/medien/kampagnen-gestatten-rechts-und-nett/5875624.html](http://www.tagesspiegel.de/medien/kampagnen-gestatten-rechts-und-nett/5875624.html) eingesehen am 22.11.2011 18:00 Uhr

⁴² <http://174.122.234.116/showthread.php?t=133130> eingesehen am 21.11.2011 um 10:30 Uhr



aufgesetzt, wie das Beispiel der Facebook-Seite „Keine Gnade für Kinderschänder“ (später „Deutschland gegen Kindesmißbrauch“) zeigt.

Klar ist, dass eine konsequente Überwachung des Internets nicht möglich ist, um demokratiefeindliche und menschenverachtende Inhalte zu bekämpfen. Trotzdem versuchen bereits viele Institutionen, der Flut der rechtsextremistischen Webseiten Herr zu werden und bei Verstößen entfernen zu lassen. Trotz aller Bemühungen wird es immer wieder (neue) Angebote geben. Schon aus diesem Grund sind flächendeckende Internetsperren ebenso keine nützliche Alternative, um Kinder und Jugendliche zu schützen. Vielmehr ist hier eine Sensibilisierung nötig. Aber auch das reicht nicht. Die Politik ist ebenso gefragt, die sozialen Missstände zu beseitigen, damit vor allem der Trost- und Perspektivlosigkeit (Hauptgründe für den Erfolg der rechtsextremen Ideologie) entgegengewirkt wird. Hauptsächlich dafür verantwortlich ist die Bildungs-, aber auch die Sozialpolitik.

Wie bereits eingangs erwähnt, wird das Internet durch die rechtsextreme Szene intensiv zur internen Kommunikation und zum Austausch genutzt. Laut [Verfassungsschutzbericht 2010](#) ist die Nutzung des Internets für Rechtsextremisten ebenso ein fester Bestandteil bei der Verbreitung ihrer Ideologie, der Vorbereitung von Aktionen, Kampagnen und anderen Veranstaltungen sowie der Kommunikation mit Anhängern und Sympathisanten. Zwar ist dabei eine anhaltend hohe Fluktuation der rechtsextremen Webseiten zu beobachten (so konnten im Verlauf des Jahres 2010 etwa 250 neue Websites festgestellt werden; im gleichen Zeitraum wurde eine annähernd gleich große Anzahl wieder abgeschaltet), allerdings bleibt das Internet aus Kostengründen und die Weite der erreichbaren Konsumenten Propagandamittel Nummer eins.



4.1.5 Fazit

Trotz der marginalen Erfolge der NPD-Politiker in den Wahlen der vergangenen Jahre ist ein Prozess zu verzeichnen, der schleichend und letztendlich von einem großen Teil der Gesellschaft unerkannt vonstatten geht. Wie die Vereinnahmung des Themas Kindesmissbrauch auf Facebook oder bei dem Trauermarsch in Zella-Mehlis deutlich zeigen, fördert dieser Prozess die Akzeptanz von Agitatoren aus dem demokratiefeindlichen Spektrum, in dem Ungleichwertigkeit und eine gruppenbezogene Menschenverachtung als ideologische Grundlage dient.

Die NPD steht, wie Matthias Heyder, Spitzenkandidat der NPD in Sachsen-Anhalt es auf den Punkt bringt, für eine Partei, die ihr Ziel in der Systemüberwindung sieht. Außerdem weist sie eine fremdenfeindliche sowie antisemitische Gesinnung auf. Es soll eine ethnisch homogene Volksgemeinschaft, die sich durch gemeinsame Abstammung, Sprache, geschichtliche Erfahrungen und Wertvorstellungen definiert, geschaffen werden. Dies ist zugleich die Grundlage für die – anstelle der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – angestrebte „Volksherrschaft“. Die pauschale Überbewertung der aufgrund ethnischer Zugehörigkeit definierten „Volksgemeinschaft“ beschneidet die vom Grundgesetz garantierte Freiheit, sich persönlich zu entfalten. Die Rechte und Interessen des Einzelnen werden eingeschränkt. Somit stehen sich Demokratie und ihre Vorstellungen, wie dem Gleichheitsgrundsatz vor dem Gesetz oder den Menschenrechten mit der grundlegenden Unantastbarkeit der Würde aller Menschen, dem Rechtsextremismus mit seiner Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen gegenüber und sind miteinander unvereinbar.

Thüringen und Sachsen sind inzwischen deutschlandweit bekannt geworden, nachdem die sogenannte Zwickauer Terrorzelle mit der Verhaftung der letzten Überlebenden aufhörte zu existieren. Sie sollen mindestens 10 Menschen ermordet und mehrere Anschläge verübt haben. Inzwischen ist auch bekannt, dass die Terrorzelle bzw. der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) viele Helfer im gesamten Bundesgebiet hatte. Und das Ende ist noch immer nicht in Sicht. Besonders perfide ist das Bekennervideo, welches die Terrorzelle herstellen ließ. Dort missbrauchen sie die bekannte Comic-Figur Paulchen Panther, um mit den Morden prahlen zu können. Dieser rechtsextreme Terrorismus ist der wahr gewordene Eisberg des rechtsextremen Gedankengutes. Was unter der Oberfläche noch schlummert, werden die Ermittlungen in den nächsten Wochen zeigen. Klar scheint allerdings jetzt schon, dass es Verbindungen zwischen der NSU und der NPD gab.



Es kann also nicht genügend darauf hingewiesen werden, dass die rechtsextremistische Gefahr weiterhin vorhanden ist. Besonders in Gebieten mit einer stagnierenden Entwicklung und geringer Zukunftsperspektive, stoßen die populistischen Themen der NPD auf offene Ohren. Die zunehmende Akzeptanz, ohne den Hintergrund der demokratiefeindlichen Partei zu hinterfragen und fördert zunehmend deren Normalisierung. Es ist ein schleichender Prozess der im Kleinen beginnt, und sich immer weiter ausbreiten soll. Auch wenn ganz triviale politische Probleme scheinbar ernsthaft von der NPD oder den Kameradschaften aufgegriffen und behandelt werden, steht immer noch die demokratie- und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit der Partei im Hintergrund. Diese Normalisierung soll dazu führen, dass eine rechtsextreme Partei mit ihrer Ideologie sich als eine ernstzunehmende Kraft in der politischen Welt etablieren und weitere Sympathisanten aus der Mitte der Gesellschaft hinter sich vereinen kann. Diese Etablierung kann eben nur durch das Engagement für die Alltagsprobleme der Menschen gefördert werden, was den Verantwortlichen der NPD durchaus bekannt ist.

Hinzu kommt, dass sie in den Kreistagen und Stadträten, wo Mandatsträger der rechtsextremistischen Partei sitzen, mit dieser Strategie Erfolge erreichen. So werden sie zunehmend als normaler Teil der politischen Landschaft der Region wahrgenommen und behandelt, ohne dass deren rechtsextremistischer Hintergrund eine Rolle spielt. Diese Akzeptanz bzw. Normalisierung in den Kreis- und Landtagen wird später durch die politischen Vertreter der demokratischen Parteien zunehmend in die Bevölkerung getragen, die bereits von verschiedenen Seiten beeinflusst wird. So seien hier die politischen Parolen von Alltagsproblemen genannt (Zeitarbeit, Lohndumping, Kriminalität), die sich beispielsweise in der Werbung für Wähler wiederfinden. Ebenso dienen aussagekräftige Aktionen diesem Ziel, wie der Trauermarsch in Zella-Mehlis für ein ermordetes Mädchen, an dem rund 700 Bürger teilnahmen, obwohl das Ereignis von rechtsextremen Kräften organisiert wurde. Hinzu kommen Versuche, die Vereine und Gesellschaften zu unterwandern, wie das Beispiel der „Schlesischen Jugend“ zeigt. Wie intensiv diese Bemühungen sind, beweist die Gründung des Kreisverbandes Schmalkalden-Meiningen/Suhl.

Dass diese Betrachtungen ernst zu nehmen sind, zeigt der Thüringen-Monitor 2011⁴³. Karl Schmitt und Jürgen H. Wolff vom Institut für Politikwissenschaft an der

⁴³ Karl Schmitt, Jürgen H. Wolff, Thüringen-Monitor 2011, <http://www.thueringen.de/imperia/md/content/homepage/politisch/thueringenmonitor-2011-gesamtdokument-final3.pdf>



Friedrich-Schiller-Universität zeigen in ihrer Studie einen Anstieg der rechtsextremen Gesinnung in Thüringen auf. Verdeutlicht wird dies vor allem in der Zustimmung rechtsextremer Einstellungen. Nachdem in den vergangenen Jahren die Zustimmung der sechs Bereiche Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, Nationalismus, Verharmlosung der NS-Diktatur, Antisemitismus und Aufbau einer rechtsextremen Diktatur meist rückläufig war, stieg die Befürwortung seit 2010 in vier Bereichen zum Teil nicht unerheblich an. Die Dimensionen, die eine Zunahme verzeichneten sind die Ausländerfeindlichkeit, der Nationalismus, die Verharmlosung der NS-Diktatur und Antisemitismus.



4.2 Die Folgen des demographischer Wandel auf die Lebensqualität des Landkreis Schmalkalden -Meiningen⁴⁴

SM11: „Also die Gemeinde hat ca. 12.000 Einwohner und ist mittlerweile stark überaltert. Das wird sich die nächsten Jahre noch verstärken. Dabei versuchen wir gerade, die Jugend auch ein bisschen ins Licht zu rücken, mit ins Boot zu holen, um auch in Zukunft die Gemeinde für Jugendliche attraktiv zu machen.“

SM21: „Die wenigsten von denen (die Jugendliche – Anm. d. Verf.) haben hier eine Arbeit. Viele sind auf Montage und nur am Wochenende hier. Das ist auch für uns schwer, da sie für die ehrenamtliche Arbeit hier fehlen. Du verlierst zu viele von ihnen, immer wieder.“

Der Ausschnitt aus einem Interview macht deutlich, dass für die „Stärken- und Ressourcenanalyse“ ein Blick auf die demographische Entwicklung unerlässlich ist. Denn schon heute weisen die Tendenzen auf zukünftige schwerwiegende Probleme hin. Zusammengefasst gesagt, wir werden älter und weniger. Das zieht natürlich weitreichende Konsequenzen nach sich, was sich auch im Haushalt des Landkreises auswirken wird. So werden

1. die Einnahmen aus Steuern und Finanztransfers des Landkreises stärker sinken
2. die Ausgaben für die Infrastruktur sinken trotz der sich verringernenden Einwohnerzahlen kaum und die Aufwendungen belasten die Haushalte der Kommunen
3. die Ausgaben im Sozialbereich mit dem zunehmendem Durchschnittsalter steigen
4. junge Akademiker verlassen die Region
5. Feuerwehren verlieren ihre Einsatzfähigkeit mangels Überalterung und fehlendem Nachwuchs
6. die demokratischen Parteien werden an Mitgliedern und damit an Bedeutung für ein gesellschaftspolitisches Engagement verlieren und

⁴⁴ Alle Daten, die für dieses Kapitel herangezogen wurden, stammen aus der Studie Sedlacek, Peter (2011) „Demographischer Wandel in Thüringen – gestern und morgen“. LzpB Thüringen S23ff. und



keine Alternative zu etwaigen undemokratischen und menschenfeindlichen Weltbildern bieten

Diese Folgen sind nur Beispiele eines demographischen Wandel, der die Veränderung der Bevölkerungszahlen nach ihrer Menge sowie Zusammensetzung nach Alter, Geschlecht, Herkunft und anderen Merkmalen beschreibt. Der Prozess mit seinen vielen Aspekten soll detaillierter im zweiten Teil dieses Kapitels beschrieben werden, während zunächst schon auf einige der wichtigsten Folgen eingegangen wird.

Ausführliche Betrachtungen der Folgen des Demographischen Wandels

Die Alterung der Bevölkerung wird sich nachhaltig auf die sozialen Sicherungssysteme auswirken. Der Anteil an kranken und pflegebedürftigen Menschen wird steigen und erfordert damit erhöhte Anstrengungen der zunehmend schrumpfenden arbeitenden Bevölkerung, bei gleichen Standards. Es wird dabei davon ausgegangen, dass der Platzbedarf in Pflegeheimen bis 2020 um ca. 45 Prozent, bis 2030 sogar um ca. 60 Prozent steigen wird. Damit verbunden ist ein erheblicher zusätzlicher Personalbedarf und Investitionsaufwand. In wieweit dieser von öffentlicher oder privater Hand getragen wird, ist noch unklar. Dennoch werden die Sozialhilfeausgaben und Ausgaben zur Hilfe zur Pflege ansteigen. Das resultiert unter anderem auch aus dem zukünftigen Risiko der Altersarmut in Ostdeutschland.

Die Abnahme der erwerbsfähigen Bevölkerung (bzw. der Bevölkerung im Allgemeinen) wird einen spürbaren Einfluss auf die öffentlichen Finanzen haben. So werden beispielsweise die Einnahmen aus Einkommenssteuer und Umsatzsteuer sinken. Zahlreiche Finanztransfers, wie der Länderfinanzausgleich oder die Zuweisungen an die Kommunen sind an die Einwohnerzahl gekoppelt. Sinkt diese, werden auch weniger Gelder transferiert. In der sozialen Infrastruktur werden kinder- und jugendbezogene Einrichtungen weniger beansprucht. Ebenso wird dem Vereinsleben in den Dorfgemeinschaften der Nachwuchs ausgehen. Das betrifft nicht nur den Sportsektor, sondern auch gesellschaftliche Institutionen wie den Heimat- oder Kirmesvereinen. Die schulischen Zentren werden aus-, und Außenstellen davon abgebaut. Dadurch konzentrieren sich die möglichen Aktivitäten an einem Ort, der für Kinder und Jugendliche allerdings schwer zu erreichen ist. Dies fördert auch der zurückgehende öffentliche Personalverkehr. Zudem werden zunehmend die Kosten

vom Thüringer Landesamt für Statistik (<http://www.tls.thueringen.de/> eingesehen am 4.10.11



für den Schülertransporte in Frage gestellt. Bereits jetzt zeichnet sich dies schon in einigen Gemeinden ab und oft wurde das auch in den Interviews bestätigt:

SM52: Es gibt auch sehr viele Menschen oder Jugendliche in Breitungen, die das Gymnasium besucht und danach studiert haben. Trotzdem haben sie hier keine Arbeit gefunden. Das ist ebenso ein Problem, das man lösen müsste. Ein schönes Gewerbegebiet haben wir ja auch, sogar freie Flächen, aber es kommt einfach kein Gewerbebetreiber mehr her. Und unter denen, die wir hatten, gab es immer wieder Insolvenzen und Schließungen. Das ist ein großes Problem.

Eine für diese Studie besonders wichtige Folge des demographischen Wandels ist die Entwicklung der politischen Landschaft in weiten Teilen des Landkreises. Parteien finden teilweise jetzt schon keine kritische Masse mehr, um eine aktive Mitgestaltung des Gemeindelebens zu erhalten. So kann es vorkommen, dass nur noch eine politische Partei in bestimmten kleinen Gemeinden vorkommt, was dem Engagement, trotz vorhandenen politischen Interesses entgegenwirkt. Diese fehlende Präsenz schafft demokratiefeindlichen Einflüssen einen weiten Raum. Hinzu kommt, dass Gemeinderäte oft durch Mitglieder von Feuerwehren, Sportvereinen und anderen Organisationen besetzt sind, was deren inhaltliche Entscheidungen nicht schlechter macht. Allerdings fehlt hier meist eine gute Kommunikation auf die höheren Ebenen der politischen Entscheidungsträger, was sich wiederum auf die Gestaltung der Gemeinden auswirkt.

Einen Wandel wird es auch in der medizinischen Versorgung und bei den Feuerwehr- und Rettungsdiensten geben, da Nachwuchskräfte fehlen. Die kleiner werdende Bevölkerungsdichte macht zum einen Arztpraxen nicht mehr rentabel, zum anderen verliert das Berufsbild des Haus- und Landarztes immer mehr an Attraktivität. Das gleiche gilt für Apotheken. Sie leiden ebenso an dem Bevölkerungsrückgang, was sich auf die Rentabilität auswirkt.

Hinzu kommt, dass Freiwillige Feuerwehren (FFW) zunehmend Probleme bekommen, einsatzfähig zu bleiben. Das ist zum einen auf die schrumpfende Bevölkerung zurückzuführen. Zum anderen beeinflusst die älter werdende Bevölkerung die Einsatzkraft der FFW, vor allem wenn man bedenken muss, dass die Feuerwehrleute mit 60 aus dem Dienst ausscheiden müssen. Schon jetzt sind Freiwillige Feuerwehren vielerorts durch die vielen Pendler in den Gemeinden



während der Woche kaum einsatzfähig. Jedoch sind hier verschiedene kreative Lösungsansätze seitens der Gemeinden entwickelt worden. So gibt es beispielsweise Tageslöschgruppen oder es werden bevorzugt Bürger beim Bauhof angestellt, welche auch in der FFW aktiv sind.

Doch warum kommt es zu diesen Folgen, wie genau sieht der demographische Wandel aus? Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland schrumpft seit 2003, ebenso wie die Bevölkerung in Thüringen. So sank die Einwohnerzahl des Freistaates von 2,9 Millionen im Jahr 1950 auf 2,27 Millionen im Jahr 2010, und soll weiter auf ca. 1,8 Millionen im Jahr 2030 zurückgehen. Der demographische Wandel als ein Prozess ist nur unwesentlich zu beeinflussen. Umso entscheidender ist es, die Auswirkungen und Folgen so zu gestalten, dass zukünftige Generationen sie bewältigen können. In Hinblick auf die Thematik dieser Studie ist ein Blick auf die Bevölkerungsentwicklung im Landkreis unumgänglich. Ausschlaggebend für die Veränderung der Bevölkerungszahl ist die Geburten-Sterbe- sowie die Wegzugs-Zuzugs-Rate. Die Ursachen für erstere sind unter anderem auch in der Vergangenheit zu suchen. So reproduziert sich beispielsweise ein Geburtenknick nach 25-30 Jahre erneut, da zu diesem Zeitpunkt die Zahl der potenziellen Mütter zu vorheriger Periode gesunken ist.

In Thüringen ließ nach 1990 die unsichere wirtschaftliche Situation viele Paare von einem Kinderwunsch Abstand nehmen. Außerdem verschob ein nicht unwesentlicher Teil der Paare den Wunsch auf Nachkommen auf ein höheres Lebensalter. Hinzu kommt, dass damals viele junge Frauen den Freistaat verließen, um in den alten Bundesländern einer Beschäftigung nachzukommen. Zur gleichen Zeit gab es außerdem keinen vergleichbaren Zuzug.

Einen deutlichen Unterschied gibt es zwischen den kreisfreien Städten Erfurt, Weimar und Jena, den kleineren Städten in den Kreisen und den Landkreisen selbst. Während vor allem in den Landkreisen der eben genannte Rückgang in der Bevölkerungszahl zu sehen ist, konnten Erfurt, Weimar und Jena zulegen. Die Entwicklung in Gera und Suhl gleichen allerdings den Landkreisen. Sie weisen erhebliche Einwohnerverluste auf. Eisenach verliert zwar auch an Bevölkerung, dies jedoch nur in einem moderaten Maße. Hinzu kommt, dass die Städte in den Landkreisen relativ stabil bleiben, da hier der Zuzug vom Umland die Geburten-Sterbe-Rate einigermaßen ausgleicht. Die zwei Hauptgründe für den Zuwachs der kleineren Städte und Ballungszentren sind zum einen die Altenwanderung, da dort eine bessere medizinische und allgemeine Versorgung vorgefunden wird. Außerdem zieht es viele junge Menschen in die Universitätsstädte, um dort ein Studium



aufzunehmen.

Derzeit sterben in Thüringen weit mehr Menschen als geboren werden. Dieser Trend wird bis 2030 zunehmen. Ab dann wird die Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen einigermaßen konstant bleiben und erst ab 2050 wieder sinken. Des Weiteren sind 2009 ca. 8.000 Menschen mehr aus Thüringen weggezogen als zugezogen. Bis 2026 wird sich dieser Abstand verkleinern und in den darauffolgenden Jahren wird eine positive Bilanz angenommen. Diese fällt allerdings im Vergleich zur Geburten-Sterbe-Rate recht gering aus. Einzig die kreisfreien Städten Erfurt, Weimar und Jena werden von 2010 bis 2030 eine positive Wanderungsbilanz aufweisen, ebenso Eisenach und der Ilm-Kreis. Alle anderen Kreise und Städte weisen eine negative Bilanz auf.

Im Landkreis Schmalkalden-Meiningen wird in diesem Zeitraum die Einwohnerzahl um rund 28 000 sinken. Größter Faktor ist hier der Unterschied zwischen Sterberate und Geburtenrate. Nur etwas mehr als ein Viertel fällt auf die negative Bilanz zwischen Zuzug und Wegzug und beträgt in etwa 7500. Dieser Trend wird sich bis 2060 fortsetzen, wobei die Differenz zwischen Zuzug und Wegzug zwar marginal, aber immer geringer wird. Das bedeutet, dass die Einwohnerzahl hauptsächlich durch den Unterschied zwischen Sterbe- und Geburtenzahl sinkt. Allerdings darf dies nicht über den nicht gerade geringen Wanderungsverlust hinwegtäuschen. Die Gründe hierfür liegen vor allem in den strukturschwachen und ländlichen Gebieten am Mangel von Arbeitsplätzen und den damit verbundenen Umzügen in die Nähe des Arbeitsplatzes. Zukünftig werden höhere schulische Abschlüsse zunehmen, was bedeutet, dass junge Menschen zur Aufnahme eines Studiums wegziehen und selten zurückkehren. Damit entsteht zugleich ein Defizit an innovativen Akteuren, die an der Ortsentwicklung teilnehmen, was eine fehlende Modernisierungen und wenig attraktive Stadtbilder zur Folge hat. Darunter wird auch die Infrastruktur leiden. Die medizinische Versorgung wird zurückgehen. Ebenso verringert sich das Schulangebot und Einrichtungen des öffentlichen Lebens. Die Nahversorgung wird darunter leiden, wie auch das Angebot an sportlichen, kulturellen wie politischen Aktivitäten. Aufgrund des Fortzugs junger Menschen überaltern diese Gebiete, was eine hohe Sterbequote zur Folge hat.

Mit der fortschreitenden Entwicklung im Medizin- und Pflegebereich erhöht sich auch die Lebenserwartung. Während 2006/08 die durchschnittliche Lebenserwartung von Jungen in Thüringen 75,9 Jahre betrug, lag sie bei den Mädchen bei 81,93 Jahren. Es wird angenommen, dass diese sich weiter erhöhen. 2060 beträgt das durchschnittlich zu erwartende Alter eines Jungens 84,73 Jahre, während die



Mädchen im Durchschnitt 89 Jahre alt werden. Diese Zahlen gelten ebenso im Landkreis Schmalkalden-Meiningen. Das bedeutet auch, dass die Bevölkerung älter wird. So steigt das Durchschnittsalter von 45,3 Jahren im Jahr 2008 auf 52,3 Jahren 2060 an. Während die Bevölkerungszahl der Altersstufen von den unter 80 Jährigen (vor allem unter 70 Jahren drastisch) abnimmt, wird es bis 2060 zu einem Anstieg der Zahl der über 80 Jährigen kommen, und zwar um knapp 75 Prozent. So war beispielsweise 1995 in Landkreis Schmalkalden-Meiningen die Zahl der unter 15-Jährigen in etwa so groß wie die der über 65-Jährigen. Bis 2020 wird sich dies drastisch ändern. Dann wird es ungefähr dreimal so viele über 65-Jährige geben, als unter 15-Jährige. Damit wird aber auch die Zahl in den für das Arbeitsleben relevanter Arbeitsgruppen negativ beeinflusst. In Zukunft wird vor allem die erwerbsfähige Bevölkerung abnehmen. Während in Thüringen 2009 noch fast 1,5 Millionen erwerbsfähige Menschen in Thüringen lebten, sinkt diese Zahl 2020 auf knapp 1,2 Millionen. 2030 wird diese Zahl unter 1 Million liegen und bis 2050 unter 750 000 fallen. So kamen 2008 auf 100 Erwerbsfähige 60,4 Personen, die nicht mehr, oder noch nicht erwerbsfähig sind (angenommen ist ein Renteneintrittsalter von 65 Jahren). 2050 wird diese Zahl auf über 110 steigen. 2020 werden in Schmalkalden-Meiningen auf 100 Erwerbsfähige ca. 67 Personen kommen, die unter 15 oder über 65 Jahre alt sind. Diese Zahl wird sich bis 2050 wie in gesamt Thüringen noch drastisch erhöhen.

Ein weiterer Punkt wird die zunehmende Internationalisierung sein. Thüringen lag 2009 allerdings mit einem Ausländeranteil von 2,1 Prozent weit unter dem Bundesdurchschnitt von 8,7 Prozent. Dabei lebten zwei Drittel von ihnen in Jena, dank dessen wissenschaftlicher Ausrichtung. In Schmalkalden-Meiningen gab es 1998 einen Ausländeranteil von rund einem Prozent, der bis 2009 auf ca. 1,7 Prozent gestiegen ist. Es ist schwierig, eine Prognose für die weitere Entwicklung abzugeben. Sie ist abhängig von mehreren Faktoren, wie politischer und gesetzlicher Vorgaben. Die Öffnung des Arbeitsmarktes nach Osteuropa wird zunehmend Arbeitskräfte nach Deutschland, und auch nach Thüringen bringen. Wie stark diese Einwanderung allerdings sein wird, ist kaum zu beantworten. Allerdings ist anzunehmen, dass es die Mehrzahl in die größeren Städte ziehen wird.



4.3 Auswertung der qualitativen Interviews

4.3.1 Forschungsdesign

Den wesentlichen Bestandteil der sozialräumliche Analyse bilden die leitfadengestützten qualitativen Interviews.

Die Einzelfallbezogenheit der qualitativen Methoden lässt vom untersuchten Einzelfall auf die Gemeinheit schließen. Durch die Auswahl von je 5 Experten aus den gleichen Bereichen aus 4 ländlichen Gemeinden und 3 Städten, lassen sich die erhobenen Aussagen, auf den gesamten Landkreis verallgemeinern.

Entsprechend der Überlegung der Steuerungsgruppe wurden Experten aus folgenden 7 Planungsgebieten des Landkreises befragt::

1. Breitung
2. Brotterode
3. Floh-Seeligenthal
4. Schmalkalden
5. VG Dolmar
6. VG Hohe Röhn
7. Zella-Mehlis

Je Sozialraum wurden bis zu 5 Experten befragt. Diese Experten sind Bürger, welche aufgrund ihres Engagements in der Gemeinde, ihres Berufes oder ihrer Position über ein besonderes sozialraumbezogenes Wissen und/oder Erfahrungen besitzen und in den unterschiedlichen Handlungsfeldern des sozialen und kommunalen Lebens verankert sind. Sie wurden u.a. zu den vorhandenen bürgerschaftlichen Strukturen der Gemeinde, den Zielen und Problemstellungen in den Gemeinden, die wahrgenommenen extremistischen Strukturen, die Akzeptanz gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und demokratieverachtender Einstellungen oder zum Verhalten der Medien zum Thema Extremismus befragt. Diese kamen aus den Bereichen

1. Jugendarbeit
2. Sport
3. Gemeindeverwaltung/Politik
4. Vereine/Feuerwehr/Kirche



5 . Bildungseinrichtungen

6. Wirtschaft

Dabei wurde folgendermaßen vorgegangen:

- Auswahl der Experten in Absprache mit dem Jugendamt
- Kontaktaufnahme und Vereinbarung über die Anonymisierung
- Aufzeichnung der per Telefon oder vor-Ort geführten Interviews
- Transkribieren der Interviews
- Auswahl der mehrfach wiederkehrenden relevanten Aussagen zu den Untersuchungsaspekten
- Interpretation und Ableitung von Handlungsempfehlungen

4.3.2 Vorläufige Betrachtung

Folgende wesentliche Befunde lassen sich für die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen eines Lokalen Aktionsplanes zusammenfassen:

1. alle befragten Experten leben gern im Landkreis und vermitteln, dass auch ihre Mitbürger gern im Landkreis bleiben möchten
2. In allen Erhebungsgebieten sind vielfältige bürgerschaftliche Strukturen auszumachen, jedoch sind Angebote für Jugendliche zum Teil wenig breit gefächert
3. Im Landkreis hat es eine spürbare positive Entwicklung bei der Lebens-qualität gegeben: jedoch formulieren die Bürger einen realistischen Handlungsbedarf für die Gemeinden
4. Orte für die gepflegte demokratische Streitkultur sind rar geworden
5. Orte, welche von Rechtsextreme dominiert werden sind im Landkreis vorhanden. Sie werden nur selten in der eigenen Gemeinde ausgemacht oder benannt, sind aber latent vorhanden
6. Rechtsextreme sind in der Öffentlichkeit durch Auftreten, Veranstaltungen und Aktionen präsent und suchen nach Profilierung



7. Im Landkreis ist keine zunehmende menschenfeindliche oder demokratieverachtende Einstellungen zu verzeichnen
- 8 Es gibt nur wenige Ansätze zu einer aktiven Auseinandersetzung mit der NPD – ihr Auftreten oder der hohe Anteil an Wählerstimmen rufen lediglich einen Schock hervor
- 9 Medien haben eine hohe Bedeutung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus
- 10 Trotz des großen Unbehagens gegenüber extremistischen Gruppen gibt es in den Gemeinden kaum eine gemeinsame Gegenstrategien oder methodische Ansätze
- 11 nur wenige Aktionen gegen Rechtsextremismus sind bekannt, jedoch zeigen diese eine Aktionsvielfalt auf

1 - alle befragten Experten leben gern im Landkreis und vermitteln, dass auch ihre Mitbürger gern im Landkreis bleiben möchten

Eine wesentliche Ressource der Städte und Gemeinden im Landkreis Schmalkalden-Meiningen ist die Heimatverbundenheit seiner Einwohner. Denn ausnahmslos alle Befragten, einschließlich derer, der in anderen Orten arbeiten oder zur Ausbildung sind, beantworteten die Frage, ob sie gern im Landkreis leben positiv. Mehr als die Hälfte, sieht seinen Lebensmittelpunkt im Landkreis, hat sich dauerhaft nieder gelassen, in ein Haus investiert und eine Familie gegründet.

Als weitere Gründe werden, die nachbarschaftliche Vertrautheit, die Familie, die Freunde, die Schönheit der Umgebung und Arbeit angeführt.

SM36: „... ich kann mich hier gut einbringen und konnte hier berufliche Ziele verwirklichen.“

SM51: „... ich bin hier aufgewachsen, groß geworden. Man kennt halt alle ...“

SM64: „Weil ich gerne mit den Leuten zusammen bin und weil mir auch die Landschaft hier sehr gut gefällt und weil ich hier meinen Dienst tue..“



SM74: „...Hier bin ich aufgewachsen, das ist meine Heimat, es gibt eine schöne Landschaft und es gefällt mir gut.“

2. In allen Erhebungsgebieten sind vielfältige bürgerschaftliche Strukturen auszumachen. Jedoch sind Angebote für Jugendliche zum Teil wenig breit gefächert

Die verschiedenen Gemeinden verfügen über ein breites Angebot an bürgerschaftlichen Strukturen. Es existieren Kirmes-, Kirchweih- und Faschingsgesellschaften, Sport-, Schulförder-, Kultur- und Traditionsvereine sowie die Freiwillige Feuerwehr. Die Angebotsbreite ist allerdings auch von der Größe der Gemeinde abhängig.

Die befragten Experten schränken die Angebotsvielfalt jedoch ein:

1. Die Vereine sind zwar für alle Jugendliche offen, aber außerhalb der Vereinsstrukturen gibt es kaum jugendkulturelle Angebote.
2. Es existieren zu wenig attraktive Möglichkeiten für Jugendliche im Bereich Ausbildung, jugendkulturelle Angebote, Arbeit betrifft.
3. Der demographische Wandel – mit der rapiden Zunahme älterer Menschen, dem Bevölkerungsrückgang ist auch im Vereinsleben spürbar. Dies führt einerseits zu einer Abnahme der Angebote oder aber Spannungen zwischen den Interessengruppen.

In diesem Kontext muß aber auch auf die bekannte Tatsache verwiesen werden, dass nicht alle Jugendliche von den Angeboten der Jugendarbeit erreicht werden. Allein die Bandbreite der gängigen Jugendkulturen ist unüberschaubar. Hinzu kommt, dass der Interessenschwerpunkt der Kinder und Jugendlichen in sehr unterschiedlichen Bereichen liegt und dass es Befindlichkeiten gegenüber den Jugendeinrichtungen gibt. Dennoch wünschen sich alle, dass das Veranstaltungsangebot am Abend größer sei.

SM11: „...gerade für junge Leute ein sehr gut organisiertes Vereinsleben, es gibt kaum eine Sportart die man hier vereinsgebunden nicht betreiben kann. Es gibt Theatergruppen, es gibt ein Museum und eine Diskothek, die geschlossen war und jetzt wahrscheinlich wieder aufmacht. Was mich freut. Es gibt Spiel- und Bolzplätze. Gut gesicherte Kindereinrichtungen. Wenn man hier her zieht oder hier leben will, hat man seine Kinder auch gut unter. ... Kinder- und Jugendeinrichtung auch im Zentrum der Stadt vorhanden, wo sich jeder treffen



und finden kann. Wir haben auch noch ein gutes musikalisches Vereinsleben hier. ... fördern junge Bands, Schülerbands, Jugendbands, dass sie hier auch eine Möglichkeit kriegen aufzutreten bzw. sich weiter entwickeln können.“

SM41: „...Die Verteilung der über 50-jährigen würde ich jetzt mal überdurchschnittlich hoch bezeichnen. Weil viele junge Leute halt abwandern, weil es hier nur sehr wenig Ausbildungsmöglichkeiten gibt nach der regulären Schulzeit. Also zum Studium ist auch in der ganzen Region nicht so viel vorhanden. ... Es gibt eine Regelschule. Kulturell finde ich das jetzt nicht so super. Es gibt zwar Kirmes wie auf jedem Dorf. ...Jahresfeste... Erntedankfest. Die Kirche spielt jetzt keine große Rolle bei uns.... Also für die Jugend gibt es gar nichts. Es gibt keinen Jugendclub oder Jugendtreff. Es gibt auch keinen Spielplatz. Kindergarten gibt es, Vereine gibt es den Angelverein, Hundesportverein, ich glaube Gemeinde- oder Heimatverein gibt es auf jeden Fall. Dann gibt es Rassegeflügel-, Zuchtverein, so etwas gibt es auch.... Es gibt keine Vereine für die Jugend.

F: Also es ist nicht für alle Generationen etwas vorhanden?

SM41: Ja würde ich schon so- Im Freizeitbedarf ist für Kinder und Jugendliche oder für junge Erwachsene wenig vorhanden.“

SM64: „... Ich würde eher sagen, es sind nicht alle Generationen dabei. Der Sportverein möchte für alle etwas anbieten, aber der Ort ist zu klein und hat keine eigene Jugendmannschaft mehr z.B. Die müssen sich mit anderen Orten zusammen tun. Die Tierzuchtvereine hätten gerne junge Leute dabei, die kommen aber nicht dazu. Es gibt einen Jugendclub, also gibt es auch etwas für junge Leute, da gehen aber auch nicht alle hin.... Aber wir sind im Vergleich mit dem Stadtleben schon wesentlich ruhiger dran hier. Wahrscheinlich auch weil junge Leute nicht alles finden, was sie suchen, z.B. auch keine Arbeit.“

SM74: „...Für alle Generationen würde ich jetzt nicht sagen. Es gibt etwas für Kinder, sage ich mal bis zum Grundschulalter. Oder vielleicht. noch bis zur 6. Klasse, da gibt es verschiedene Sportvereine, wo die mitmachen können. Ich denke für die Jugendlichen ist es hier eher schlecht. Also da gibt es keine Angebote. Und sonst für Erwachsene - gibt es eine ganze Reihe an Angeboten die man hier machen kann. Sportangebote, andere Vereine. Und für Rentner gibt es sogar einen eigenen Seniorenclub, da ist es gut ausgestattet. Knackpunkt sind die Jugendlichen. Die haben kaum Möglichkeiten. Es gibt keinen Jugendclub, es gibt keinen Treffpunkt, wo die sich treffen können oder irgendetwas. Das ist dann



eher schlecht...“

SM75: „...Ja es fehlt ein bisschen an Abendveranstaltungen für die Jugendlichen.“

3. Im Landkreis hat es eine spürbare positive Entwicklung bei der Lebensqualität gegeben. Jedoch formulieren die Bürger einen realistischen Handlungsbedarf für die Gemeinden

Die Bürgerinnen und Bürger setzten sich aktiv mit den Bedürfnissen und Problemen der Gemeinde auseinander. Dies zeigt sich bei den Antworten zu der Fragestellung: Was muss Ihrer Meinung nach, in den nächsten 2 Jahren am dringendsten in Ihrer Gemeinde verbessert werden?. Dazu erfolgt eine nüchterne Darstellung der Problemlagen der Gemeinden. Dies kann auch als Zeichen gewertet werden, dass in der Bürgerschaft durchaus Potentiale und Ressourcen schlummern, welche für die Lösung der anstehenden Aufgaben aktiviert werden können. Die Bürger benennen aber auch deutlich, wo sie ihre Grenzen sehen und die Politik gefordert ist.

SM11: „...Die Toleranz ist relativ, immer noch gering und das wird auch immer schwieriger mit vielen alten Leuten. Für die jungen Leute, und dass man hier versucht jung und alt so ein bisschen auf eine Schiene zu kriegen, das wäre ganz wichtig und die jungen Leute auch so ein bisschen kommen lässt. So ein bisschen aktiv werden lässt... oder gar ob es öffentliche Veranstaltungen sind, da ist man hier sehr bieder. Die müssen um 11 Uhr zu Ende sein, dass Ruhe im Stadtbereich ist...Und man diskutiert jetzt halt viel um dieses: Wirtschaftsstandort X, was sich aber glaube ich relativ gut entwickelt, soweit ich das beurteilen kann. Mit dem neuem Gewerbegebiet und Ansiedlung von Industrie, das ist allg. für die Belebung der Stadt von Vorteil...“.

SM41: „...also Breitbandanschluss haben wir bekommen. Es gibt auch einen Konsum. Von der Infrastruktur ist es schon relativ gut. Was vielleicht noch gut wäre, wäre in der Schule, die ist ganz neu saniert worden, wieder die Grundschule einzugliedern. Weil die Grundschule befindet sich im Nachbardorf und da werden doch viele Gelder rausgeworfen, wo man sagt man muss es für den Nahverkehr einfach nicht ausgeben, wenn man die Kinder der Grundschule hier in die Dorfschule integrieren könnte. Weil es nicht so viele schulpflichtige Kinder im



Allgemeinen gibt. Es gibt z.B. im Dorf keinen Spielplatz. Da gab es mal so eine Elterninitiative und die wollten etwas gründen. Aber das ist dann irgendwie ins stocken geraten und nie weiter gekommen. Weil sich die Gemeinde ein bisschen dagegen gestellt hat und kein Grundstück zur Verfügung gestellt hat. Und für den Jugendbereich, da wurde meiner Meinung nach vieles falsch gemacht. Und zwar stand der Jugend nur so ein Container,... wenn es professionelle Jugendarbeit geben würde, könnten mehr Jugendliche da hinkommen. Zum Jugendtreff.“

SM61: „...Also der Tourismus, würde ich mir wünschen, dass der ein bisschen verbessert wird. Wenn die Leute schon weg ziehen, sollen wenigstens Andere kommen und sehen, wie schön wir leben. Das wäre sehr schön, das ein bisschen Geld da hinein gepumpt wird. Auch in die Infrastruktur, d.h. Straßenausbau. Vor allem auch in die Industrie müsste viel Geld gesteckt werden, dass die Leute hier auch Arbeit haben und gut entlohnt werden...“

SM 61 „... Ja die schlechten Löhne, überhaupt in Thüringen, Thüringen ist ja das Land mit den allerschlechtesten Löhnen...“

SM 61 „... die Internetanbindung ist hier sehr schlecht. Und vor allem sehr langsam. Die Busverbindungen und Bahnverbindungen sind nicht gut...“

SM64: „...Das schönste wären Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Das ist aber nicht unbedingt zu erwarten. Und an den Straßen ist viel gemacht worden, haben wir aber auch noch ziemlichen Bedarf.“

SM72: „..., wenn diese Fusion (Gebietsreform Anm. Verf)... über die Bühne ist, muss man sich überlegen: Standbein Industrie X/Y plus Tourismus. Dieses Wörtchen Tourismus muss völlig neu aufgewickelt werden. Eine ganz neue Mannschaft. Diese Komponente, wie soll ich sagen, Natur, was wir zu bieten haben plus Sehenswertes, Sporteinrichtungen und diese wunderschönen Ausflugsziele rund um X mit Y zusammen, das muss alles ganz neu, nicht erfunden sondern vermarktet werden und der Tourismus muss hier neu gestaltet werden. Das wäre mein ganz großer Wunsch. Tourismus alleine schafft das nicht, mit den Vereinen und mit solchen Vereinen, die im Winter hier tätig sind... und da muss es Einigkeit geben.... Die Stadt ist nämlich im Moment außen vor. Die Stadt macht ihr, was sie kann, da ist ja finanziell ein ganz großer Engpunkt und der ...Verein macht auch was er kann... Das sind große Probleme die gelöst werden müssen. Aber ich denk an die Zukunft und ich denke wir schaffen das auch...



F: Was thematisieren andere Gruppen?..

SM72: ... Es gibt junge Leute, die kämpfen um einen Krippenplatz, den es noch nicht gibt. Ein Krippenneubau ist geplant schon viele Jahre. Und wegen finanzieller Nöte konnte die Stadt das noch nicht verwirklichen. Und ich habe gehört, dass sich da jetzt junge Leute ganz stark machen. Ich finde das toll...“

Folgende Problemlagen zeichnen sich in den Interviews verstärkt ab:

- der demographischen Wandel – Wegzug von Jugendlichen und Überalterung
- eine zu geringe Angebotsvielfalt für Jugendliche
- Haushaltsprobleme der Kommunen
- regionale berufliche Zukunftsperspektiven
- fehlende oder schlecht bezahlte Arbeitsplätze

Dennoch die meisten Problemlagen verlangen Entwicklungskonzepte seitens der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik. Ob es nun die aktive Gestaltung des demographischen Wandels betrifft oder die Diskussion um Mindestlöhne.

4 Orte für eine demokratische Streitkultur gibt es nur in wenigen Gemeinden, ihr Fehlen verringert das Engagement für das Gemeinwesen

Damit sich eine Gesellschaft entwickeln kann, ist ein regelmäßiger Austausch als auch ein konstruktiver Diskurs notwendig. Denn der Zugang zu Information und die Möglichkeit zur Kommunikation sind wesentliche Grundlagen für politische und gesellschaftliche Teilhabe. In ländlich geprägten Gebieten, in denen die Informationsvielfalt durch technisch beschränkte Internetzugänge und verkleinerte Lokalredaktionen geringer ist, spielen öffentliche Kommunikations- und Treffpunkte eine besondere Rolle. Diese Orte sind notwendig um sich einerseits austauschen zu können und andererseits um die Beziehungen zu seinen Mitmenschen pflegen. In den Dörfern geschah dies früher dies z.B. am Brunnen, unter der Dorflinde, im Vereinszimmer. Solche offenen Versammlungsorte sind jedoch rar geworden. Die vernachlässigte demokratische Diskussionskultur ist für eine aktive Bürgergesellschaft schädlich und zieht einen Rückzug ins Private nach sich. Daraus folgt bspw.

- ein verringertes Engagement für die Gemeinde,



- eine Vernachlässigung der Traditionen und damit eine schwindende Identifikation mit dem Ort,
- abnehmende Mitgliederzahlen bei den Volksparteien und damit eine schlechtere Kommunikation zur Politik auf Kreis- und Landesebene nach sich.

Die Interviews verdeutlichen wie wichtig solche Orte sind:

SM 21: „...Ansonsten hat man alle diese Szenen, die sind eben, um auf das Haus hier zurück zu kommen, in den ganzen Jahren immer hier zusammen gewesen. Das ist eben ein Phänomen, ich weiß nicht ob das in der Großstadt ginge. Hier ging es die ganzen Jahre, dass alles hier zusammen war. Die sitzen zusammen.... Die betrachten sich nicht in dem Moment als Szenezugehöriger von der und der Gruppe, sondern sprechen sich mit Namen an und rauchen zusammen und trinken zusammen. Das ist auch das, was das Haus ausmacht....“

SM36: „...Es gibt in X sog. Wirtschaftsbeiräte, Gremien in denen Schulen die Wirtschaft, kommunale Einrichtungen usw., im Gespräch miteinander sind, um hier zu Verbesserungen zu kommen...“

SM61: Organisiert ist die Jugend auf jeden Fall. Da gibt es öffentliche Jugendclubs. Es gibt Seniorengemeinschaften. Für die, die dazwischen sind, gibt es leider weniger.... In den kleineren Orten gibt es gar keine Kneipe mehr. In X gibt es z.B. ein Bauernlädchen, wo die Leute sich treffen. Hier gibt es in den nahe gelegenen größeren Orten auch Einkaufsmöglichkeiten, wo sich die Leute treffen und auch mal einen Schwatz miteinander halten.... Es gibt Landfrauenvereine, die das auch mit abfangen. In Ys gibt es den Jugendclub, der macht Backhausfeste, wo auch eine Chronik erarbeitet wurde. Das funktioniert ziemlich gut hier.“

SM64: „...Also direkte Foren wo das geschieht wüsste ich jetzt nicht. Es gibt auch kaum Parteigruppen und ähnliches jetzt hier. In der Kirchgemeinde gibt es verschiedene Gesprächskreise. Da ist gesellschaftspolitischer Hintergrund auch oft mit dabei....Eine Gaststätte gibt es, da wird mit Sicherheit auch geredet. In den Vereinen auch. Aber es gibt kein Gremium was praktisch permanent Themen bearbeitet....“

SM75: „...Vom Altenclub abgesehen, für Jugendliche ist halt nichts und ansonsten muss man halt in Gaststätten gehen, wenn man – Stammtisch an und für sich gibt es auch nicht mehr so groß. Aber ja, es gibt schon verschiedene Gruppierungen



die sich dann ab und zu Sonntagabends treffen, Freundeskreise möchte ich mal eher sagen. Da wird Politik schon eine Rolle spielen, vor allen die Örtliche...“.

5 Orte, welche von Rechtsextreme dominiert werden sind im Landkreis vorhanden. Sie werden nur selten in der eigenen Gemeinde ausgemacht oder benannt, sind aber latent vorhanden

Vorab ist noch einmal festzustellen, dass die Beobachtungen der interviewten Bürger kein einheitliches Bild zum Landkreis zeichnen. Es wird das Bestehen extremistischer Erscheinungsformen selten für die eigene Gemeinde beschrieben. Immer werden andere Orte im Landkreis benannt oder man sieht sich aufgrund fehlender Milieukenntnisse zu keiner Aussage in der Lage. Andere wiederum haben von solchen Räumen gehört und im Laufe des Interviews benennen die Experten verschiedene Orte.

Gleichzeitig stellen die Experten auch fest, dass es Treffen im privaten Bereich gibt.

SM11: „...Wir haben mit dem Bolzplatz, der heißt „am Denkmal“ und dort ist auch ein Denkmal für Gefallene aus dem 2. WK. Dort trifft man sich schon das ein oder andere was in die rechte Richtung denkend ist. Zu Hitlergeburtstagen und sonstigen diversen Feiertagen in diese Richtung. Um sich da sich gemeinsam quasi zusammen zu finden, aber mehr ist es in dem Sinne nicht....Eine Zeit lang war es jetzt in Oberhof stark angesiedelt. Hat sich jetzt allerdings auch verschoben Richtung Schleusingen, Hildburghausen...“

SM21: „...Schwierig, den Extremen etwas zu zuordnen. Man hört eben, dass die ab und an Irgendwo mal mehr hin gehen. Aber meiner Meinung nach ist das weniger geworden... Früher in Klein-SM, diese Gruppierung, da wusstest du, da ist öfter mal etwas vorgefallen. Das ist mehr in dem Untergrund oder nicht so offen...“

SM41: „...durch die ‘Jungen Nationalisten’ (gemeint sind die Autonome Nationalisten – Anm. Verf.) oder so etwas. Die sind schon vorhanden. Das kann man schon bemerken. Die sind, denke ich, schon vorhanden. Wir haben das mitbekommen, also das gab es schon früher.... Aber dass sich Jugendliche aus dem Ort da der rechten Szene zugetan fühlen, das war schon so. Auf jeden Fall. Und ist auch noch weiterhin so..“



SM42: „.... Ich sage nicht, dass es keine Rechtsextremen gibt oder Leute die der NPD Nahe stehen oder ihr nachlaufen. Gibt es sicherlich auch in X. Gibt es sicherlich auch in den andern Ortschaften Aber nicht so, dass die auftreten und Veranstaltungen machen....“

SM51: „...Nee, also es gibt zwar in den Nachbarorten rechte Tendenzen, aber in Y nicht. Es gibt zwar 2,3 die sagen ich bin rechts. Aber die sind nicht in Vereinen organisiert. Das sind eher die üblichen Chaoten....“

SM64: „...Es gibt immer mal etwas wo man hört, dass Gruppen sich getroffen haben. Das ist dann aber zum Teil wein Stückchen weiter weg. Es gab mal etwas in einem der Nachbarorte, dass vor ein paar Jahren der Jugendclub aus verschiedensten Gründen geschlossen wurde, vorübergehend. Da waren aber auch ein paar schräge rechtsextreme Dinge mit im Spiel...“

SM65: „... Nein. Hier im Landkreis kenne ich nichts. Ich weiß nicht ob es im Landkreis Schmalkalden- Meiningen und zwischen Meiningen und Rohr oder Rohr und Suhl. Da gibt es wohl „die Henne“ an der Landstraße. Dort wird was gesagt, kann ich aber nicht hundertprozentig sagen. Das ist die einzige Location die ich kenne...“

SM75: „...Ja also da war diese Feier, in dem Haus, wo diese Leute wohnen und da ist abends eben laute Musik und auch Parolen und dt. Liedgut gesungen wurden und Fahnen gehisst ... die haben gefeiert – lautstark. ...“



6 Rechtsextreme sind in der Öffentlichkeit durch Auftreten, Veranstaltungen und Aktionen präsent und suchen nach Profilierung

Rechtsextreme Gruppen verfolgen die Strategie der Raumordnungsgewinne⁴⁵ dazu gehören, u.a.

- **Provokationsgewinne:** Die rechtsextremen Gruppen versuchen sich über erste öffentliche Auftritte und das Markieren von Räumen durch Symbole, Plakate oder Sprühereien als ernst zu nehmende Gruppe im Sozialraum zu präsentieren.
- **Räumungsgewinne:** Die rechtsextremen Gruppen versuchen darin, andere Gruppen an bestimmten Orten zu verdrängen. Es handelt sich um einen Raumordnungskampf mit dem Ziel der kulturellen Hegemonie in begrenzten Räumen zu bestimmten Zeiten.
- **Raumgewinne:** In dieser Stufe präsentieren rechtsextreme Gruppen lokale Wirkungsmacht öffentlich. Ein bestimmter Raum gilt als ihr Terrain. Andere Gruppen meiden diese Orte, potentielle Opfer begreifen die Orte als Angstzonen,

Die verschiedenen Aktionsformen seitens der Extremen kommen latent immer wieder vor. Die NPD versucht verschiedene Anlässe zu vereinnahmen. Bei Trauergedenken, Volksfesten, Kirchweihen, Sportwettkämpfen sind diese für die Bürger und Experten am stärksten spürbar. Bisher treten in diesem Zusammenhang so gut wie keine rechtsextremen Meinungsführer in den Vordergrund.

SM11: „...Also das war schon ein sehr großer Aufruhr, auch gerade um diesen NPD Aufmarsch. Es waren alle eher schockiert und erschrocken, weil keiner eigentlich damit gerechnet hat, dass die NPD das für ihre Zwecke missbraucht. Ich denke es haben viele Bürger in diesem Schock um den Tod des Mädchens so gar nicht wahrgenommen. Viele haben sich diesem Aufmarsch der NPD einfach angeschlossen, weil es in X als stiller Trauermarsch angekündigt war. ...“

SM 11: „... Es gibt in X einen Alt-Rechtsextremen, den Herrn Hoppe, der lässt sich auch gut google ´n im Internet. Um den ist es sehr ruhig geworden mittlerweile. Alles was abläuft, läuft in seinem Privathaushalt ab. Da hat man keinen Einblick...“

⁴⁵ Wagner, Bernd, 2008: Neuer Rechtsextremismus und „kulturelle Subversion“. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Nr. 4, S. 15f



SM21: „...vor einem Vierteljahr waren überall in der Stadt so kleine Zettelchen verstreut mit rechten Parolen. Zufälligerweise war 2 Tage später der Bürgermeister bei uns. Da habe ich ihm das gezeigt. Die waren bei uns direkt am Eingang.... Die haben sie dort drüben eben ausgekippt so im Ganzen. Die sind wohl in der ganzen Stadt gefunden worden, hat der Bürgermeister gesagt.“

SM 41:“...Erkennbar an irgendwelchen Flyern die dann in der Nähe der Schule oder vom Kindergarten wie so Spuckis dran geklebt werden. Ganz banale Sachen wie z.B. „Umweltschutz“ und solche Themen werden dann da auch publiziert. Obwohl das sehr fragwürdig ist, warum die jungen Nationalisten (Gemeint sind die Autonomen Nationalisten – Anm. Verfasser) auf einmal für Umweltschutz stehen...“

SM41:“... Es war auch bei den Wahlen. Das war vor 2 Jahren.... Und da war schon zu erkennen, die Orte wo auch die Schüler hier in die Dorfschule gehen und sehr rechtspopulistisch auch reden. Auch nur in den Orten war die Wählerbeteiligung der NPD höher als in den anderen Orten. Das war schon sehr auffällig. Dass fast in der gesamten X, in der wir hier wohnen, der Anteil der Wähler der NPD höher ist. .. auf jeden Fall höher, als der Anteil der Wähler die aus einem anderen Dorf oder aus der Kreisstadt kommen...“

SM42: „... Wir hatten hier ...so einen Jugendclub, dann waren keine Jugendliche mehr drinnen, dann sind andere Jugendliche gekommen und wollten den haben...– als Proberaum. Nach einer gewissen Zeit sind dann Symbole aufgetreten an den Wänden. Wenn man mal gucken konnte die Texte und was da so für Musik war, das ging schon die Richtung.... Wir haben dann auch Zusammenarbeit mit der Kripo gehabt...das waren 2,3 Leute, mehr waren das nicht. Wir haben mit den geredet, ich habe mir die auch hier her geholt. Habe gesagt, wenn das Zeug nicht entfernt wird, was da nicht sein darf und verboten ist, dann findet das nicht mehr statt. Ich muss auch sagen, die haben auch das Umfeld von dieser Räumlichkeit, dem Jugendclub, das war alles sauber. Da gab es nichts zu meckern. Die haben das dann auch weg gemacht. Also wir hatten dann keinen Anstoßpunkt. Es ist nicht so, dass es das gar nicht gibt. Aber aus meiner Sicht, nicht so auffällig....“



SM74: „... Ich war zu einem Fussball-Spiel hier in X, das war gegen Zella-Mehlis, da waren bestimmt 20, 30 Rechte mit dabei. Das ist schon extrem. Das ist mir dann auch extrem unangenehm aufgefallen. Zella-Mehlis ist da eine Hochburg. Sonst ist mir da nichts bekannt. Es sind immer welche unterwegs, also man hat sicherlich an den Klamotten auch ein paar gesehen, aber die sind nicht als Gruppe massiv in Erscheinung getreten...“

7 Im Landkreis ist keine zunehmende menschenfeindlicher oder demokratieverachtender Einstellungen zu verzeichnen

Wie zu Beginn der Studie dargestellt, wurde im Landkreis insbesondere nach menschenfeindlichen Einstellungen und/oder die Ausgrenzung schwacher Gruppe geforscht. Bei allen Experteninterviews sind solche Vorstellungen nicht zum Ausdruck gekommen. Nun sind jedoch Interviews Sondersituationen. Da jeder/m bewusst ist, dass die Interviews (in anonymisierter Form) veröffentlicht werden. Dadurch ist es ganz natürlich, dass auch in Grenzsituationen ein wünschenswertes Verhalten an den Tag gelegt wird. Aus diesem Grund wurden Kultur- und Wertvorstellungen hinterfragt und diese auf tolerante und humanistische Einstellungen als auch Respekt gegenüber anderen Lebensperspektiven untersucht. Die Frage nach der eigenen und der Reaktion der Umwelt auf einer schwullesbischen Lebensgemeinschaft hat sehr verschiedenen Reaktionen ausgelöst.

Teilweise ist eine Diskrepanz beim Umgang mit scheinbar atypischen Lebensperspektiven oder Gruppen mit anderen Wertvorstellungen spürbar.

SM36: „...Die (Schwullesbische Lebensgemeinschaften Anm. Verf.) haben es mit Sicherheit nicht einfach.“

SM41:“... Nicht gut. Mein bester Freund z.B. ist Schwul. Der ist jetzt nach Z gezogen aufgrund seiner Ausbildung oder Arbeit. Der hält das seit Jahren geheim. Also es gibt auch keine schwulen oder lesbischen Pärchen hier. Gibt es keine. Man mutmaßt dann nur und „Ja, das ist ja komisch“. Ich glaube alles was Anders ist, wird einfach abgelehnt von der Gemeinschaft. Von der gesamten Dorfgemeinschaft. Wenn man da Andersdenkend ist, nicht nur schwullesbisch,



sondern allgemein.“

SM42: „... geteilt. Das liegt in der Sache selber. Da gibt es sicherlich verschiedene Auffassungen. Das Auftreten selbst ist sicherlich nicht das große Problem. Das gibt es. Das gab es schon immer, das wird es auch immer geben. Ein Problem, das ist auch ein Problem für mich, dass die gleichgesetzt werden mit den normalen Ehen. Also die sollen alles Können dürfen, was sie wollen, überhaupt kein Problem. Aber diese Gleichstellung mit der Familie, das akzeptiere ich für mich nicht. Familie ist etwas anderes...“

SM51: „... Von den Älteren her eher konservativ, würde ich sagen. Von den Jugendlichen her sehr offen. Wir hatten auch mal einen ehemaligen Jugendbetreuer der war schwul, ist sehr offen damit umgegangen. Es sind viele in meinem Alter damit aufgewachsen. Wir haben auch ein Pärchen, die offen in X leben. Die wieder hier her gezogen sind. Lesben wüsste ich jetzt nicht. Relativ offen muss ich sagen.“

SM64: „...Ich denke, also es gibt so etwas, zum. im Nachbarort. Ich denke, Viele mit einer gewissen Reserviertheit, aber nicht mit Feindschaft...“

SM75: „...Eher belustigt. Also auf keinen Fall feindlich.“

Diese Diskrepanz ist auch gegenüber anderen Lebensvorstellungen zu verzeichnen. Es zeigt sich jedoch, dass diese Einstellungen oftmals unreflektiert ausgesprochen werden, da keine Auseinandersetzung stattgefunden hat.

SM21: „... Da ging es um einen jungen Mann, der obdachlos ist, frei gewählt, den wir auch kennen. Der jetzt seit 1,5 Jahren hier in der Innenstadt Platte macht. Das wurde von einem Redakteur zum Thema gemacht. Da gab es zwar kontroverse Auffassungen, die dann in der Zeitung beschrieben worden sind. Der Eine hat gesagt „Warum lasst ihr ihn nicht“, der Andere hat gesagt „Naja, ist doch gut, wenn ich ihm 10 € in die Hand drücke“. Es ist keiner unter die Gürtellinie gegangen. Die haben nicht irgendwie gesagt, das ist Abschaum und der muss. Es war immer fair, auch ihm gegenüber. Und Ausländer? Das ist sowieso so ein imaginärer Begriff. Wenn es darum geht, der Kumpel, der den Dönerladen führt. „Der



doch nicht, das ist doch unser Kumpel. Bei dem holen wir uns immer unseren Döner. Wieso, der ist doch auch Ausländer, ach ja, stimmt doch“. Das was sich da so feststelle, die sind integriert, die gehören da rein, die gehören da dazu.

8 Es gibt nur wenige Ansätze zu einer aktiven Auseinandersetzung mit der NPD – ihr Auftreten oder der hohe Anteil an Wählerstimmen rufen lediglich einen Schock hervor

Die NPD und rechtsextreme Gruppierungen sind im Landkreis aktiv.

Der Grad ihrer Verbreitung ist schwer zu beziffern. Jedoch zeigen der hohe Stimmanteil und die inhaltliche Vereinnahmung des Trauermarsches in Zella-Mehlis, dass sie in der Lage ist Wähler und Unterstützer zu aktivieren.

Insofern ist eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der NPD notwendig. Da politische Eliten/Parteien meist als Vorbild gelten, gilt es aufzuzeigen, dass sich die NPD, zwar nach außen bürgerlich gibt, in ihrem Parteiprogramm jedoch eindeutig Stellung gegen die parlamentarische Demokratie bezieht.

Lt. Thüringer Verfassungsschutzbericht 2010 propagiert die NPD einen völkischen Kollektivismus und agiert fremdenfeindlich sowie antisemitisch. Sie strebt nach einer „ethnisch homogenen Volksgemeinschaft“, die sich durch „gemeinsame Sprache, Abstammung, geschichtliche Erfahrungen und Wertvorstellungen“ definiere. Sie bilde zugleich die Grundlage für die – anstelle der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – angestrebte „Volksherrschaft“. Die pauschale Überbewertung der auf Grundlage einer ethnischer Zugehörigkeit definierten „Volksgemeinschaft“ beschneidet die vom Grundgesetz garantierte Freiheit, sich persönlich zu entfalten. Die Rechte und Interessen des Einzelnen werden eingeschränkt. Diesen Ansichten wird auch im Parteiprogramm Rechnung getragen. Demnach müsse Deutschland „das Land der Deutschen bleiben“ bzw. „dort, wo dies nicht mehr der Fall ist, wieder werden“. Für Fremde dürfe es grundsätzlich „kein Bleiberecht geben, sondern nur eine Rückkehrpflicht in ihre Heimat“. Die „Systemparteien“ hingegen nutzten Einwanderung und Überfremdung als Mittel, um sich, „durch Austausch des Volkes an der Macht (zu) halten“. In der von der NPD propagierten Gesellschaftsordnung



sollen autoritäre Eliten vorherrschen. Der Anspruch auf Führerschaft steht im Widerspruch zum pluralistischen Mehrparteiensystem der Bundesrepublik.⁴⁶

SM11: „... Also das war schon ein sehr großer Aufruhr, auch gerade um dieses NPD Aufmarsch. Es waren alle eher schockiert und erschrocken, weil keiner eigentlich damit gerechnet hat, dass die NPD das für ihre Zwecke missbraucht. Ich denke es haben viele Bürger in diesem Schock um den Tod des Mädchens so gar nicht wahrgenommen. ... Es war den wenigsten Bürgern bewusst, dass sie sich da dem Aufmarsch der NPD anschließen, so habe ich das in der Bevölkerung gehört. ... man hat sich auch klar bekannt, die Masse der Bevölkerung und auch alle was Stadtoberhäupter, Stadträte so sind, dass das hier nichts verloren hat und ich denke da ist klar Stellung bekannt worden, dass das hier wie gesagt, dass das nicht gewollt ist und von daher....“

SM41: „...bei den Wahlen. Das war vor 2 Jahren... da war schon zu erkennen, die Orte wo auch die Schüler hier in die Dorfschule gehen und sehr rechtspopulistisch auch reden. Auch nur in den Orten war die Wählerbeteiligung der NPD höher als in den anderen Orten. Das war schon sehr auffällig. ...

SM65: „... Wir hatten vor Jahren einen Auftritt dieser, die NPD glaube, die in Kaltennordheim auftraten und da muss ich sagen gab es keine direkten Sympathisanten. Es gab ein paar Leute die standen ein bisschen näher... Und es gab richtige Protestgruppen. Das hat mir gezeigt, dass das kein Thema hier ist im Moment. ..“

⁴⁶ Thüringer Innenministerium (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010. S. 24



9 Medien haben eine hohe Bedeutung in der Auseinandersetzung mit dem Extremismus

In den Interviews wurde klar, dass den Medien eine besondere Rolle zukommt. Zum einen geht es um das Nachrichten-Problem. Darf, und wenn ja in welchem Umfang über rechtsextreme Ereignisse und Positionen berichtet werden? Dabei geht es zum einen um die Frage, ob Nachrichten bereits als eine Art Werbung angesehen werden kann und damit nicht in den Medien vertreten sein soll. Zum anderen ist der Grad zwischen Verharmlosung und einer sogenannten „Panik-Mache“ von rechtsextremer Gesinnung sehr schmal

SM36: „...Ja spielen eine große Rolle, weil sie im Grunde informieren über Geschehnisse die passieren und nicht nur informieren sondern teilw. kommentieren. Diese Kommentierung beeinflusst natürlich da und dort das Meinungsbild. Die lokalen Medien kommentieren natürlich auch Ereignisse....“

SM42: „...Naja, wir hatten hier in vergangenen Jahren auch öfter mal Probleme. Es gibt hier z.B. in X einen jüdischen Friedhof. Da gab es öfter Probleme mit Grabschändungen. Das wird, finde ich, von den Medien manchmal zu hoch gespielt. Da wird irgendetwas draus gemacht. Das ist meiner Meinung nach genau das, was die Leute erreichen wollen, dass sie einen gewissen Bekanntheitsgrad erreichen.... Ich hab dann Leute hingeschickt, die wir hier im Ort hatten, die haben das wieder Ordnung gebracht und kein Wort darüber verloren...Das ist 2, 3 mal passiert und dann nie wieder. Das war dann nicht mehr interessant, weil nichts draus gemacht worden ist. Und dann ist das für die Leute auch nicht mehr interessant. Aber wenn ich es noch großartig in die Zeitungen bringen oder vielleicht. in das Fernsehen, das ist genau das was die wollen, sicherlich ist das bei manchen Sachen verschieden zu Handhaben...“

SM61: „...Das wird eigentlich gut recherchiert. Und es wird gut transportiert, dass eben Rechte hier nichts zu suchen haben und das man sich wehren soll...“

SM65: „...Sehr konstruktiv. Also ich kann nur das sagen, was die Südthüringer Zeitung. Da kenne ich das deutlich, dass die sich sofort einklinken wenn was ist und eine Aktion starten und die Aktion auch aktiv unterstützen...“



10 Trotz des Unbehagens gegenüber extremistischen Gruppen, sind kaum gemeinsame Gegenstrategien oder methodische Ansätze auszumachen

Positiv zu vermerken ist, dass alle interviewten Bürger und Vertreter der Gemeinden etwas gegen Extremismus unternehmen wollen oder bereits getan haben. Es gibt auch Vorstellungen was getan werden könnte, aber diese sind sehr individuell. Der Grad der Aktivität ist individuell abhängig von den zivilgesellschaftlichen Akteuren. Verschiedene Gremien arbeiten nur bei Vorfällen und selten präventiv. Es fehlen präventive methodische Ansätze und gemeinsame Strategien. Gleichzeitig ist anzumerken, dass eine aktive Auseinandersetzung mit den Zielstellungen und dem Parteiprogramm der NPD nicht stattgefunden hat.

SM11: „...Ich bekenne mich A öffentlich dazu, wenn mich jemand fragt. Äußere auch öffentlich meine Meinung bzw. hier in meiner Einrichtung,...,hier ist auch jegliche Art von Vertreiben von rechtsextremen Gedankengut oder Sonstigem absolut verboten und da stehe ich auch dazu. Bzw. wir machen auch regelmäßig öffentliche Veranstaltungen. Vor 2 Jahren haben wir „Rock gegen Rechts“ gemacht, um uns auch klar dazu bekennen, dass wir das nicht wollen.“

SM41:“... Also ich sage meine Meinung auf jeden Fall, wenn mich jemand so etwas fragt. Aber ich glaube die würden einen da auch nicht ansprechen. Dann haben wir die Spuckis entfernt, dass die nicht vor der Schule, nicht auf dem Schulweg an irgendwelchen Bäumen oder Pfählen platziert sind. Die haben wir alle ab gemacht. Ich glaube es ist einfach nur wichtig, mit Wissen oder mit ruhigen Erklärungen da vor zu gehen, anstatt dagegen zu poltern, ich glaube dann kommt man weniger weit. Aufklärung ist auf jeden Fall wichtig.“

SM51: „...Ich glaube ich würde der Sache einfach aus dem Weg gehen. Aktiv direkt weiß ich nicht. Aber einer Demo gegen rechts, weiß nicht, gibt es hier so nicht. Weiß ich nicht, ob ich mich beteiligen würde. Im Jugendclub, da würde ich mit Ausgrenzung. Ich bin auch nicht ständig vor Ort. Wenn ich da was mitkriegen würde, würde ich ausgrenzen. Würde ich versuchen so stark wie möglich zu bekämpfen, ohne sich dabei in den Finger zu schneiden...“



SM64: „...Ich versuche, wenn in meiner Verkündigung, wenn es das vom Zeitgeschehen nahe legt, dass in Klarheit anzusprechen..“

SM65: „...erstmal die Kontrolle nicht verlieren. Das geht auf dem Y los, bis hin zu Kleidung, Thor und Ähnliches. Dann die Aufklärung in der Z-Einrichtung über solche Hintertürchen wie eben mit Kleidung, Symbolen, die nicht direkt verfassungsfeindlich sind aber davon abgeleitet wurden. Dann eben das Lernen über bestimmte Erfahrungen aus der Vergangenheit. Also z.B. Fahrt zu den Gedenkstätten...“

SM72: „...Wenn ich erfahre, dass jemand aus meinem Bekanntenkreis dabei wäre, würde ich das Thema da hin lenken. Versuchen mit ihr oder ihm ins Gespräch zu kommen, warum sie sich so einer Gruppe anschließen. Würde mich schon interessieren, aus welchen Beweggründen...“

11 nur wenige Aktionen gegen Rechtsextremismus sind bekannt, jedoch zeigen diese eine Aktionsvielfalt auf

Nur die Hälfte der Interviewpartner kennen konkrete Angebote für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus. Das liegt an dem lokalen Bezug der Aktionsbündnisse, an der temporären Arbeitsweise der Projekte u.v.m.

Die nachfolgend aufgeführten Angebote spiegeln nicht alles wieder, bieten aber die Möglichkeit sich zu orientieren und Ideen für eine Gesamtstrategie zu entwickeln

- Weiterbildungsmaßnahmen seitens des Jugendamtes zum Thema Rechtsextremismus
- Zella –Mehlis - Gremium gegen Rechtsextremismus und für Toleranz
- Bildungsveranstaltungen MOBIT
- jugendkulturell ausgerichtete Stadtfeste
- Aktionstage an Schulen für Demokratie und Toleranz
- Fahrten mit Jugendlichen in die Gedenk- und Mahnstätten Mittelbau-Dora,



Auschwitz

- Schule ohne Rassismus
- Auseinandersetzung mit der jüngeren Geschichte – Besuch Point Alpha
- Medienworkshops in Kooperation mit den Lokalzeitungen
- Auseinandersetzung mit Vertreibung und Ausgrenzung jüdischer Mitbürger im Nationalsozialismus
- Aktivitäten des Eine-Welt-Vereins
- Bürgertelefonkette

4.3.3 Fazit

Drei entscheidende Hauptpunkte haben sich bei den Interviews herauskristallisiert.

Zum einen nimmt ein Großteil der Bevölkerung **die Gefahr durch Rechtsextremismus** wahr. In den Interviews wird deutlich, dass bei der Mehrheit der Gesellschaft eine Grundeinstellung gegen rechts vorherrscht. In wie weit diese gefestigt und belastbar ist, lässt sich durch den Gesprächsleitfaden nicht feststellen. Wichtig ist erst einmal festzuhalten, dass diese **demokratischen Grundeinstellungen das größte Potential** enthält, um **gegen menschenverachtende und demokratiefeindliche Gesinnungen und Tendenzen** in der Gesellschaft vorzugehen und die Wehrhaftigkeit der Demokratie herzustellen.

Auf der anderen Seite lässt sich aber auch feststellen, dass ein nicht gerade kleiner Teil der Bevölkerung gibt, der den populistischen Parolen rechtsextremer Gruppierungen aufgeschlossen gegenüber steht. Hier liegt die größte Gefahr, dass rechtsextreme Parteien wie die NPD Zulauf bei den Wählerstimmen erhalten könnten.

Der dritte Punkt ist, dass trotz der Mehrheit, die sich gegen rechte Einflüsse positioniert, oft eine Sensibilisierung und/oder Handlungsansätze fehlen, um rechtsextremen Aktionen oder Normalisierungsversuchen entgegenzutreten.

Meist unbewusst passieren Handlungsabläufe, die die Normalisierung und Akzeptanz der rechtsextremen Parteien unterstützen. Ausschlaggebend dafür ist



eine gewisse Unsicherheit, wie man mit rechtsextremen Parteien umgehen soll. Diese Unsicherheit ist auf allen Ebenen unserer Gesellschaft zu finden und ist sie (einmal abgesehen vom Rechtsextremismus an sich) eine nicht zu vernachlässigende Gefahrenquelle.

Auch wenn die NPD im Landkreis kaum in Erscheinung tritt, und durch Medien und Ermittlungsbehörden im Zusammenhang mit dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) bzw. der „Zwickauer Terrorzelle“ erwähnt wird, wird sie in wenigen Interviews als *normale* Partei bezeichnet. Das ist insoweit richtig, dass ihre Gründung und Existenz auf das in Deutschland geltende Recht basiert, erfüllt aber lediglich nur rein rechtlich die Normen zur Existenz wie jede andere Partei auch. Allerdings bleibt dies der einzige Augenmerk, der dieser Partei einen *normalen* Anstrich verleiht. Wie bereits im Kapitel „4.1.1 Die Rechtsextremistische Parteien und Kameradschaften“ dargelegt wurde, stehen die Ziele der Partei im eklatanten Gegensatz zu den Werten der Deutschen Verfassung und Gesellschaft. Der Thüringer Verfassungsschutzbericht 2010 hat dies deutlich gemacht. Deswegen ist es umso verwunderlicher, dass diese rechtsgesinnte Vereinigung weiterhin in vielen Bevölkerungsgruppen als vollwertige, demokratische Partei bzw. Wahlalternative zu den demokratischen Parteien gesehen wird. Es ist zwar unumgänglich, dass bei einem erfolgreichen Einzug in ein Kreis-, Stadt- oder Gemeindeparlament mit den Mandatsträgern in einer entsprechenden Form umgegangen wird. Man muss sich jedoch jederzeit im Klaren sein, dass dieses Handeln stets Konsequenzen hervorruft. Wenn mit diesem Thema nicht sensibel genug umgegangen wird, schleichen sich Verhaltensweisen ein, die eine zunehmende Normalisierung der Partei fördert und damit auch die Akzeptanz ihrer Ziele, selbst wenn sie gegen freiheitliche, demokratische und menschliche Werte verstoßen. Dabei geht es nicht darum, eine Schuldfrage aufzuwerfen. Es muss lediglich eine gewisse Sensibilisierung im Umgang mit dieser Partei und ihren Mandatsträgern erreicht werden. Wenn keine ausreichende Distanz geschaffen werden kann, fördert dies ebenso deren Ansehen und dem Normalisierungsprozess in der Bevölkerung. Diese ist bereits von sozialer Ungerechtigkeit (Lohnunterschied zwischen den Bundesländern), dem immer größer werdenden Haushaltsdefiziten in den Gemeinden und dem Rückgang der Bevölkerung (um nur wenige Probleme anzusprechen) geprägt. Hinzu kommen die zum Teil schwachen gesellschaftlichen Strukturen, die in der Gesamtheit auf offene Ohren stoßen können. Bereits jetzt befinden Kinder und Jugendliche rechte Gruppierungen als akzeptabel oder gut, auch ohne dazu zu gehören. Andere



wiederum zählen sich bereits zu einer dieser Gruppen dazu.

Auf der anderen Seite fördern gerade die gesellschaftlichen Strukturen der Gemeinden und die Verbundenheit der Bewohner zu ihrer Heimat den Zusammenhalt innerhalb der Gemeinschaft, was eine größere Resistenz gegenüber rechtsextremem Gedankengut zur Folge hat. Das kann aber nur Erfolg haben, wenn zum einen die bestehenden Strukturen gefestigt werden und zum anderen, dass mit Problemen auf Bundes-, Landes- oder Kreisebene richtig umgegangen wird und sich nicht in populistischen Stammtischparolen umschlägt. Dafür braucht es eine gesunde Diskussionskultur, die an öffentlichen Orten und Versammlungsräumen stattfinden muß. Fehlen diese Orte ist die Gefahr groß, dass der Bürger sich in das Private zurück zieht und damit ein demokratischer Austausch von Gedanken nicht stattfinden kann. Dass damit großes Potential verloren geht, beweisen die durchaus realistischen Einschätzungen der Befragten für die Probleme in den Gemeinden.



4.4 Partizipation Jugendlicher als demokratisches Element

4.4.1 Jugendliche als Akteure in Gesellschaft und Politik

Jede Gesellschaft benötigt das Engagement von Jugendlichen, d.h. ihre Bereitschaft, sich für Belange des Gemeinwohls einzusetzen und an der Verbesserung und Weiterentwicklung des Zusammenlebens mitzuwirken.

Die Partizipation Jugendlicher an politischen Entscheidungsprozessen und das freiwillige soziale Engagement eröffnen wichtige Lernprozesse, in denen Jugendliche demokratische Strukturen und Verfahren kennen lernen und sich als Teil der Gesellschaft erfahren. Zugleich tragen das soziale Engagement in Vereinen und Verbänden und die Übernahme ehrenamtlicher Funktionen zu einer Stärkung der sozialen Kohäsion bei. Partizipation unterstützt das Hineinwachsen junger Menschen unterschiedlichster Herkunft in die demokratische Kultur und Gesellschaft.⁴⁷

Partizipation bezieht sich auf die privaten Lebenswelten von Familien, ebenso wie auf das Engagement in der Ausbildung, Schule, Gemeinde, Politik, Arbeit, Vereinen und Initiativen.

Kinder und Jugendliche werden in diesem Kontext als kompetente, handlungsfähige und verantwortliche Bürger angesehen⁴⁸. Sie zu informieren, sie anzuhören und sie bei Entscheidungen, die sie und ihr Umfeld betreffen, mit einzubeziehen, gehört zu ihren grundlegenden Rechten. Die vielfältigen Ressourcen, Kompetenzen und Aktivitäten der jungen Menschen sind wesentliche Innovationsfaktoren für die Gesellschaft und gleichzeitig Basis einer gesunden Demokratie.

Ihr unkomplizierter Zugang zu neuen Wissensbeständen und Handlungsorientierungen macht Kinder und Jugendliche zu Akteuren bei der Bewältigung neuer gesellschaftlicher Herausforderungen und der Entwicklung innovativer Lösungswege.

⁴⁷ Willems, H. (Projektleitung). Nationaler Bericht zur Situation der Jugend in Luxemburg (2010). S.27ff

⁴⁸ vgl. Roth, R., & Olk, T., Mehr Partizipation wagen: Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen; Bertelsmann-Stiftung (2007)



4.4.2 Fachliche Auseinandersetzung mit Ansatz der gesellschaftlichen Teilhabe - Partizipation

Die Frage nach der gesellschaftlichen Teilhabe Jugendlicher ist in den letzten Jahren in Öffentlichkeit und Wissenschaft meist mit einem spürbar pessimistischen Unterton behandelt worden. Häufig wird von einem nachlassenden Interesse an Politik, von geringerer Wahlbeteiligung und einem generell geringen Interesse an Beteiligung die Rede. Dabei wird kaum beachtet, dass die Erhebungen dazu meist nur mit dem Feld der Politik und der in diesem Zusammenhang etablierten Formen der Partizipation konzentriert.

So fand in den eine wesentliche **Erweiterung der konventionellen Formen** durch **unkonventionelle Formen** statt, wie z.B.

- Demonstrationen, Protestaktionen, Unterschriftensammlungen oder Petitionen
- „e-Partizipation“ Internetplattformen, Foren, Blogs oder Internetnetzwerke
- soziales und kulturelles Engagement bei den Freiwilligendienste, Europäisches Freiwilligen - Jahr (EVS), Bundesfreiwilligendienst, die verschiedenen Formen des Freiwilliges Soziales Jahres (u.a. den bereichen Sport, Kultur, Soziales usw.)

Partizipation kann als **Antwort auf die veränderten Sozialisationsbedingungen** gelten. Aufgrund des gesellschaftlichen Wandels ist es heute mehr denn je erforderlich, dass junge Menschen stärker in die politischen und gesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen eingebunden werden. In allen Lebensbereichen - sei es in der Familie, am Ausbildungsplatz, im Übergang zum Beruf, im Freizeitbereich, bei der Teilhabe am Konsummarkt und in den Medien - wird von ihnen ein Vielfaches mehr an Selbständigkeit und Verantwortung für ihre Lebensbewältigung gefordert als noch vor wenigen Jahrzehnten^{49 50}.

Zusätzlich werden Jugendliche mit den Auswirkungen der Globalisierung und Pluralisierung der Gesellschaft ebenso wie die Zwänge einer fortschreitenden Individualisierung konfrontiert, welche den gesamten Sozialisationsprozess grundlegend verändert haben.

⁴⁹ Hafener, B., Jansen, M. M., & Niebling, T. (Hrsg.), Kinder- und Jugendpartizipation: Im Spannungsfeld von Interessen und Akteuren, Opladen (2005)

⁵⁰ vgl. Sedlacek, P. (2011)



Außerdem stellt, wie bereits in Kapitel 4.2 ausführlich behandelt, die demographische Entwicklung eine weitere Herausforderung dar. Mit der Überalterung der Gesellschaft (2030 werden ca. 1/3 der Gesellschaft über 60 Jahre alt sein) kommen auf die heutigen Jugendlichen erhebliche Lasten und eine große Verantwortung zu. Manche befürchten, dass die Anliegen der jungen Generation angesichts der demografischen Entwicklung und der steigenden Anzahl älterer Menschen politisch nicht hinreichend berücksichtigt werden⁵¹.

In diesem Kontext verspricht eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen neue Chancen für mehr Generationengerechtigkeit, da mit der veränderten Altersstruktur der Wahlbevölkerung eine Balance zwischen den verschiedenen Interessen der Generationen hergestellt werden muß.

Daraus leitet sich das Konzept der aktiven Bürgergesellschaft ab, welche für die Vision einer aktiven Gesellschaft, in der große Teile der Bevölkerung sich an der Gestaltung der Politik beteiligt, der Verantwortung übernimmt und solidarisch handelt.

Jugendlich werden dabei genauso aufgefordert, als Akteure im Gemeinwesen zu agieren, Verantwortung zu übernehmen und an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen mitzuwirken.

Gerade im Kontext der Europäisierung und Globalisierung, ist Partizipation ein wichtiger Faktor für die Generierung einer gemeinsamen regionalen Identität.

Die frühe Partizipation von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlichen oder politischen Aktivitäten wird in der **Pädagogik** als eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung demokratischer und sozialer Kompetenzen angesehen. Kinder und Jugendliche finden hier ein Übungs- und Trainingsfeld, das sie auf ihre Zukunft als verantwortliche, aktive Staatsbürger und Demokraten vorbereitet⁵². Durch die Auseinandersetzung mit jugendrelevanten und gesellschaftspolitischen Themen und Sachverhalten entwickeln Heranwachsende einen praktischen und unkomplizierten Zugang zu gesellschaftlichen sowie politischen Themen und Wissensbeständen⁵³.

⁵¹ Vgl. Roth, R., & Olk, (2007)

⁵² (vgl. Katz, Verducci & Biesta, 2009) In: Willems, Hellmut (Projektleitung). Nationaler Bericht zur Situation der Jugend in Luxemburg(2010).

⁵³ (Schröder, 2008, S. 321) In: Willems, Hellmut (Projektleitung). Nationaler Bericht zur Situation der Jugend in Luxemburg(2010).



Die Einrichtungen der politischen Bildung, der Jugendarbeit sowie die Schulen sind besonders gefragt, wenn es um die Unterstützung dieser Lern- und Entwicklungsprozesse geht. Sie verfügen über ein breites Spektrum an Möglichkeiten, um jungen Menschen ein zivilgesellschaftliches und demokratisches Selbstverständnis näher zu bringen.

Einhergehend mit der stärkeren gesellschaftlichen Teilhabe verändern sich Lernprozesse bei Jugendlichen. Immer mehr **Bildungs- und Lernprozesse in nonformalen Bildungswelten**. Diese findet an unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen Settings statt.

Zentrale Grundkonzepte nonformaler Bildung sind

- teilnehmendes und aktives Lernen sowie
- Partizipation⁵⁴

Das Lernen findet in einem freiwilligen Rahmen statt und baut auf den Interessen und der inneren Motivation der Jugendlichen auf. Sie haben somit die Möglichkeit, Erfahrungen zu machen, in denen sie sich als selbstbestimmte, erfolgreiche, selbstwirksame Individuen wahrnehmen und erleben können. Zusätzlich haben sie die Möglichkeit, eigene Ressourcen und Potenziale zu erkennen, die sich im Kontext nonformaler Bildung und Jugendarbeit entwickeln und generieren. Soziale Interaktionen zwischen den Individuen und Gruppen spielen dabei eine zentrale Rolle.

So werden in Situationen des informellen Lernens z. T. sehr spezifische problem- oder lösungsorientierte Fähigkeiten vermittelt. Hierbei handelt es sich um jugendspezifisches, cliquen- oder szenenspezifisches Wissen (z. B. Wissen über Musik- und Kulturbewegungen, Medien oder Technik), aber auch um körperlich-motorische Kompetenzen (z. B. Techniken des Mountainbike- oder Skateboardfahrens), um naturwissenschaftliches Wissen (z. B. in der Ökologiebewegung) oder um demokratietheoretische Kompetenzen (in politischen Organisationen, Menschenrechtsbewegungen) und vieles mehr. Diese Kompetenzen haben zwangsläufig mit den Freizeitmotiven und persönlichen Interessen der Jugendlichen zu tun.

⁵⁴ vgl. Bodeving, 2009, In: Willems, Hellmut (Projektleitung). Nationaler Bericht zur Situation der Jugend in Luxemburg(2010). S14ff.



In diesen Prozessen werden aber auch verschiedene Kompetenzen angeeignet/vermittelt, wie z. B.

- soziale und kommunikative Kompetenzen,
- Moralentwicklung,
- Selbstverantwortlichkeit,
- Verantwortungsübernahme für andere,
- Entscheidungskompetenz,
- Selbststeuerung,
- Individualisierung⁵⁵,

Partizipation dient auch zur **Qualitätssteigerung von politischen Entscheidungen**.

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Planung und Umsetzung von kommunalpolitischen Projekten bietet die Chance zur Entwicklung einer nachhaltigen sowie zielgerichteten Politik. Durch eine bessere Abstimmung der Planungsvorhaben mit den Interessen und Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen können die Qualität der Maßnahmen und die Akzeptanz der Ergebnisse erhöht werden. Kinder und Jugendliche werden dabei als „Experten in eigener Sache“ in Planungsprozesse, wie z. B. die Wohnumfeld-, Spielplatz- oder Verkehrswegeplanung, einbezogen.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Nahraum – also im Gemeinwesen, in der Schule und in der Jugendarbeit - ist besonders deshalb wirksam, weil sie politisches Handeln hier sehr viel direkter und praktischer erfahren können als das z.B. auf nationaler Ebene der Fall wäre⁵⁶

⁵⁵ Vgl. Stange, W. „Was ist Partizipation“, www.kinderpolitik.de/beteiligungsbausteine/pdf/a/Baustein_A_1_1.pdf (eingesehen am 30.09.2011 um 18:30uhr)

⁵⁶ Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz (Hrsg.) Leitlinien zur Kinder- und Jugendfreundlichen Dorfentwicklung (2010)



4.4.3 Jugendspezifische Partizipationsmöglichkeiten im Landkreis

Wie bereits ausgeführt, findet das Engagement und die Partizipation in vielen gesellschaftlichen Bereichen statt. Im Mittelpunkt steht die gelebte Partizipation im Alltag, die darin zum Ausdruck kommt, wie Kinder und Jugendliche untereinander und mit Erwachsenen kommunizieren, wie sie ihre individuellen und gemeinsamen Interessen vertreten, ihre Positionen aushandeln, sich engagieren und ihre Lebenswelt mitgestalten.

Neben den selbstorganisierten Freizeitformen (Jugendkulturen, Szenen, Cliques) gelten vor allem Jugendklubs und Vereine als wichtiges Handlungsfeld. Diese bieten Möglichkeiten für das Erlernen und Einüben von demokratischen Formen des Miteinanders auf der Basis von Partizipation. Dabei sind es häufig die Vereine mit einem freizeitorientierten Schwerpunkt, wie z.B. Sport, Jugendklub, Kirmesgesellschaft, aber auch Freiwillige Feuerwehr, usw.), die von hoher Bedeutung sind⁵⁷

So haben sich auch im Landkreis in den letzten Jahren in den Kommunen/Gemeinden neue Formen gesellschaftlicher Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entwickelt. Das Spektrum reicht dabei von Modellen, die sich an den Verfahren der repräsentativen Demokratie orientieren bis hin zu offenen Formen der Mitbestimmung und der projektförmigen Teilhabe. Die meisten Beteiligungsaktivitäten beziehen sich auf die nähere räumliche Umgebung von Kindern und Jugendlichen und orientieren sich an ihren spezifischen Bedürfnissen. Dabei können folgende Formen und Prinzipien unterschieden werden.⁵⁸

- punktuelle und projektorientierte Beteiligungsformen wie Aktionen, Dialoge mit Politikern, Planspiele, Zukunftswerkstätten, Informationserhebung und Interessenermittlung durch Befragungen oder auch die symbolische Beteiligung
 - repräsentative Formen wie Gremienarbeit, Kinder- und Jugendinteressenvertretung, z.B. Kinder- und Jugendparlamente, Kinder- und Jugendbeiräte

⁵⁷ Vgl. Meyers, C., & Willems, H. Die Jugend der Stadt Luxemburg: Das Portrait einer multikulturellen und heterogenen Jugendgeneration, ihrer Wertorientierungen und Freizeitmuster. Schriften zur Jugendforschung: Vol. 3.(2008), In: Willems, Hellmut (Projektleitung).Nationaler Bericht zur Situation der Jugend in Luxemburg.

⁵⁸ Vgl. Stange, W. „Was ist Partizipation“



- offene Versammlungsformen wie z. B. offene Kinder- und Jugendforen, Runde Tische oder Vollversammlungen
- medienorientierte Beteiligung an der Gestaltung von Radio- oder Fernsehbeiträgen, das Verfassen und Veröffentlichen politischer Statements oder die Beteiligung an Internetumfragen

Folgende jugendspezifische, **partizipationsfördernde Strukturen** sind im Landkreis aufzufinden:

Offene Jugendräume/Jugendclubs

Der Jugendförderplan 2009-2011 des Landkreises Schmalkalden-Meiningen sieht im Rahmen der offenen Jugendarbeit offene Jugendräume und Jugendclubs vor.

Seitens des Jugendamtes wurden dafür Standards formuliert.

Ganz im Sinne der Selbstorganisation bzw. Partizipation, werden sie wie folgt definiert:

„Jugendräume sind Orte der Kommunikation und Ausgangspunkt für Aktionen, die für jeden Jugendlichen, ohne vereins- oder verbandsbezogene Bindungen einzugehen, zugänglich sind und damit einen wichtigen Lebensraum in der Gemeinde darstellen.“ (In: Standards „Anforderungen an offene Jugendräume und –klubs“ Jugendamt des Landkreises Schmalkalden – Meiningen)

Als Zielgruppe werden Jugendliche von 13-18 Jahren und junge Erwachsene bis maximal 21 Jahren benannt.

Neben weiteren Punkten wie z.B. Ausstattung, Rahmen- und Nutzungsbedingungen werden unter Pkt. 8 explizit auf Partizipation und Vernetzung eingegangen. Das Jugendamt setzt dabei die Einbindung der jungen Menschen in die Vorbereitung, Organisation und Durchführung von Angeboten der offenen Jugendarbeit, da nur so eine funktionierende Struktur entwickelt werden kann.

Wichtig ist dabei das lokal spezifische, jugendrelevante und tragfähige Strukturen entwickelt werden, dass man sich untereinander (Besucher, Verantwortliche, Jugendbetreuer, Gemeinde ...) informiert aber auch seitens der Gemeinde auch kon-



trolliert und regelmäßig im Gemeinderat Bericht erstattet.

Ausdrücklich wird betont, dass durch diese Form des Miteinander Umgehens und Aushandelns, den Jugendlichen das Gefühl gibt ernst genommen zu werden und zum anderen, dass Jugendarbeit im Ort auch für Erwachsene thematisiert wird.

Neben der Selbstorganisation der Jugendräume wird vorgeschlagen, dass die Jugendlichen bzw. die Nutzer der Jugendräume bei dörflichen Höhepunkten auch Verantwortung für bestimmte Bereiche übernehmen und so neben ihren eigenen individuellen Aktivitäten, sich als Gruppe als Bestandteil des Gemeinwesens formieren⁵⁹.

Überall in den Gemeinden des Landkreises existieren die Jugendräume. Stellvertretend seien hier die Jugendeinrichtungen der Einheitsgemeinde Schwallungen aufgeführt. Dort gibt es 6 verschiedene Einrichtungen die meist als Offene Jugendräume/-clubs organisiert sind.

- Jugendclub "Villa Kunterbund" e.V. Schwallungen
- Jugendclub Schwarzbach e.V.
- Jugendclub Eckardts e.V.
- Jugendclub Zillbach e.V.
- Jugendclub Roßdorf e.V.
- Jugendclub CVJM "Panika Oase" Rosa

Die meisten der Einrichtungen agieren in Selbstverwaltung mit der Unterstützung einer Jugendbetreuerin. Diese benennt bei ihren Aufgabenfeldern die Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit und Partizipation an erster Stelle⁶⁰.

Des Weiteren werden die Räumlichkeiten kostenlos durch die Gemeinde zur Verfügung gestellt und die Betriebskosten übernommen. Die Räume sind räumlich sehr begrenzt und in einen sehr unterschiedlichen baulichen Zustand. Dennoch werden sie liebevoll in Eigeninitiative gepflegt.

Der Jugendklub „Panika Oase“ in Rosa bewarb sich 2004 erfolgreich um Mittel aus der Bundesinitiative "wir ... hier und jetzt" (BMFSFJ, Stiftung Demokratische Jugend und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung) mit der Idee **Träume und Räume der Zukunft**. Da der Folgeprozeß – der Aus- und Umbau eines ungenutzten Nebenraum eines Jugendclubs, nach ihren eigenen Vorstellungen, ist ein

⁵⁹[http://www.lk-sm.de/wcms/DocsID/B56FC02908CFD8BDC12577D00025AD79/\\$file/Anforderungen_offene_Jugendraeume.pdf](http://www.lk-sm.de/wcms/DocsID/B56FC02908CFD8BDC12577D00025AD79/$file/Anforderungen_offene_Jugendraeume.pdf)



Praxisbeispiel für Partizipation und nichtinstitutionalisierte Bildung. Denn mit dem Umbau fand Lernprozesse in einem freiwilligen Rahmen statt und folgte der Motivation der Jugendlichen. In alltäglichen sozialen Interaktionen, machten sie Erfahrungen Entscheidungen demokratisch auszuhandeln und sich praktische Fähigkeiten, u.a. im Zimmereibereich und im Lehm- und Kaminbau anzueignen. Gleichzeitig fördert das Projekt die Identifikation mit dem Gebäude, den Verein und



Legende:

Blaue Dächer – Jugendraum in Selbstverwaltung der Jugendlichen bzw. andere Betreuung

Rote Dächer- Betreuer Jugendraum mit hauptamtlichen Jugendpflegern

Grüne Dächer – keine Angaben

Grafik: Darstellung des Jugendamtes Schmalkalden-Meiningen⁶¹

⁶⁰ <http://www.schwallungen.de/inhalt/buerger/jugendbetreuung.asp>

⁶¹ <http://www.lk-sm.de/www/ddk/lk->

[sm/webinfo.nsf/b3aaffe3ef45100dc12572840026f9a3/37cca31d4502531cc125745d00208b80/Body/3.3AF2?OpenElement&FieldElemFormat=gif](http://www.lk-sm.de/www/ddk/lk-sm/webinfo.nsf/b3aaffe3ef45100dc12572840026f9a3/37cca31d4502531cc125745d00208b80/Body/3.3AF2?OpenElement&FieldElemFormat=gif)



den Ort. So konnten letztendlich die Räume für sich selber, aber auch religiöse und ethnische Bildung, Hausaufgabenhilfe und technischen Bildung mit der Jugendfeuerwehr nutzbar gemacht werden⁶².

Die Grafik des Jugendamtes, welche auf der Grundlage der Erfassungsbögen "Grunddaten von Einrichtungen der offenen Jugendarbeit im Landkreis Schmalkalden-Meiningen" (ländlicher Raum) sowie den Jahresberichten 2005 erstellt wurde, weist aus, dass Jugendräume im gesamten Landkreis zu finden sind.

Der Runde Tisch der Jugend in Zella Mehlis

Runde Tische sind demokratische Gesprächsforen mit einem hohen Partizipationsansatz. Dabei kommen möglichst viele relevante Interessengruppen zum Austausch oder zu einer Problemstellung zusammen und erarbeiten gleichberechtigt und im Konsens Lösungsansätze.

Die Idee des „Runden Tisches“ ist in der Gesellschaft weit verbreitet. Zu Popularität gelangte dieses Modell der Bürgerbeteiligung u.a. im Kontext der politischen Umbrüche in Osteuropa, so in Polen und in der Wendezeit der DDR. So spielten der Zentrale Runde Tisch und viele lokale Runde Tische beim Übergang des DDR-Systems zu einer demokratischen Gesellschaft eine wesentliche Rolle. Seither wird mit dem Begriff "Runder Tisch" ein neuer Politikstil, eine neue Art der Bürgerbeteiligung, Dialog und konstruktiven Umgang verschiedener Gesellschafts- und Interessengruppen miteinander, Engagement und Bereitschaft zu Konsens verbunden.

Die Methode "Runder Tisch" versteht sich als demokratische Gesprächsforen, die möglichst viele Interessengruppen zusammenbringen und sich damit Segmentierungstendenzen in der Gesellschaft und der politischen Meinungs- und Entscheidungsbildung entgegensetzen. Die Bezeichnung transportiert diesen Gedanken anschaulich: "Wir sitzen gemeinsam an einem Tisch". "Runde Tische" bringen alle relevanten Interessengruppen zusammen, um gleichberechtigt und auf gleicher Augenhöhe zu arbeiten, denn runde Tische haben keine Ecken und keine Stirnseite, es gibt keine Wortführer und Vorsitzenden. Alle haben das gleiche Stimmrecht. Die Gesprächsleitung übernimmt eine neutrale Moderation⁶³.

⁶² Vgl. Projektbeschreibung „Wir hier und jetzt“ siehe <http://www.wir-hier-und-jetzt.de/bundesinitiative/projektuebersicht/index.html?action=nblliste&programm=W>
⁶³ http://www.bpb.de/methodik/J4X0OC,0,0,Anzeige_einer_Methode.html?mid=332



Solche Tische gibt es z.B. für Jugendfragen in Zella-Mehlis. Hier soll ein Interessenausgleich zwischen der immer größer werdenden älteren Bevölkerung über 50 Jahre und Jugendlichen geschaffen werden.

Jugendparlamente

Jugendparlamente bietet Jugendlichen zwischen 14 und 28 Jahren die Möglichkeit, ihre politischen Meinungen und Positionen in Form eines demokratischen Prozesses zu äußern. Es erhöht die Kenntnis über die Einstellungen und Sichtweisen der Jugend. Es fördert die politische und gesellschaftliche Integration sowie das Demokratieverstehen der jungen Generation. Im Rahmen von moderierten Debatten diskutieren Jugendliche gemeinsam mit Abgeordneten Parteien und Fachleuten aus Politik und Praxis über regionale, aber auch visionäre Themen. Jugendparlamente dienen dazu, eine Kultur des strukturierten Dialogs zwischen der Politik und der Jugend einzuführen. Möglich sind bspw. Arbeitskreise in denen bearten wird wie die Kommune jugendfreundlicher gestaltet werden kann. Es gibt sogar Jugendparlamente, welche eine beratende Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss mit Rede- und Antragsrecht haben⁶⁴.

Den Versuch ein Jugendparlament ins Leben zu rufen fand im 2011 in Schmalkalden im Kontext des „nelecom“-Programms statt. Leider verlief der Prozeß ergebnislos.⁶⁵

buddY

Der Ansatz des buddY – Konzeptes besteht in der Förderung einer schülerorientierten Lernkultur und eine verantwortungsvolle Gemeinschaft in Schulen. Es trägt dazu bei, dass Schule neben einem Ort der Wissensvermittlung auch eine zentrale Einrichtung für den Erwerb sozialer, emotionaler und kognitiver Kompetenzen sowie gelebter demokratischer Werte ist.⁶⁶

Unter dem Leitgedanken „Aufeinander achten. Füreinander da sein. Miteinander lernen“ übernehmen Schüler in Projekten und im Unterricht Verantwortung für sich und

⁶⁴ <http://www.wz-newsline.de/home/ratgeber/familie-jugend/jugendliche-koennen-in-der-politik-mitmischen-1.698177> eingesehen am 15.11.2011 um 18:15Uhr

⁶⁵ <http://www.insuedthueringen.de/lokal/schmalkalden/fwstzsmlokal/Angebote-zu-wenig-bekannt;art83450,1744436>.eingesehen am 15.11.2011 um 18:20Uhr

⁶⁶ <http://www.thueringen.de/de/tmsfg/familie/beratungsdienste/gewaltpraevention/buddy/content.html> eingesehen am 12.10.2011 um 10:33Uhr



andere. Die Jugendlichen übernehmen als sog. Buddys selbstverantwortlich Aufgaben, wie z.B. die Organisation eines Pausencafes, Lernpatenschaften für jüngere Mitschüler, helfen anderen beim Lernen oder setzen sich als Streitschlichter ein.⁶⁷

Das Konzept fördert die sozialen Kompetenzen der Schüler und setzt bei den bereits vorhandenen Programmen in den Schulen an, bezieht diese ein und formt daraus eine Art Gesamtstruktur. Es eignet sich als Ergänzung zu allen bereits bestehenden Projekten.

Im Landkreis wurde das buddY-Programm u.a. an der Regelschule „Am Kiliansberg“ Meiningen und in der Regelschule „Im Grabfeld“ Bibra eingeführt. Außerdem ist im Gymnasium Suhl - Medienschule Suhl zu finden.

Das Modell des Klassenrates

Das Modell des Klassenrates ist ein wirksames Instrument zum Erlernen demokratischer Kompetenzen und der Fundierung einer demokratischen Schulkultur. Die Schulklasse bildet für Jugendliche eine wesentliche soziale Einheit unter Gleichaltrigen, in der Partizipation und Verantwortung im sozialen Miteinander von Anfang an gelernt werden können.⁶⁸

Der Lehrer übernimmt in diesem Modell nur eine begleitende oder moderierende Funktion, welche mit der fortschreitenden Entwicklung zunehmend in den Hintergrund tritt. Der Klassenrat ist eine institutionalisierte, regelmäßige, klar strukturierte Zusammenkunft der Schüler einer Klasse, wo Schüler:

- demokratische Prozesse lernen und selber leben
- konstruktives Feedback üben
- sich jenseits von Leistungsanforderungen auf einer gemeinsamen Ebene austauschen und Konfliktlösungsmöglichkeiten suchen
- Verantwortung für sich und die Klasse übernehmen
- Pläne und Vorhaben der Klasse besprechen und organisieren

⁶⁷ Siehe http://www.buddy-ev.de/Download/Downloads/EZ_Dokumentation_Thuringen.pdf (eingesehen am 12.10.2011 um 10:40Uhr)

⁶⁸http://www.halt-mitreden.de/index.php?option=com_content&view=article&id=108:der-klassenrat&catid=66:abrufangebote&Itemid=106



Schulmediation/Schüler-Streitschlichter

Eine andere Form von jugendspezifischen und partizipationsfördernden Konfliktlösungsansätzen an Schulen bieten die Schüler-Streitschlichter. Im Kontext des Programms werden den Jugendlichen einerseits Kompetenzen zur Konfliktlösung vermittelt, andererseits werden eigene Ansätze zu einer angemessenen Konfliktlösung erarbeitet und im Schulleben verankert. Dabei folgt das Konzept dem pädagogischen Ansatzes des Peergroup-Learnings.

Das Konzept wird auf 3 Ebenen realisiert:

1.Ebene der Schüler

- die Schüler erarbeiten mit Experten die gewaltfreien Konfliktbewältigungskompetenzen
- Lehrer coachen die Jugendlichen
- Schüler lernen von Schülern; kontinuierliche Nachwuchsarbeit in der Schule und Arbeit mit schulübergreifenden Gruppen von Schülern
- Die Schüler unterstützen sich mit ihren Erfahrungen und ihrem Wissen

2. Lehrerebene

- die Pädagogen unterstützen und implementieren den Arbeitsansatz der Schüler-Streitschlichter
- sie verankern die neue Konfliktkultur in der Klasse
- die Multiplikatorenfunktionen in den „Stützpunktschulen“ stehen regional zur Verfügung
- die strukturierten Entwicklung des Klassenklimas wird konzeptionell weiter entwickelt

3. Strukturebene

- Installation des Fortbildungs- und Unterstützersystem der Lehrer, welche an den Schulen die Streitschlichter betreuen, durch die regionalen Schulämter
- Die Unterstützung der ‚Multiplikatoren‘ erfolgt durch THILLM und Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
- Das Konzept der Konfliktbearbeitungskompetenz bzw. das Mediationskonzept wird als Teil des Schulentwicklungskonzepts der Einzelschule verankert ⁶⁹

⁶⁹www.thueringen.de/de/tmsfg/familie/beratungsdienste/gewaltpraevention/schulmediation/content.html+Streitschlichter+Schulen+Th%C3%BCrungen&cd=5&hl=de&ct=clnk&gl=de&client=firefox-a
eingesehen am 16.10.2011 um 17:00Uhr



Im Landkreis ist die Staatliche Regelschule Steinbach-Hallenberg die Stützpunktschule – für die Schüler-Streit-Schlichter

Nelecom - Thüringer Bildungsmodell zur Neuen Lernkultur in Kommunen

Das Bildungsmodell zielt auf die Stärkung und regionale Unterstützung von Kindern und Jugendlichen. Das Ziel ist die Gestaltung von kommunalen Sozialräumen als entwicklungsfördernde Lern-Landschaften, die als Kernzellen für eine regionale Identität und Heimat-Verbundenheit fungieren. Dabei soll die Vernetzung und Zusammenarbeit von Familie, Kindertageseinrichtungen und Schule, regionalen Partnern aus Wirtschaft, Politik und Jugendhilfe vor Ort intensiviert, schlummernde Ressourcen geweckt und gebündelt werden, um so eine neue Lernkultur zu entwickeln⁷⁰.

In dem damit verbunden Qualitätsmodell werden, die

- Stärkung von Kinder und Jugendlichen,
- Entwicklung einer Kultur der Wertschätzung
- Intensivierung der Kommunalentwicklung

als Indikatoren benannt. Das Bildungsmodell umfasst damit implizit die Einübung solcher Eigenschaften wie Partizipation, Verantwortungsübernahme, Soziales Engagement, Toleranz, Respekt .Die allgemeinen Zielstellungen werden entsprechend den Vorstellungen, Anliegen und Kontextbedingungen der lokalen Akteure und Kommunen regionalisiert und erhalten bei der Umsetzung externe Unterstützung u.a. durch Coaching, Weiterbildung, Moderation.

Zusammenfassend lässt sich das Modell so beschreiben:

„Eigentlich braucht jedes Kind drei Dinge: Es braucht Aufgaben, an denen es wachsen kann, es braucht Vorbilder, an denen es sich orientieren kann, und es braucht Gemeinschaften, in denen es sich aufgehoben fühlt.“⁷¹

(Prof. Gerald Hüther)

⁷⁰ <http://www.nelecom.de/konzept.html> eingesehen am 28.11.2011 um 12:05uhr

⁷¹ Prof. Gerald Hüther – wiss. Begleitung des Programms und Leiter der Zentralstelle für Neurobiologische Präventionsforschung der Univ. Göttingen und Mannheim/Heidelberg siehe: <http://www.nelecom.de/index.html> eingesehen am 28.11.2011 um 12:05uhr



Im Landkreis Schmalkalden Meiningen nehmen folgende Gemeinden an dem Programm teil:

- Schmalkalden – Ansprechpartner Stadtverwaltung Schmalkalden, Frau Jana Lenk, Susan Henning KiTa – Kinderland-Grenzweg
- Brotterode - Ansprechpartner: Frau Erika Groß, Erste Beigeordnete und Staatliche Grundschule Brotterode, Frau Jutta Marthold Schulleiterin
- Trusetal – Ansprechpartner Frau Anita Schöndube, Lerndorf Trusetal e.V., ehem. GS Brotterode und Frau Jutta Brenn, Staatliche Regelschule Trusetal

In Schmalkalden wurde im Rahmen des Prozesses im September verschiedenen Arbeitsergebnisse im Rahmen des Fachtages „Leben mit wenig – Armut in ländlichen Räumen“ vorgestellt⁷².

So ergab die Auswertung von Fragebögen ein erstes Meinungsbild, bei dem u.a. der Wunsch nach mehr Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche in den Gemeinden Bermbach, Brotterode und Schmalkalden und nach einem Kino in Schmalkalden geäußert wurden.

Diese Ergebnisse decken sich mit den Ergebnissen dieser Studie, jedoch gilt es zu prüfen, warum die zahlreichen bestehenden Angebote für Kinder und Jugendliche unzureichend genutzt oder nicht bekannt sind.

Der nächste Schritt bei der Realisierung des Bildungsmodells in Schmalkalden ist die Gründung verschiedener nelecom-Arbeitskreise. Ende Januar gibt es einen in der Villa K zum Thema „Jugend- Politik“. Ziel des Arbeitskreises ist es mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder- und Jugendliche zu schaffen. Als Vorschlag steht die Etablierung eines Kinder- und Jugendparlaments an.

⁷² inSüdthüringen.de, Angebote zu wenig bekannt. 09.09.2011
<http://www.insuedthueringen.de/lokal/schmalkalden/fwstzsmlokal/Angebote-zu-wenig-bekannt;art83450,1744436.eingesehen> am 15.11.2011 um 18:20Uhr



Unkonventionelle Partizipationsformen

...nehmen zu, d.h. das gleichzeitig mit dem abnehmenden Interesse von Jugendlichen an konventionellen Partizipationsformen die Bereitschaft zur adhoc-Mitarbeit in informellen Gruppen und an direkten politischen Aktionen in allen entwickelten Demokratien deutlich zugenommen hat⁷³

Konventionelle und unkonventionelle Formen der Partizipation schließen sich dabei nicht aus, sondern ergänzen sich mehr und mehr. Letztere bieten insbesondere Jugendlichen die Möglichkeit, sich auch außerhalb von Parteien und politischen Wahlen adäquat einzubringen und ihre politische Meinung zu äußern.

Der Begriff der unkonventionellen Partizipationsform bezieht sich z.B. auf die Teilnahme an genehmigten Demonstrationen, auf das Teilhaben in Internetblogs, an Petitionen oder an Boykotts sowie auf problemspezifische Aktivitäten in Bürgerinitiativen. Zudem hat die politische Meinungsäußerung über das Internet in den letzten Jahren stark zugenommen. Die unkonventionellen Formen der politischen Beteiligung lassen sich z.T. als stärker protestorientiert und weniger institutionalisiert charakterisieren und finden außerhalb eines parteipolitischen Rahmens statt.

Als Beispiel kann hier u.a. die Weltkulturwochen des Meininger „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ genannt werden. Ohne die Unterstützung von Jugendlichen sind die über 50 Veranstaltungen zu dem Motto „Weltethos - Eine Stadt lässt sich fragen: Wie hältst du es mit der Toleranz?“ vom 23.09.-3.10.2011 kaum möglich.

Zwischenbetrachtung

Wie die verschiedenen Beispiele zeigen, gibt es bereits in verschiedenen Einrichtungen Ansätze für eine Partizipation Jugendlicher im Landkreis.

Zweifellos sind gute Verkehrsanbindung, gesicherte berufliche Perspektiven und kulturelle Angebote wichtige Standortfaktoren für Jugendliche und junge Familien. Aber insbesondere die Möglichkeit, das Gemeinwesen aktiv mitzugestalten, ist ein Entscheidungsgrund für ein Leben im Landkreis.

⁷³ Vgl. (Dalton, 2002, 2004). In: Willems, Hellmut (Projektleitung). Nationaler Bericht zur Situation der Jugend in Luxemburg(2010).S 30f.



Da die qualitativen Interviews im Rahmen der vorliegenden Stärken - und Ressourcenanalyse (Kap 4.3.2) als auch die Umfrage im Rahmen des nelecom-Projektes das Meinungsbild manifestiert, dass die Angebote für Jugendliche wenig breit gefächert sind, ist dies zu hinterfragen. Die bestehenden Angebote müssen auf ihre Zielgruppenorientierung gecheckt, ihre öffentliche Wahrnehmung geprüft und ggf. mit Jugendlichen evaluiert werden.

Wie in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens, so ist auch häufig die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nicht der notwendige Stellenwert eingeräumt worden. Dies hatte oftmals zur Folge, dass an den Wünschen und Bedürfnissen der Betroffenen vorbeigeplant wurde und sich dadurch Unzufriedenheit in Gemeinden breitmachen konnte. Folgen solcher Entwicklungen waren der Rückzug aus dem aktiven Leben des Gemeinwesens, fehlende Motivation, an Gemeinschaftsaktionen teilzunehmen.

- Die Einbindung von Kindern und Jugendlichen setzt ein demokratisches Prinzip um.
- Kinder und Jugendliche fühlen sich als gleichwertige Bürger anerkannt.
- Das Heimatgefühl von Kindern und Jugendlichen wird gefördert, sie bleiben ihrem Gemeinwesen verbunden
- die Ideen der Kinder und Jugendlichen entsprechen dem realen Bedarf, werden dementsprechend intensiv genutzt und ggf. evaluiert
- die von Ihnen entwickelten und anvertrauten Objekte werden vor Zerstörung geschützt
- Kinder- und Familienfreundlichkeit bindet junge Familien an die Gemeinde und sichert so die Zukunft der Gemeinde.
- Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit lockt neue Unternehmen an: Sind die „harten“ Standortfaktoren in mehreren Kommunen gleich ausgeprägt, entscheiden die „weichen“ Standortfaktoren.



4.4.4 Kirmessen als tradierte Form der Partizipation, Jugendliche in ländlichen Gemeinwesen - Auswertung der Beobachtungen und qualitativen Erhebungen

Kirchweihen und Kirmessen haben in der Region eine lange Tradition in Thüringen. Ein ganzes Jahr wird meist von einer Gruppe Jugendlicher unter Einbeziehung der Gemeinde auf dieses Datum hingearbeitet. Die Jugendlichen handeln weitestgehend eigenverantwortlich. Jeder erfüllt eine Aufgabe bei Vorbereitung und Umsetzung und ist Teil des Ganzen. In diesem ehrenamtlichen und identitätsstiftenden Engagement spiegelt sich die Heimatverbundenheit und der Gemeinschaftssinn, der in diesen Gemeinwesen vorherrscht, wieder.

Ursprünglich bezeichnete eine Kirchweih oder Kirmes die zu einer Einweihung einer Kirche gelesene Messe und die im Anschluss daran stattfindenden Kirchweihfeste. Sie finden meist am Namenstag des Kirchenheiligen, nach dem das Gotteshaus benannt wurde, statt. An diesem Tag soll eine besonders enge Verbindung zwischen den Gläubigen und dem Heiligen bestehen. Im Umfeld dieser Kirmessen kommt es zu Festlichkeiten mit Gauklern, Spielleuten und Schaustellern, so dass sich die religiöse Handlung mit weltlicher Festivität verbindet. Bei den hier untersuchten Kirmessen und Kirchweihen vermischen sich diese verschiedenen Elemente. Zum Teil werden sie in der (Re-)Konstruktion von Tradition miteinander verbunden⁷⁴. Beide Bezeichnungen werden im Text gleichbedeutend verwendet.

Neben der Bewahrung der Tradition und ihrem identitätsstiftenden Charakter haben Kirmessen weitere wesentlich Funktionen für Jugendliche: Bildung und Traditionen bewahren ist eine uralte Kulturaufgabe. Somit bilden die Kirmessen einen Raum institutionsunabhängiger informeller Bildung.

Für Jugendliche entsteht bei der Vorbereitung und Realisierung von Kirmessen idealerweise ein Lernort für Persönlichkeitsentwicklung, Erprobungsräume für das Hineinwachsen in eine verantwortungsvolle Bürgergesellschaft. Kreativräume für die Stärkung sozialer Kompetenz und Selbstverantwortung und zur Erprobung von Verantwortungsübernahme.

⁷⁴vgl.: Sacha-Roger Szabo; [Rausch und Rummel: Attraktionen auf Jahrmärkten](#), 2006 In: Social Science S25f.



Vorläufige Betrachtung

In vielen Orten wird die Kirmes als zentrales lokales Fest dargestellt, dass alle Generationen Dorfgemeinschaft irgendwann in Laufe ihres Lebens mehr oder weniger beschäftigt hat. Jugendliche welche sich gerade im Altersabschnitt zwischen 16 und 26 Jahren sind, sind meist die aktuellen Organisatoren. Letztendlich sind aber alle Generationen in irgendeiner Form an diesem Fest beteiligt. Es bildet demnach einen zentralen bürgerlichen - und vor allen Dingen jugendlichen - Beteiligungsfaktor, denn so ein Fest möchte vorbereitet, durchgeführt und nachbereitet werden. So die Hypothese für die Analyse.

Es soll eruiert werden, warum die Kirmes als ursprüngliches Fest der Kirchweihe eine so hohen Stellenwert in der gesellschaftlichen Teilhabe von Jugendlichen in ländlich strukturierten Gemeinwesen einnimmt..

Die Kirmes besitzt eine spannende Bewegkraft auf Jugendliche und Erwachsene eines Ortes welche es im Rahmen der Stärken- und Ressourcenanalyse als relevantes partizipatives und identitätsstiftendes Element zu untersuchen galt.

Für die nachfolgende Analyse wurde ein Methodenset, bestehend aus gezielter Beobachtung (anhand eines standardisierten Beobachtungsbogens), Quellenanalysen (u.a. Pressemeldungen, Kommentare von sozialen Netzwerken, Fanzins von Bands) und qualitativen Interviews, angewandt. Im Erhebungszeitraum Juli – November 2011 wurden Kirmessen in Brotterode, Floh-Seligenthal, Fambach, Schwallungen, Schwarza und Rohr untersucht.

Folgende Befunde lassen sich für die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen herausstellen:

1. Kirmessen sind Partizipations- und Erprobungsräume für Jugendliche
2. Die Jugendlichen/Kirmesgesellschaften bringen sich in vielfältiger Weise in die Gemeinde ein.
3. Die Jugendlichen/Kirmesgesellschaften sind tief im Gemeinwesen verwurzelt
4. Die Teilnahme aller Generationen beweisen den hohen generationsübergreifenden der Kirmes im Gemeindeleben
5. alle Kirmessen mussten sich bereits mit dem Thema Gewalt auseinandersetzen
6. Jede Kirmes muß sich ständig neu erfinden



Trotz der unterschiedlichen Größe der Orte, ihrer verschiedenen Brauchtümer und ihrer unterschiedlichen Geschichte, ähneln sich die untersuchten Kirmessen im Landkreis. In allen Gemeinden sind die Kirmessen Ausdruck der lokalen Tradition und sind mit den sogenannten Plan-, Kirmesgesellschaften oder Organisationsgruppen, fester und respektierter Bestandteil des Gemeinwesens. Sie richten sich an alle Generationen der Einwohner.

Zum besseren Verständnis wird an dieser Stelle ein sehr stark verallgemeinerter Ablauf skizziert. Dieser erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da jede Kirmes in jedem Ort je nach Tradition, Vorbereitungsaufwand, Dauer stark variiert:

Mi/Do Schlagen und Aufstellen der Kirmestanne mit Umzug

Schmücken der Säle/Festzeltes

Einzug in den Saal/Festzelt

Fr Tanz mit Band und Programm der Kirmesgesellschaft

Sa am Vormittag: Kirmesständchen – die Kirmespärchen ziehen mit Blaskapelle von Haus zu Haus

am Abend: Tanz mit Band und Programm der Kirmesgesellschaft

So Frühschoppen

Gottesdienst

Kirmesumzug durch den Ort unter Beteiligung der lokalen Vereine und Bürger

Kinderkirmes

Mo Frühschoppen

Beerdigung der Kirmes (dies kann auch schon am So sein)



1 Kirmessen sind Partizipations- und Erprobungsräume für Jugendliche

Traditionell wird die Kirmes von den jungen und heranwachsenden Einwohnern gestaltet. Kirmessen stellen einen geschützten und informellen Erprobungsraum für Jugendliche dar. Sie können sich in bürgerschaftlichem Engagement probieren, Anerkennung und Wertschätzung erfahren und dabei die positiven Momente gemeinschaftsbildender Veranstaltungen erleben. Im Sozialisationsprozess nehmen solche Erfahrungen einen hohen Stellenwert ein, da es für Jugendliche sehr wichtig ist, sich zu erproben, sich zu beweisen und Respekt und Achtung für geleistete Dinge zu erfahren.

Daneben wollen die Jugendlichen durch die Festivitäten ‚ihrem‘ Ort etwas Gutes tun. Die Teilnahme an der zeitaufwendigen Kirmes ist neben Spaß auch Anerkennung für den Ort und dessen Ortsansässige (Eltern, Verwandte, Freunde) denen die meist jugendlich dominierten Kirmesgesellschaften einen Gefallen erweisen möchten. Es muss die Freiwilligkeit am Fest mitzuwirken besonders betont werden, also eine nahezu intrinsische Motivation der Beteiligten dieses nicht-kommerzielle ausgerichtete Fest zu organisieren und durchzuführen. Die lokale Kirmes bietet zudem einen Raum des generationsübergreifenden Von-Einander-Lernens. Die Fluktuation innerhalb des Vereine oder Kirmesgesellschaften ist ursprünglich natürlich bedingt durch das Alter der Mitwirkenden: Wenn ein Mitglied die Mitte oder das Ende der Zwanziger erreicht hat scheidet es in der Regel aus familiären oder beruflichen Gründen aus. Das Besondere an dieser sich ständig verjüngenden Struktur der Kirmes ist jedoch, dass die nächste Generation „Dorfjugend“ den Verein weiterführt und sich das von den „Alten“ gesammelte und kognitive Wissen angeeignet und das Netzwerk im Gemeinwesen für sich aufgeschlossen hat.

Auch in den Selbstdarstellungen der Kirmesgesellschaften/Vereine und in den Interviews zeigen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, dass sie Verantwortung übernehmen wollen und bereit sind, sich für ihre Belange einzusetzen.

So ist die Neugründung der Kirmesgesellschaft in Fambach ein Zusammenschluß von Jugendliche in den Jahren 2009-2011, mit dem Ziel das traditionelle Brauchtum zu bewahren, das kulturelle Leben im Ort vielfältig zu gestalten und insbesondere Veranstaltungen für Jugendliche zu organisieren ⁷⁵

⁷⁵ <http://www.kirmesverein-fambach.de/index.php/tradition.html> (eingesehen am 19.9.2011 20:20Uh)



„Vor 2 Jahren kam bei der Fambacher Jugend der Wunsch auf, den Kirmesverein wieder aufleben zu lassen. Zunächst gestaltete sich dieses Vorhaben als äußerst schwierig, aber in einem waren sich alle einig „Wir brauchen wieder ein Verein!“

„Zweck des Vereins ist die Förderung der Allgemeinheit auf dem Gebiet der Pflege und Bewahrung des traditionellen Brauchtums....

...Des weiteren möchten wir bei der Gestaltung eines vielfältigen kulturellen Lebens in Fambach sowie die Sicherung von Veranstaltungen für Jugendliche und andere Bevölkerungsschichten mitwirken.....“⁷⁶

Der Kirmesverein Seligenthal begründet sein Engagement folgendermaßen:

„...Wie in jedem der umliegenden Dörfer gibt es auch in Seligenthal einen Kirmesverein. ... der Kirmes-Verein Seligenthal e.V. mit mehr als 70 Mitgliedern im Alter zwischen 16 und 30 Jahren der größte Jugendverein im Ort, dessen Hauptbetätigungsfeld in erster Linie die Traditions- und Heimatpflege ist. Im dörflichen Leben hat unser Verein einen festen Platz eingenommen...“⁷⁷

SM 3: *“...Früher hatten das (die Kirmes , Anm. d. Verf.) bei uns im Ort immer die anderen Vereine gemacht. ...Irgendwann kam dann bei denen keinen Nachwuchs mehr und die Leute vom Männerchor sind alt geworden,... Und vor 10 Jahren hat sich die Jugend selbst zusammengeschlossen“*

SM 3: *„.... Wir haben (...im Verein... - Anm d. Verf.)einen Vorstand, dann ist da so die Kirmesgesellschaft an sich, eine extra Gruppe. Dann haben wir, falls wir auch noch mehr Veranstaltungen das Jahr machen wollen, eine PR-Abteilung gegründet. Dann haben wir die Gruppe für Sponsorsuche, die Mitgliederverwaltung/-akquise...“*

⁷⁶ ebenda

⁷⁷ <http://www.schwapper.de/> eingesehen am 08.09.2011 um 21:35Uhr



SM 4: „...Wir haben einen Vorstand. Und haben so ca. 40 Mitglieder. Man muss jetzt nicht unbedingt im Kirmesverein sein, um bei der Kirmes mitmachen zu können. Es ist halt so, dass die Jüngeren die Kirmes machen und die Älteren unterstützen.....

F: Beschreiben sie mal die Jüngeren und Älteren?

SM 4: Also ich mache noch mit. Wir sind aber auch die Ältesten, die aktiv noch Kirmes mit machen. Mitmachen dürfen sie ab 16, die Jüngsten.

F: Wie gewinnen sie Nachwuchs?

SM 4: Das spricht sich rum. Eigentlich kommen sie von alleine. Es wird eine Kirmesplanung ausgehangen und dann können alle kommen, die alt genug sind....“

SM 4: „...Wir haben Donnerstag den Zeltaufbau. Haben dann abends.... Sonntagfrüh gehen wir um 10 in die Kirche.... Am Montagfrüh ist der legendäre Frühschoppen. Der fängt um halb oder um 10 an und geht bis Nachts um 11.

F: Wie realisieren das die Mitglieder?

SM 4: Bei uns geht in der Zeit keiner Arbeiten hier. Also ich selber nehme immer 2 Wochen Urlaub. Eine Woche davor und eine Woche danach braucht man definitiv....“

F: Wie lange gibt es den Kirmesverein?

SM 5: Den gibt es jetzt seit 2007. Der hat sich quasi gegründet, weil sonst die Kirmes in X gestorben wäre und da haben wir uns zusammengerauft und gesagt „Wir wollen das weiter fortführen“....“

F: „...Wie viele Mitglieder hat die Kirmesgesellschaft?

SM 5: ...Die Gesellschaft selber wird so aus 30, 40 Leuten bestehen...“



2. Die Jugendlichen /Kirmesgesellschaften bringen sich in vielfältiger Weise in die Gemeinde ein und stärken das Gemeinwesen.

In allen untersuchten Gemeinden engagieren sich die Kirmesgesellschaften oder Jugendgruppen in vielfältiger Weise. Sie unterstützen aktiv das kulturelle Leben, bewahren Traditionen, helfen bei Aktivitäten des Gemeinwesens. Durch ihr Engagement bleibt der Ort liebens- und lebenswert und sie wirken identitätsstiftend.

SM 2: „...Und da helfen wir auch bei anderen Festen oder räumen auch mal die Straße auf...“

SM 3: „... Beim Straßenfest sind mehrere Vereine die sich dazu bereit erklären, da wird sich Anfang des Jahres getroffen. Da kommen alle Vorstandsvorsitzenden der Vereine zusammen. Da wird die Jahresplanung besprochen. Was liegt an, wer möchte helfen, wer möchte was machen. Dann meldet sich halt derjenige Verein, der sagt wir helfen da mit und machen da was...“

SM 3: „... Wir haben (...im Verein... - Anm d. Verf.)einen Vorstand, dann ist da so die Kirmesgesellschaft an sich, eine extra Gruppe. Dann haben wir, falls wir auch noch mehr Veranstaltungen das Jahr machen wollen, eine PR-Abteilung gegründet. Dann haben wir die Gruppe für Sponsorensuche, die Mitgliederverwaltung/-akquise...“

SM 4: „...Wir machen immer noch einen Frauenball. Den machen wir immer um den Frauentag... Sonst haben wir immer noch ein Kinderfest gemacht, ...“

SM 4:“... Das ist das Highlight des Jahres. Da gehen auch alle hin. Es ist ja nicht allzu viel los im Dorf...“

SM 5: „...der Kirmesverein macht noch andere Veranstaltungen wie ein Schleppertreffen oder Summer Rock oder Nachkirmes,...“



3 Die Jugendlichen/Kirmesgesellschaften sind tief im Gemeinwesen verwurzelt

Im Volksmund heißt es: „In den dörflichen Gemeinschaften kennt jeder jeden“ Aber ob dieses Netzwerk auch tragfähig ist beweisen erst die Kirmessen. Denn durch den Zusammenschluss vieler Gemeinden und/oder Eingemeindungen, Ansiedlung neuer Firmen, Rückzug ins Private aufgrund hoher Ausbildungs- oder Arbeitsbelastung oder Frustration etc. haben sich die dörflichen Strukturen verändert.

Die Kirmessen mit 200 – 1.500 Besuchern bedürfen einer umfangreichen planerischen und logistischen Vorbereitung. Ohne eine Vernetzung, nachbarschaftlicher Hilfe oder Unterstützung durch Firmen, Gemeinde oder Vereine lässt sich so etwas nicht bewerkstelligen. Das dies Jugendgruppen in ihrer Freizeit dennoch schaffen, beweist einerseits die immer wieder unterschätzten Fähigkeiten von Jugendlichen und andererseits den Gemeinsinn bzw. die Funktionstüchtigkeit der Gemeinden.

SM 2: „...Die Struktur ist eigentlich, dass wir das Ausführen, und Andere (der Trägerverein, Z.B. Sport- oder Feuerwehrverein – Anm. der Verf.) organisieren,... Und wenn wir Probleme haben, gehen wir halt auch zu denen hin. Um Sponsoren brauchen wir uns nicht zu kümmern. Die (der Trägerverein Anm. d. Verf.) setzen auch das Anfangskapital. Mit dem administrativen Aufwand haben wir nichts zu tun,...“

F: „...Wie unterstützt die Gemeinde die Kirmes?“

SM 2: Wir haben einen Bauhof hier in X und der hilft uns beim Aufbau und bei der Kirmestanne holen. Der ist immer kräftig dabei,... an den wenden wir uns, wenn etwas kaputt gegangen ist oder wenn wir etwas brauchen....“

SM 3: „...Also die Jugend die jetzt dabei ist, die 25 Mann unterstützen die Kirmes über das ganze Jahr: Vorbereiten, Nachbereiten usw. Dann haben wir die Feuerwehr, die uns unterstützt beim Bäume stellen. Dann ist z.B. noch eine Woche vorher, da werden die Kirmespuppen aufgestellt. Der Bauer im Ort sponsert dann immer die Strohbälle, dass wir die schmücken können. Die Kirche unterstützt uns, das ist ja ein kirchliches Fest. Ja und der Bürgermeister und die Gemeinde an sich...“

F: „...Gibt es Sponsoren?“

SM 3: Ja da haben wir viele im Ort, die Einiges unterstützen. Dieses Jahr haben wir ein bisschen mehr betrieben. Da waren 10 Firmen, die Geld oder Material zur



Verfügung gestellt haben...“

SM 4: „...Wir lassen uns sponsern. Wir haben ja auch eigene Mittel, wie Mitgliedsbeiträge ... Ansonsten, wir gehen im August, September umher zu den Selbstständigen im Dorf oder zu den Firmen und die geben uns meistens ein paar Mark...“

SM 5: „...Bei der Kirmes direkt, das ist unser Saal, den wir in Y haben, der kostet eine gewisse Miete, die wir entrichten müssen. Die Gemeinde unterstützt dahingehend, dass sie uns das für andere Veranstaltungen - der Kirmesverein macht noch andere Veranstaltungen..., wo auch das Publikum dünn gesät ist ... ne Mietminderung macht. ... Bei der Kirmes selber, wir bekommen den Saal ohne irgendwelche Auflagen. Wir bekommen keine Steine in den Weg gelegt. Das ist schon einmal viel wert.

4 Die Teilnahme aller Generationen beweist den generationsübergreifenden Charakter von Kirmessen und den hohen Stellenwert im Gemeindeleben

Zur Kirmes im Ort treffen sich alle! Ein Fest in dieser Form bekommen alle mit. Es finden Umzüge der Kirmespärchen statt mit der Kapelle und das ‚Ständchen‘ wird durchgeführt. Das Ständchen dauert in der Regel einen ganzen Tag und meint nichts geringeres, als dass die gesamte Kirmesgesellschaft mit einer Kapelle von Haus zu Haus zieht, ein Ständchen bringt, also singt oder musiziert und so im Dorf allein an diesem Tag alle Bewohner besucht. Im Gegenzug für das Ständchen bedanken sich die Dorfbewohner mit einer Spende für die Kapelle, Getränken oder Essen.

Das mag vielleicht banal klingen – aber wer außer der Kirmesgesellschaft besucht im Jahr jedes Haus im Ort? Auf diese Weise bekommen der Zugezogene, die Großmutter, die Familie, die Kinder oder selbst Durchreisende und Gäste mit, dass im Dorf etwas Besonderes stattfindet. Günstigenfalls besuchen auch alle wiederum das Fest. Ständchen, Festabende und Umzüge bringen das Dorf näher zusammen, regen Gespräche an und haben so ganz nebenbei partizipative, generationsübergreifende und kommunikative Bewegkraft für den Ort. Viele Kirmesvereine richten im Rahmen ihrer Kirchweih ein Kinderfest aus um auch für die



ganz Kleinen und Jüngsten des Ortes Teilhabemomente zu ermöglichen. In vielen Orten reisen dazu Verwandte oder Weggezogene an um gemeinsam die Kirmes in der Heimat zu feiern, aber auch zu schauen, welche Perspektiven die alte Heimat bietet.

Die Generationen werden zudem beim Ausrichten der Kirmes alle benötigt und partizipieren aktiv. So helfen Großmütter beim Backen der Kirmeskuchen, Kleinbetriebe und Mittelständler mit Sach- und Dienstleistungen, Kinder beim Schmücken des Festplatzes, Mütter beim Nähen der Kirmesbändchen oder Väter und Bekannte bei verwaltungstechnischen Fragen. Der Kirmes kommt an dieser Stelle zudem ein nonformaler und schichtübergreifender Lernprozess zugute – der vor allem Vorbehalte zwischen den formalen Bildungsgraden abbauen zu leisten vermag. In der Kirmesgesellschaft kommen alle Bildungswege der Dorfgemeinschaft zusammen und profitieren von den jeweiligen Stärken und Talenten der einzelnen Mitglieder. Dies wird durch die Verteilung der Aufgaben in Ansätzen sichtbar. So wird ein Handwerker den Aufbau eines Festzelts fachlich eher unterstützen können als ein Jugendlicher, welcher gerade sein Abitur abgeschlossen hat. Der Jugendliche hat aber aufgrund von Praktika/Facharbeit mehr Kenntnisse in der Finanzbuchhaltung und trägt so seinen Teil zur Kirmesveranstaltung bei. Dieser gemeinschaftliche Lern- und Achtungsprozess ist für Jugendliche und junge Erwachsene eine sehr wichtige Erfahrung um ein soziales, tolerantes und Mitmenschen respektierendes Mitglied der Gesellschaft zu werden.

Der Kirmes kommt damit als generationsübergreifendes Fest eine besondere Bedeutung zu. Der Wegfall der lokalen Kirmes bedeutet nichts anderes als:

- geringere Kommunikation,
- weniger Partizipation und
- weniger nonformales und generationsübergreifendes Lernen

und damit ein Verlust gemeinschaftsstiftender und gemeinschaftserhaltender Momente des Zusammenlebens.

Bei den vor Ort untersuchten Kirmessen waren alle Generationen und Geschlechter



gleichmäßig verteilt vertreten. Somit erfüllen die Kirmessen ihre Aufgabe als Identifikationspunkt für die Einwohner aller Generationen.

Auf allen Festen lag die Gruppenstärke bei 4 bis 8 Personen, in der größten untersuchten Gemeinde Floh-Seligenthal auch bei 8 bis 15 Personen. Zu beobachten waren dabei Familien, Familienverbände, Gruppen von Gleichaltrigen und Vereinen z.B. Kirmesgesellschaften auch aus anderen Ortschaften, Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr oder lokale Sportvereine.

Die Gruppen in den kleineren Gemeinden bestanden meist aus Ortsansässigen oder Personen mit Verwandtschaftsstrukturen, welche sich vertraut begrüßten und miteinander kommunizierten.

Außerdem war zu beobachten, dass bei allen Kirmessen innerhalb der Jugendgruppen ein männliches Kräfte messen, das Anknüpfen von Beziehungen oder Beeindrucken des weiblichen Geschlechts durch Mutproben, z.B. die intensive öffentlichkeitswirksame Beteiligung am Programm der Kirmesgesellschaften, stattfand. Generell war auf allen Kirmessen ein starker Alkoholkonsum zu verzeichnen. Die soziale Kontrolle durch die Familie oder den Freundeskreis war bei den kleineren Kirmessen in gewissen Grenzen gegeben.

SM 2: „... Die Jugend ist natürlich bei so einem Fest stark vertreten. Aber es gehen auch Ältere weg. Samstagabend bis 50, 60 Jahre kann man da sehen. Und für die noch Älteren, die kommen halt Sonntag...“

F: „...Kommen auch viele Leute, die aus dem Ort weggegangen sind?“

SM 2: Ja, schon. Ich treffe immer wieder welche, ich wohne jetzt da und da. Aber zur Kirmes muss man hier her....“

SM 3: „...Das ganze Wochenende ist es eigentlich durchwachsen. Von Jugend mit 14 bis Mitte 50. ... Und auf den Sälen ist meistens die Ortsjugend ab 18,19, 20 und dann die ältere Generation ab 30, 40, 50. Dann haben wir auch Tische, die teilweise auch von den Leuten (Familien oder Jugendgruppen Anm. d. Verf.) reserviert werden. Alle Generationen sind vorhanden außer 60+. Das ist für sie abends dann zu viel. Bei der Kirche oder beim Umzug sind die aber dabei...“

SM 4: „...Ja, also meine Schwiegermutter ist 61, die geht auch noch da hin...“



SM 5: "...Am Freitagabend ist das Spektrum jung, ...Am Samstag haben wir eher mittleres Alter, vom Opa bis zur Jugend. Aber hauptsächlich aus dem Ort. Also am Freitag geht es dann eher so über die ganzen Dörfer der Umgebung: X, Y, Z, bis nach Suhl und Meiningen, eigentlich alles offen. Kann man jetzt auch nicht so pauschalisieren..."

5. alle Kirmessen mussten sich bereits mit dem Thema Gewalt auseinandersetzen

Da Partizipation eine friedliche Gemeinschaft mit demokratischen Konfliktlösungsstrategien voraussetzt, gefährden gewalttätige Übergriffe das ehrenamtliche Engagement sowie die Kirmes als solches.

Auf den Kirmessen ist häufig ein erhöhter Alkoholkonsum vorzufinden. Infolge des erhöhten Alkoholkonsums, der damit einhergehender Selbstüberschätzung und zumeist männlichem Dominanzverhalten kann es auf eine Kirmes zu Prügeleien der Gäste kommen. Jedoch sei anzumerken das dies nicht mehr oder weniger der Fall ist als auf anderen Festen wo viele Menschen zusammenkommen und Alkohol eine Rolle spielt. Hier gilt: Je kleiner das Fest desto höher die familiale und freundeskreisinterne Selbstkontrolle. Gemeint ist das gegenseitige aufeinander Achten und Vermeiden von gewalttätigen Situationen.

Aus diesen Gründen haben sich alle Kirmesgesellschaften bereits mit dem Thema Gewalt auf der Kirmes auseinandergesetzt. Ein Indikator hierfür ist das Engagement von Sicherheitsdiensten, welche vermehrt zum Einsatz kommen. Es hat sich für die Mehrzahl der Kirmesgesellschaften als unverzichtbar erwiesen ab einer bestimmten Gästezahl Ordnungsdienste zu verpflichten die dafür Sorge tragen dass randalierende und provozierende Gäste der Veranstaltung leichter verwiesen werden können. Zudem übt die Anwesenheit von Sicherheitspersonal einen gewissen ordnungsstiftenden Charakter aus.

Im Interview benennen die Kirmesgesellschaften für den Security-Einsatz vorrangig:

- die Durchsetzung des Rauchverbots,
- das Verbot des Mitbringens von Getränken etc.,
- die Durchsetzung des Jugendschutzes



Das sind sicherlich auch Gründe, jedoch sind diese Dinge meist durch die soziale Kontrolle der Familien und Dorfgemeinschaften regelbar.

Das größere Problem ist das zunehmende Auftreten von provokativ auftretenden rechtsextremen Gruppen. Allerdings wird dieses Problem selten offen von den Kirmesgesellschaften benannt.

Allerdings wird es in den Interviews oder Berichten als Problem der anderen Gemeinden dargestellt.

Die eigenen Beobachtungen und die Interviews zeigen, dass diese Gefahr nicht unbegründet ist. So gab es in Brotterode als auch Floh-Seligenthal einzelne Besucher/Kleingruppen von 2-3 Personen, die offen Zeichen trugen (z.B. Sonnenrad und Thor-Steinar-Shirts) welche eindeutig dem rechtem Spektrum zuzuordnen sind. Diese fielen zwar nicht durch Gewalttaten auf, aber ihr dominantes, teils herausforderndes Auftreten wirkte einschüchternd auf die Gäste.

Die Auswirkungen für die Kirmes und das Gemeinwesen, wenn diesen provozierenden oder auf Normalisierung abzielenden Verhaltensstrategien nicht entgegengewirkt wird oder aber heruntergespielt werden, werden von den ehrenamtlichen Organisatoren unterschätzt.

SM 2: „...Ja schon. Letztes Jahr war eine Schlägerei, aber die ist nicht großartig ausgeartet. Wir haben Security und die haben sich gleich darum gekümmert. Und dann kam auch die Polizei da war dann aber alles schnell wieder geregelt.

F: Gibt es die Security schon immer?

SM 2: So lange ich mich erinnern kann schon. Ich glaube, dass man das wirklich braucht. Das war nicht der einzige Vorfall in den letzten Jahren...“.

F: „... Gibt es gewaltbereite Gruppen unter ihren Kirmesgästen?

SM 2: Nein das gibt es eigentlich nicht. Also ich habe es zum. nicht mitbekommen. Es ist halt eher ein Fest und da hat man nichts im Sinn das irgendwie kaputt zu machen....“

F: „...Hat sich Ihr Verein schon einmal mit Thema „Gewalt auf der Kirmes“ auseinander setzen müssen?

SM 3: „...Ja also direkt wir nicht selber. Wir haben 1, 2 Säle wo Tanz ist und einen Autoscooter und dann steht da noch ein Bierwagen. Da kommen viele



Jugendliche aus der Umgebung und da gibt es öfter mal durch Alkohol bedingten Stress.....

F: Engagieren sie Security?

SM 3: Nein, brauchen wir nicht. Wenn von außerhalb Leute da sind, die Schlägereien wollen. Dann sind von unserer Seite genug Jugendliche da, die das unterbinden und da unterstützen.

F: Erkennt ihr euch dann untereinander oder wie macht ihr das?

SM 3: Bei uns gehen in den Saal maximal 200-300 Mann. Da hat man schon den Überblick was Ortsbewohner und was Auswärtiger ist....“

SM 4: „...Das kommt schon mal vor. Aber wir haben immer Security, die das eigentlich dann regeln sollen. Es kommt schon mal vor, aber es ist noch nie ausgeartet. Security muss schon sein, da führt kein Weg daran vorbei...

F: Was gibt es da für Hintergründe?

SM 4: Es gibt halt welche, die probieren das auf allen Kirmessen. Die gehen ins Zelt und schubsen die Leute. Wer sich nicht benimmt muss eben daraus aus dem Zelt....“

F: „...Sind es gewaltbereite Gruppen von außerhalb?

SM 4: Nein. Das passierte jetzt vielleicht 1-2 mal ... Die Polizei kam mal, aber passiert ist nichts.Wir hatten das im Nachbarort X gehabt, die hatten keine Security. Und da gab es richtig Ärger. Das ist ja nur X km weiter. Da gab es richtig Zinnober. Die haben auch eine Auflage bekommen, dass sie verpflichtet worden sind – sie bekommen keine Genehmigung mehr, wenn sie keine Security dazu holen...“

SM 5: „... Wir haben bisher immer ohne Security gearbeitet. Seit diesem Jahr machen wir das nicht mehr....weil es dieses Jahr auch ein paar Ausschreitungen gab, wo wir als Verein das irgendwie lösen mussten. Man kann sich ja nicht die Köpfe eindreschen.

F: Gibt es bestimmte Gruppen unter ihren Kirmesgästen? (extreme Gruppen, gewaltbereite Gruppen)

SM 5: So krass würde ich es jetzt nicht sagen. Es gibt jetzt keinen der sagt „Da ist



Kirmes, da gehen wir hin und hauen die Leute zusammen“. Das waren halt angetrunkene Leute, die sich dann plötzlich nicht mehr riechen konnten und meinten sie müssen das mit ihren Kumpels gemeinsam ausfechten. Wenn sie das draußen auf der Straße machen, dann sollen sie das machen. Aber bei uns im Saal können wir das nicht machen. Wir stehen auch ein Stück weit in der Verantwortung in dem Moment wo wir keine Security haben. Es waren auch nicht Leute vom Dorf. Bis jetzt ging es auch wirklich gut. Wir hatten so kleine Schubereien, da lädt man die Leute auf ein Bier ein und dann ist wieder gut. Aber dieses Jahr was es so, dass die Polizei anrücken musste und der Krankenwagen 2-mal da war...“

„Wehret den Anfängen !“

(Cicero, röm Philosoph)

Lange Zeit bestimmte die Größe der Gemeinde auch den Umfang der Kirmes, sowie die Strukturen der Organisation, Durchführung und das Zielpublikum. In den Gemeinden wie Rohr, Fambach oder Schwarza herrschten familiäre Strukturen in der Organisation als auch beim Publikum vor. Dadurch wurde dieses Kulturangebot nur in einem begrenzten Maße von Außenstehenden genutzt wurde. Durch das soziale Gefüge der Gemeinde, spielte die politische Orientierung im Kontext der Kirmes eine untergeordnete Rolle, da sich durch die vielfältigen Verwandtschaftsstrukturen innerhalb eines Ortes die anwesenden Gruppen stark vermischten. Die einheimischen Besucher bildeten letztendlich eine feste Gruppe, die eine gewisse Front gegen Gruppen bildeten, welche die Veranstaltung politisch vereinnahmen wollten

Allerdings scheint dies zunehmend kein Grund mehr zu sein, dass solche Feste von politisch orientierten Gruppen gemieden werden, was der vermehrte Einsatz von Sicherheitspersonal verdeutlicht.

Die Gemeinden und Kirmesgesellschaften müssen sich mit dem Problem auseinandersetzen. Eine Verharmlosung spielt nur den extremen Gruppen zu.

Von den Besuchern werden rechtsgerichtete Gruppen als Bedrohung angesehen. In der Folge können bei Kirmessen Angstsituationen entstehen, welche den offenen Charakter der Kirmessen gefährden. Gerade andersdenkende und -aussehende Jugendliche und Bürger meiden die Veranstaltung. Damit verliert die Kirmes auf



Dauer an Bedeutung für die Bürger. Das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Heimatverbundenheit. schwindet Insofern gilt es sich den Anfänge zu wehren und Gegenstrategien zu entwickeln. Das kann

... der Einsatz von Sicherheitsdiensten,

... eine Sicherheitspartnerschaften mit der Polizei,

... das öffentliche Bekenntnis zu Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sein,

... wenn der Ordnungsdienst von Jugendlichen organisiert wird, das Tragen von Erkennungszeichen durch die Jugendlichen und einer großen Anzahl von Unterstützern, so dass offensichtlich Mehrheiten erkennbar sind

...ein Erfahrungsaustausch mit anderen Kirmesgesellschaften sein....

Wenn keine Gegenstrategien entwickelt werden, dann entsteht bei den rechten Gruppen eine Art Besitzanspruch an dem Volksfest. Denn sie sehen sich als Teil der Gesellschaft und wollen dementsprechend behandelt werden. Ihr Auftreten symbolisiert diese Zugehörigkeit. Damit stehen die Organisatoren vor einen Konflikt. Der Einlass und die Teilnahme von rechtsgesinnten Personen stellt eine gewisse Duldung deren Einstellungen dar. Die öffentliche Zurschaustellung von Symbolen ist hierbei Beweis genug. Mit dieser Duldung schaffen sie aber diesen Gruppen die Möglichkeit, an Gesellschaftsaktivitäten teilzunehmen, was zu einer Normalisierung ihrer Existenz führt. Nach dem Motto „*Sie sind halt da*“ ist der Grad zwischen Duldung und Akzeptanz sehr schmal und wird zunehmend überschritten. Somit erreichen diese Gruppierungen den ersten Punkt der Raumordnungsgewinne: sie werden als ein *normaler* Teil des Sozialraumes wahrgenommen.

6 Jede Kirmes muß sich ständig neu erfinden

Jeder Verein, jede Initiative muß sich gerade im Kontext des demographischen Wandels, die Frage nach der Zukunft stellen. Gerade Kirmes-/Plangesellschaften sind auf Nachwuchs angewiesen, da es in der Sache selbst liegt, daß eine Kirmes von den Jugendlichen organisiert wird. So bezeichnen sich bereits knapp 30-jährige selber als alt in diesen Strukturen und wollen die Verantwortung an die nächste Generation abgeben.

Dabei stellt sich jedoch auch heraus, dass sie ihre eigene Zukunft nur bedingt im Ort



sehen, da es nur wenig berufliche Perspektiven gibt. ABER solange es geht haben sie den Willen aktiv die Gegenwart und die Zukunft des Ortes (mit) zu gestalten.

F: „... Wie siehst du deine Zukunftsperspektive in X?

SM 2: In den nächsten Jahre, wenn ich studiere, werde ich hier nur am Wochenende herkommen. Danach weiß ich noch nicht direkt ob ich hier bleiben kann.

F: Wie gewinnt ihr euren Nachwuchs?

SM 2: Einfach durch Fragen wenn sie alt genug sind, Es gibt ja nicht so viel Auswahl in X an Jugendlichen. Sobald einer 16 ist „Magst du Kirmes mit machen.“ Da sagt fast keiner „Nein“, weil es halt Spaß macht...“

SM 3 „... Wenn ich hier einen guten Arbeitsplatz finden würde, würde ich gerne hier bleiben, aber ob das so möglich ist. Ich studiere gerade und bin dann nächstes Jahr fertig und da müssen wir mal schauen ob man was Gutes findet... Wir sind hier auch eine Gegend mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen in Schmalkalden, Meiningen...“

SM 3: Also erstmal die ganze Jugend die man kennt ansprechen. Na ja gut man kennt sich halt im Ort und spricht die halt an. Dann laden wir sie mal ein zur Mitgliederversammlung, dass sie sich anhören können, was sind unsere Ziele, was sind unsere Pläne. Wir haben ja jetzt erstmal 25 Mann, da muss man dann sehen wie wir es weiter machen...“

Aber andere Gesellschaften bemerken auch bereits einen Wandel in der Bereitschaft sich für die Kirmes zu engagieren:

SM 5: „...Wir sind auch immer bestrebt die Jugend zu aktivieren, dass wir auch jedes Jahr neue Leute dazu gewinnen können. Das Problem ist halt im Moment, dass viele durch Arbeit etc. sagen es ist ihnen zu stressig. Gerade von den Jüngeren. Die haben lieber ihre Ruhe am Wochenende und gehen weg und trinken, müssen nicht mit Aufräumen und so weiter. Das ist momentan unser Problem....“

F: „... Wie versuchen junge Leute in den Verein zu bekommen?

SM 5: Hauptsächlich durch jüngere Mitglieder im Verein.... Wir haben jetzt auch



Jüngere rekrutiert, die gerade mal 18 oder 19 sind. Die Freunde, Bekannte, das Umfeld ansprechen und sagen „Habt ihr nicht Lust“. Wir selber kümmern uns auch für die Jugend etwas zu unternehmen. Das Wochenende ist für die Jungs und Mädels dann meistens kostenlos, sie sind eingeladen zum Essen und Getränken. Sie müssen eigentlich nur Stimmungen machen und Spaß haben. Das ist das, was wir voraussetzen. Mehr verlangen wir eigentlich nicht. Es ist wieder erwarten schwierig. Man war selber mal in dem Alter, wenn man mir das damals so verkauft hätte wäre ich Feuer und Flamme gewesen. Ich kann das stellenweise nicht nachvollziehen...“

Zwischenbetrachtung

Die lokale Kirmes ist für das Gemeinwesen ein Ort an dem die alle Mitglieder der Gemeinschaft zusammen kommt. Für die soziologische Forschung ist die Kirmes interessantes und informatives Betätigungsfeld, welches leider kaum, bisweilen gar nicht erschlossen ist. In Ansätzen erforscht sind Großraumphänomene wie das Münchner Oktoberfest, der Ballermann-Effekt, die Wiener Prater – kurz: kommerzielle Feste und Kirmessen die hohe Besucherzahlen aufweisen. Es sind jedoch gerade die kleinen, gemeinsam organisierten Feste, mit ihrem hohen Beteiligungsfaktor, die einer Gesellschaft das Gefühl von Zusammenhalt und einer funktionierenden Gemeinschaft vermitteln können. Daher erachten wir den Exkurs in diesen generationsübergreifenden und identitätsstiftenden Gemeinschaftsbereich in dem ländlich strukturierten Landkreis Schmalkalden-Meiningen als wichtiges Element der Stärken- und Ressourcenanalyse für einen Lokalen Aktionsplan.

Die Analyse hat gezeigt, dass die Kirmes ein Ort ist wo ehrenamtliches Engagement, nonformales Lernen sowie Partizipation seit vielen Jahren gelebt und umgesetzt wird in einer Abfolge der Generationen. Zudem vermag dieses Engagement einen Großteil der im Ort lebenden Gemeinschaft zu erreichen.

Die Kirmesgesellschaften sind sich der Bedeutung ihres Engagements für das Gemeinwesen meist nicht bewusst. Es ist eine intuitive jugendkulturelle und traditionelle Beteiligungsform.



Kirmessen mit ihren Erprobungsräumen für Jugendliche bilden einen Ort des informellen Lernens, da hier sehr spezifische problem- oder lösungsorientierte Fähigkeiten vermittelt werden. Hierbei handelt es sich um traditionelles und szenenspezifisches Wissen, aber auch um soziale und kommunikative Kompetenzen, Verantwortungsübernahme für andere oder die Kompetenz Entscheidungen (ob nun als Team oder Einzelmitglied) treffen zu können. Umso bedeutender ist es, diese Formen der informellen und generationsübergreifenden Bildung zu schützen, zu unterstützen und ihren Erhalt zu fördern. Identitätsstiftende Momente wie das gemeinsame Organisieren und Erleben einer Kirmes könnten in der Lage sein, junge Menschen im Landkreis zu halten, sie an die Gemeinschaft zu binden oder lokale Netzwerke zu bilden. Sie sind dazu in der Lage Kontakte zu Fortgezogenen aufrechtzuerhalten.

Insofern stellen jegliche Vereinnahmungsversuche von rechtsextremen Gruppierungen einen Übergriff auf das demokratische Gemeinwesen dar.

Die traditionellen Kirmessen mit ihren offenen Strukturen können dem dominierenden und/oder provozierenden Verhalten wenig entgegen setzen, da die Gruppen von außerhalb kommen, die Identität der rechtsextremen Personen meist unbekannt ist und damit der Handlungsansatz der sozialen Kontrolle nicht greift. Es scheint, dass dieses Muster seitens der Rechtsextremen bewusst angewandt wird, da sie so nicht auf der persönlichen/Verwandtschaftsebene angesprochen werden können und ihre Angst vor öffentlicher Zurechtweisung verlieren.

Vor allem auf größeren Festlichkeiten sind gute Möglichkeiten gegeben, eine gewisse Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen und damit einen weiteren Schritt im Normalisierungsprozess zu schaffen. Vor allem bei kleineren Kirmessen entsteht so ein Angstraum in diesen stabilen Sozialräumen, der durch den Einsatz von Sicherheitspersonal bestätigt wird. Somit wird die Bedeutung der Kirchweihfeste mit all ihren Traditionen und Ritualen durch dieses Angstpotential bestimmt und die Kirmessen verlieren durch die Vereinnahmungsversuche ihren offenen, toleranten Charakter.

Die Kirmes – eine Mischung aus lokaler Tradition und jugendkulturellem Zeitgeist – gilt damit als stärkendes, liebens- und schützenswertes Element der Region. Es ist daher wichtig, die Gemeinschaft des Ortes und die Kirmesgesellschaft vor potentiellen (rechtsextremen) gewalttätigen Momenten und Übergriffen zu schützen.



Ein bestehendes Bedrohungspotential konnte für die untersuchte Region nachgewiesen werden. Möglichkeiten sind hier Formen präventiver Aufklärung oder dem gemeinschaftlichem Konsens offensichtlich rechtsextreme und gewalttätige Gäste von der Veranstaltung der Kirchweih auszuschließen um den friedlichen, intergenerationellen, verbindenden und identitätsstiftenden Charakter der lokalen Kirmes zu bewahren.

4.4.5 Partizipation als Zieldimension von Politik, Jugendhilfe und dem Lokalen Aktionsplan

Die o.g. Punkte bilden die Grundlage für die Überlegung, dass die Partizipation von jungen Menschen eine neue Wichtung in der Politik, der Jugendhilfe aber auch bei der Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes im Rahmen des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZEN STÄRKEN“ erhält.

Als Zieldimension, welche auch in zukünftigen regionalen Entwicklungskonzepten eingehen soll, kann allgemein definiert werden:

- die Partizipation der Jugendlichen an der Gesellschaft als Verwirklichung von Demokratie
- Chancengleichheit für alle Jugendlichen zur Vermeidung einer gespaltenen Gesellschaft
- die Vermittlung von Grundwerten wie Demokratie, Solidarität und Toleranz

Die in dem Lokalen Aktionsplan geplanten Maßnahmen sollen eine Jugendpolitik anstreben, die den Dialog mit den Jugendlichen, ihre Mitbestimmung am gesellschaftlichen Leben und ihre ehrenamtliche Arbeit unterstützt.

Mit Bezug auf die gesellschaftlichen Herausforderungen im Landkreis kann im Rahmen des LAP's die Stärkung und der Ausbau von entsprechenden Strukturen angestrebt werden, welche die vielfältigen Partizipationsformen in Kommunen und Gemeinden fördern, das freiwillige Engagement stärken und soziale Exklusion abbaut.

Damit kann auf die gesellschaftlichen und sozialisationstheoretischen Aspekte des demografischen Wandels, die Herausforderungen einer globalisierten Welt und die erhöhten Anforderungen des Arbeitsmarkts eingegangen werden.



5. Zusammenfassung der Ergebnisse

5.1 Potentiale und Ressourcen des Landkreises

Das größte Potenzial des Landkreises liegt bei den Einwohnern selbst.

Wie in den Interviews zum Ausdruck kommt, fühlen sich die meisten mit der Heimat verbunden und empfinden sie als liebens- und lebenswert, obwohl wirtschaftliche und soziale Probleme die Region strapazieren. Trotz der hohen Belastungen sind viele Bürger bereit, sich für ihre Gemeinde zu engagieren, um den Status Quo aufrecht zu erhalten oder gar zu erweitern. Davon profitieren die Sport- und Kulturvereine sowie die Kirmesgesellschaften und damit das Gemeindeleben.

Dafür gilt es den Bürgern Respekt zu zollen, sie ernst zu nehmen und zu unterstützen.

Aus diesem Grund gilt es,

- mehr Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen und
- die verbliebenen Kommunikationsorte, welche für einen konstruktiven Diskurs notwendig sind, aufrecht zu erhalten und zu erweitern. Denn diese sind wichtig, damit sich die Gesellschaft austauschen und entwickeln kann. Auf diese Art kann eine neue regionale Identität und eine Motivation geschaffen werden, um die Bürgergesellschaft aktiv zu gestalten.

Selbst viele, die zwecks besserer Zukunftsperspektiven/Karriere/Arbeit weggezogen sind, sind noch durch Familie und Heimatgefühl mit der Region verwurzelt. In regelmäßigen Abständen kommen sie wieder, um Freunde und Familie zu besuchen, zu schauen, ob sich für sie neue Perspektiven ergeben und sich auch in die Gestaltung der Gemeinde einzubringen. Deshalb ist die Mitbestimmung und die Mitwirkung der Bürger an Entscheidungen der Gemeinden unabdingbar, um die schlummernden Potentiale und Ressourcen der Bürger für eine aktive Gestaltung der Gemeinschaft nutzen zu können.

Hinderlich ist dabei die zunehmende prekäre Finanzlage der Gemeinden. Diese hängt eng zusammen mit der wirtschaftlichen Entwicklung und den Auswirkungen des demographischen Wandels. Somit nimmt der mögliche Gestaltungsspielraum der Gemeinden immer weiter ab.

Das Augenmerk muss deshalb einerseits auf zwischenmenschlichen Werten, wie z.B. der respektvolle und solidarische Umgang miteinander, liegen. Denn genau hier fängt die Gemeinschaft und somit das Fundament einer Gemeinde an. Somit bildet



der Zusammenhalt zwischen den Bürgern und mit ihrer Heimat das größte Potential, es muss nur gefördert werden. Diese Möglichkeiten kommen nicht nur dem Kampf gegen Intoleranz und Menschenfeindlichkeit zu Gute, sondern auch der Vielseitigkeit, der regionalen Identität sowie der Lebens- und Liebenswertigkeit der Gemeinde.

Andererseits ist dafür ein gutes Vertrauensverhältnis zwischen der Politik und den Bürgern wichtig. Das wird dadurch gefördert, indem der Bürger in seinen Wünschen und Bedürfnissen ernst genommen und an Entscheidungsfindungen beteiligt wird. Diese Beteiligung an Entscheidungsfindungsprozessen fördert nicht nur die Nähe zur Demokratie, sondern schafft ein verbessertes Zusammengehörigkeits- und Gemeinschaftsgefühl. Damit wird auch dem Rückzug ins Private sowie der Teilnahmslosigkeit entgegen gewirkt. Aus einer starken Gemeinschaft erwächst auch ein größeres Bewusstsein für Menschenwürde, Gleichheit und Gerechtigkeit, welche die drei elementaren Grundlagen für ein friedliches, tolerantes und weltoffenes Miteinander sind, für ein gemeinschaftlich starkes Miteinander, das Intoleranz gegenüber einer anderen Hautfarbe entgegentritt sowie Hass und Gewalt ablehnt.

4. 4 Abgeleitete Handlungsempfehlungen

Diese Studie soll Ansätze für das Handlungskonzept für den Lokalen Aktionsplan des Landkreises Schmalkalden-Meiningen geben. Die nachfolgenden Handlungsempfehlungen haben lediglich einen Anregungscharakter für Diskussionen.

Die wahren Experten für die Situation vor Ort sind Sie.

Externe Beobachter können lediglich den Bürgern einen gesellschaftlichen Spiegel vorhalten, dessen Bild mit ortsfremden Augen gezeichnet wurde.

Die nachfolgenden Ideen sind Vorschläge und sollen die Diskussion vor Ort befruchten, damit der Landkreis lebens- und liebenswert bleibt.

Aus unserer Sicht ist es notwendig:

- Die vorhandenen **Entwicklungskonzepte** und/oder Leitbilder **für den Landkreis** zu bündeln und zu erweitern um den Aspekt des toleranten, hunmaistischen und solidarischen Zusammenlebens
- den **demographischen Wandel** aktiv gestalten.
- die bestehenden **zivilgesellschaftliche Strukturen** zu **stärken**, um ihre Rolle für ein demokratisches Gemeinwesen, aber auch gegen



Unterwanderungsversuche von Extremen zu sensibilisieren

- größere **Partizipationsmöglichkeiten** an politischen Entscheidungsfindungen zu schaffen, um die aus der hohen Heimatverbundtheit resultierenden **schlummernden Potentiale** und Ressourcen sind für das Gemeinwesen zu **erschließen**
- eine **aktive inhaltliche Auseinandersetzung** mit den Parteiprogrammen und **Strategien der Extremen**
- die **Entwicklung** entsprechender **Gegenstrategien**.

5.3 Handlungsorientierte Ebene

Die Studie zeigt deutlich, wie weit der Normalisierungsprozess von rechtsextremen Einstellungen im Landkreis xxxxxxxxSonneberg fortgeschritten ist. Ein wesentlicher Anhaltspunkt dafür ist der Umgang mit den politischen Vertretern des rechtsextremen Spektrums in den Stadträten und Kreistagen, **wo** kaum hinter das Scheinbild des sozialen und bürgerlichen Engagements der NPD- bzw. DVU-Vertretern geblickt wird. Deren parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit findet sogar auf eine gewisse Weise Zustimmung bei den Mitgliedern der demokratischen Parteien. Ebenso entsteht der Eindruck, dass die NPD zunehmend als eine *normal wählbare* Partei angesehen wird und in der Mitte der Gesellschaft anzukommen scheint. Das zeigen die letzten Ergebnisse der Landtags- und Kommunalwahlen, **wo** in einigen Wahlbezirken die Vertreter von NPD und DVU zweistellige Wahlergebnisse erringen konnten. Besonders erschreckend ist, dass in Lauscha jeder fünfte Wähler bei der letzten Bürgermeisterwahl seine Stimme einem rechtsextremen Kandidaten gegeben hat. Um diesen Normalisierungsprozess aber aufhalten oder gar eindämmen zu können, braucht es Handlungsansätze auf verschiedenen Ebenen, die für Umgang mit menschen- und demokratiefeindlichen Gesinnungen sensibilisiert.

Die folgenden in 5.3.1 und 5.3.2 beschriebenen Handlungsansätze sind Vorschläge, wie dem rechtsextremistischen Normalisierungsprozess entgegen getreten werden kann.



5.3.1 Die politische Ebene

Die demokratischen Parteien in den Parlamenten müssen eine gemeinsame Strategie für den Umgang mit rechtsextremistischen Abgeordneten erarbeiten.

Dabei muss immer das Kalkül der rechtsextremen Parteien im Blickpunkt behalten werden, nämlich der Versuch, von ihrer Ideologie der demokratie- und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit abzulenken und mit einer bürgernahen und sozialen parlamentarischen Arbeit in den Kommunen und Länder diese zu überspielen. Dennoch muss der NPD im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes des Grundgesetzes alle demokratischen und rechtsstaatlichen Rechte zugestanden werden. Trotzdem ist es möglich, in diesem Rahmen der Partei entgegen zu treten:

- deutliche Bekennung zu den parlamentarischen Rechten für Vertreter rechtsextremistischer Parteien in jeder Sitzung bei ebenso klarer Ablehnung der demokratie- und menschenverachtenden Grundeinstellung ihrer Partei
- Verzicht auf über das parlamentarische Protokoll hinausgehende Handlungen – der Handschlag zur Begrüßung gehört beispielsweise nicht zur politischen Arbeit, auch wenn er als eine Art Anstand angesehen wird
- geschlossene Ablehnung von Anträgen aus dem rechtsextremistischen Lager – wenn der Inhalt dennoch Sinn macht und für die Gemeinde einen Fortschritt darstellt, kann er in einer neuen Form ebenfalls geschlossen von den demokratischen Parteien neu eingebracht werden (was sich hier wie pubertäres Taktieren anhört, ist eine deutliche Ablehnung der demokratischen Parteien von einer (Zusammen-) Arbeit mit rechtsextremistischen Parteien)
- umfangreiche Vermittlung von in den Parlamenten getroffenen Entscheidungen an die Bürger – ist ein wichtiger Bestandteil des Teilhabens der Bürger an Entscheidungsfindungsprozessen und fördert das Vertrauensverhältnis zwischen Politik und Gesellschaft
- politisches Taktieren unter Berücksichtigung von Stimmen aus dem rechtsextremistischen Lager ist zu unterlassen – zwar ist eine



Entscheidungsfindung mit Zustimmung der NPD in einer Demokratie nicht auszuschließen, allerdings gefährdet die Duldung einer solchen Strategie jede Bemühung, den rechtsextremistischen Parteien Einhalt zu gebieten

- Zulassung von Reden und Diskussionsbeiträgen von rechtsextremistischen Mandatsträgern im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes des Grundgesetzes – bei gleichzeitiger kritischen Kommentierung und Offenlegung der rechtsextremen Strategie (Normalisierungsprozess)
- jeder ideologisch geprägter Inhalt bedarf einer demokratischen Antwort und darf nicht stillschweigend zur Seite gelegt werden

Die parlamentarische Arbeit als politischer Souverän hat Vorbildfunktion für die Gesellschaft. Das heißt, dass der Umgang der politischen Eliten mit demokratie- und menschenfeindlichen Elementen bei den Bürgern wahrgenommen und bewertet wird. Somit beeinflusst das Verhalten der politischen Eliten/deutungsmächtigen Akteuren das Verhalten der Gesellschaft.

Das heißt, wenn die Strategie der rechtsextremistischen Parteien in den Parlamenten aufgeht und eine Normalisierung der NPD in den Parlamenten erfolgt, bestätigt sich die Strategie der NPD: die demokratie- und menschenfeindliche NPD wird zunehmend als eine *normal wählbare Alternative* zu den demokratischen Parteien angesehen.

5.3.2 Die gesellschaftliche Ebene

Die Interviews zeigten, dass das Thema Rechtsextremismus eine Belastung darstellt. Vor Ort sind nur wenige Handlungsansätze feststellbar.

Um rechtsextremen Tendenzen in einer Region erfolgreich entgegenwirken zu können, bedarf es großer allseitiger Aufmerksamkeit, der Einsicht in die problembehafteten Menschenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft rechtsextremer Ideologien, einen Ansatz auf mehreren Ebenen, der effektiven Vernetzung und des Engagements der ansässigen Bürger/innen aus allen Altersstufen.

Es ist eine unbestrittene Tatsache, dass sich eine demokratische Kultur, die sich bewusst und engagiert gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit und der Verletzung von Menschenrechten positioniert, im kommunalen Kontext verankert werden muss. Diese Verankerung kann den Ausgangspunkt für ein den ganzen Landkreis umspannendes Programm bilden. Das bedeutet, dass eine mehrere Ebenen übergreifende Maßnahme alle sozialen, politischen und kulturellen Institutionen der



Region miteinander vernetzt. Erreichen lässt sich dies durch ein für den Landkreis entwickeltes Leitbild, das wie eine Glocke auf den Landkreis aufgesetzt wird und von allen Einrichtungen übernommen und in der eigenen Identität eingearbeitet wird. Dieses Leitmotiv, das freie und demokratische Werte beinhaltet, bildet somit die Grundlage für ein gemeinschaftliches, den gesamten Landkreis umspannendes Vorgehen gegen rechtsextremistische Gesinnungen. Außerdem signalisiert solch ein Leitbild nach außen, dass hier in der Heimat Hass, Gewalt, Totalitarismus und Menschenverachtung keinen Platz finden.

Durch diesen lokalen Aktionsplan, welcher gleichermaßen Schulen, Parlamente, Vereine und Kirchen einbezieht, sind unter aktiver Beteiligung der Bürger langfristige Strategien zu entwickeln, wie mit der rechtsextremistischen Gefahr und den Provokateuren umgegangen wird. Dazu zählt:

- die Sensibilisierung der Bürger, die Rechtsextremismus bisher kaum wahrgenommen haben
- eine möglichst breite Verständigung über die realen Problemsituationen
- die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure, die sich schon länger für Demokratie und Menschenrechte engagieren
- *Erhaltung bestehender und/oder Unterstützung selbstinitiiertes soziokultureller Treffpunkte, an denen eine demokratische Streitkultur gepflegt wird. Ein Ort, an dem sich die Bürger der Region als demokratische Gemeinschaft verstehen und letztendlich im Sinne des Gemeinwesens alle am selben Strang ziehen*
- Verbesserung der Teilhabe der Bürger an Entscheidungsfindungsprozessen - beispielsweise durch eine Verbesserung der Informationspolitik seitens der Parlamente über ausstehende Entscheidungen, durch Bildung von Diskussionsforen (Bürgerhaushalte, Jugendbeiräte)
- Aufklärung über die demokratie- und menschenverachtenden Ideologien hinter den rechtsextremistischen Parteien, dass sie eben nicht *normal* und *wählbar* seien
- Sensibilisierung von kommunalen Persönlichkeiten mit Vorbildfunktion sowie Vertretern aus Tourismus und Wirtschaft für die rechtsextremistische Problemsituation und im Umgang mit Provokateuren
- verstärkte demokratische Aktivitäten in den sozialen Brennpunkten
- Kinder und Jugendliche werden durch Bildung, (Erlebnis-)Pädagogik, Kultur



und Sport für Interkulturalität, Vielfalt, Geschichtsbewusstsein und gegen Rechtsextremismus sensibilisiert

- themenbezogene Weiterbildung für Pädagogen, Vereinsvorstände, Verwaltungen, Sensibilisierung der Lehrer gegenüber rechtsextremistischen Gesinnungen

Die Gründe für diese Handlungsansätze sind vielschichtig. Schon die Entwicklung eines Leitmotivs für den Landkreis kann ein aktiver Bestandteil für alle politischen, sozialen und kulturellen Institutionen sein. So kann in einem Art Wettbewerb an den Schulen, Vereinen, Gesellschaften und an allen anderen kulturellen Einrichtungen gemeinsam an solch einem Leitbild gearbeitet werden, um die Ergebnisse am Ende zur Wahl zu stellen. Dies fördert außerdem das Zusammengehörigkeitsgefühl, da gemeinsam an diesem wichtigen Projekt gearbeitet wird.

Speziell unter Jugendlichen und jungen Menschen ist die Gefahr, sich von rechtsextremistischen Einstellungen verleiten zu lassen, besonders groß. Deswegen ist es wichtig, dass Freizeitmöglichkeiten wie beispielsweise Jugendclubs sowie Spiel- und Sportplätze erhalten bleiben. Gerade bei Trostlosigkeit und Einseitigkeit setzen rechtsextremistische Angebote für Jugendliche an. Deswegen lohnen sich bereits im Vorfeld diese Ausgaben. Es sei hier an das Kapitel 4.5.2 erinnert, in welchem auf die hohen Zahlen von vor allem jungen NPD-Wählern hingewiesen wurde.

Deswegen kommt auch Schulen eine besondere Bedeutung zu. Vor allem Schüler müssen für rechtsextremistische Ansätze in der eigenen (Jugend-)Kultur sensibilisiert werden. Denn gerade junge Menschen, die mitten in ihrer Entwicklung stehen, schaffen sich in diesem Zeitraum ihres Lebens ein Bewusstsein für Werte, Moral und Gerechtigkeit. Was hier geprägt wird, begleitet sie ein ganzes Leben lang. Deswegen müssen vor allem die Schulen im Mittelpunkt des Programms für eine demokratische, freie und friedliche Welt stehen. Um das Ziel zu erreichen, können die verschiedensten Programme oder Veranstaltungen dienen, angefangen von reinen Informationsveranstaltungen in Form von Vorträgen über von Schülern selbst gestalteten Events wie Ausstellungen oder Diskussionsrunden bis hin zu Bildungsreisen an von der Geschichte geprägten Orte. Besonders wichtig ist dabei eine kompetente Begleitung der Schüler, was eine gezielte Weiterbildung und Schulung der Lehrer bedarf. Denn auch für sie ist es notwendig, dass sie für rechtsextremistische Tendenzen und Problemsituationen sensibilisiert werden und in



einer geeigneten Form auf Provokateure reagieren können.

Um eine Unterwanderung durch Rechtsextremisten in den Vereinen, Clubs und Gesellschaften zu verhindern, bedarf es auch hier einer Sensibilisierung. Vor allem die deutungsmächtigen Akteure in den Institutionen gilt es dafür zu erreichen. Auch hier ist es unumgänglich, dass ihnen die Möglichkeit gegeben wird, demokratiefeindliche Gefahren erkennen und auf solche eingehen zu können. Denn genau dieses Unterwandern gehört zur Strategie der NPD, um besser in der Mitte der Gesellschaft anzukommen. Zusätzlich muss diese Sensibilisierung auch dafür dienen, dass in den Institutionen und bei sportlichen sowie kulturellen Veranstaltungen in einem richtigen Maße auf Provokateure und rechtsextremistischen Gruppen eingegangen und reagiert wird.

Menschen in sozialen Brennpunkten sind ebenso vom rechtsextremistischen Einfluss gefährdet. Deswegen müssen sie einen Schwerpunkt demokratischer Aktivitäten bilden. Das trifft vor allem auch auf die demokratischen Parteien und den politischen Entscheidungsinstanzen zu, deren Präsenz vor Ort wichtig ist. Dabei braucht es eine enge Verzahnung der Stadtteilorganisationen und der Stadtratsfraktionen. Ziel muss es sein, als politische Ansprechpartner – nicht nur in den sozialen Brennpunkten, dort aber vor allem – vor Ort wahrgenommen zu werden, indem konkrete Probleme vor Ort erkannt und wenn nötig von demokratischer Seite auf die politische Agenda der Stadt gehoben werden. Hier gilt das Motto, nicht nur das Nötige zu tun, sondern das Mögliche.



5. Schlussbemerkungen

Das Motto lautet – *Gemeinsam*. Wie in dieser Studie festzustellen ist, existiert die rechtsextremistische Gefahr inmitten unserer Gesellschaft. Die Strategie der NPD, sich in der Mitte etablieren zu wollen, geht zunehmend auf. Parteimitglieder erringen immer mehr Plätze in den Parlamenten auf kommunaler Ebene und auch in den Kreistagen. Hinzu kommt, dass es die Vertreter der Partei inzwischen geschafft haben, in zwei Landtagen einzuziehen. Schon diese Erfolge gefährden unsere demokratische Kultur. Deswegen braucht es auch ein **gemeinsames** Handeln.

Einzelne Aktionen wie Konzerte gegen Rechts, Aufklärungsveranstaltungen in den Schulen oder auf dem Marktplatz bilden sicherlich eine gute Basis. Allerdings können sie keine Breitenwirkung erzielen, da sie meist nur punktuell und ohne eine übergeordnete Strategie ansetzen. Und genau hier setzt die Idee eines den ganzen Landkreis umfassenden Leitbildes an. Dabei wird nicht nur gezielt, sondern eben einheitlich das Problem der Menschenverachtung und Demokratiefeindlichkeit angegangen.

Auch wenn es schwer ist, die Entwicklung des rechtsextremistischen Milieus vorauszusagen, kann mit Sicherheit **keine Entwarnung** gegeben werden. Es braucht mehr denn je eine Mobilisierung aller demokratischen Kräfte, um nicht nur dem Vorrücken des Rechtsextremismus entgegen treten zu können, sondern ihn auch stetig zurückzudrängen. Denn nur in einer demokratischen Welt lassen sich Freiheit, Offenheit, Vielseitigkeit, eine individuelle Identität und Gleichheit ausleben.

Die Bürger im Landkreis Sonneberg sind sehr engagiert, um ihre Heimat auch weiterhin lebens- und lebenswert zu gestalten. Dabei schlummert in ihnen ein enormes Potenzial, das richtig gefördert, die Region auch gegen die Gefahren aus dem rechtsextremistischen Milieu stärkt. Schon jetzt werden dort Werte wie Freiheit, Gleichheit und Freundschaftlichkeit gegenüber den verschiedenen Kulturen hoch gehalten. Nur müssen sie auch gegen die Unterwanderungsstrategien der NPD geschützt und sensibilisiert werden.

„Nur wenn es der demokratischen Gesellschaft gelingt, ein konkurrenzfähiges Maß an Orientierung, Lebensqualität, Solidarität und Spaß anzubieten, kann rechtsextremen Gruppierungen auf Dauer der Boden entzogen werden. Die Reflexion von Orientierungs- und Angebotsdefiziten und die aktive Gestaltung einer demokratischen Stadtkultur dürfen deshalb nicht in einer gesellschaftlichen Nische stattfinden, sondern sie müssen möglichst alle demokratisch gesinnten



gesellschaftlichen Gruppen einbeziehen und durch Bereitstellung materieller und immaterieller Ressourcen unterstützt werden.“ (Strobl/ Lobermeier 2010, 310)

Die hier vorgelegte Studie versteht sich als Teil eines solchen ganzheitlichen Ansatzes zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Potentials im Landkreis Schmalkalden-Meiningen.



Literaturverzeichnis

Dalton Vgl. (Dalton, 2002, 2004). In: Willems, Hellmut (Projektleitung). Nationaler Bericht zur Situation der Jugend in Luxemburg (2010)

Decker O., Weißmann M., Kiess J., Brähler E., Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung 2010

Edinger M., Gerstenhauer D., Schmitt K., POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN - Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen - Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2010, Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2011

Ehrenberg, M.; Sagatz, K. <http://www.tagesspiegel.de/medien/kampagnen-gestatten-rechts-und-nett/5875624.html>

Elverich G., Glaser M., Schlimbach T., Schnitzer A., Rechtsextreme Musik – Ihre Funktion für jugendliche Hörer/innen und Antworten der pädagogischen Praxis, 2009

Farin K., Weidenklaff I., Studie zum Thema Jugend- und Jugendkulturen in Thüringen. Unveröffentlichte Skripten einer Tagung. 1999.

Grau A., Rechtsextremismus zwischen Normalisierung und Gewalt. In: Heitmeyer W., Deutsche Zustände, Folge 8, 2010

Grau A., Wandschneider S., Marth J. ; Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus; In: Heitmeyer W., Rechtsextreme Strukturen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Dresden, Bielefeld, 2010

Hafeneger, B., Jansen, M. M., & Niebling, T. (Hrsg.), Kinder- und Jugendpartizipation: Im Spannungsfeld von Interessen und Akteuren, Opladen (2005)

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Nazis im Parlament, Eine Bestandsaufnahme und kritische Analyse aus Thüringen, Erfurt 2011

Jugendschutz.net; verantwortl.: Glaser, S.; Rechtsextremismus online beobachten und nachhaltig bekämpfen – Bericht 2010 über Recherchen und Maßnahmen; Mainz 2011

Lipset S. M., Der ‚Faschismus‘, die Linke, die Rechte und die Mitte. In: Nolte E. (Hrsg.): Theorien über den Faschismus, Köln 1984

Meyers, C., & Willems, H. Die Jugend der Stadt Luxemburg: Das Portrait einer multikulturellen und heterogenen Jugendgeneration, ihrer Wertorientierungen und Freizeitmuster. Schriften zur Jugendforschung: Vol. 3.(2008).

Paul W., Zuerst die Kommunen – Die NPD in Thüringer Kommunalparlamenten, in: Nazis im Parlament Thüringen, Heinrich-Böll-Stiftung, 2011

Roth, R., & Olk, T., Mehr Partizipation wagen: Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen; Bertelsmann-Stiftung (2007)

Sedlacek, Peter, Demografischer Wandel in Thüringen – gestern und morgen, LzpB Thüringen, 2011

Stange, W. „Was ist Partizipation“, www.kinderpolitik.de/beteiligungsbausteine/



pdf/a/Baustein_A_1_1.pdf

Virchow F., Hat die NPD eine Strategie der Machtergreifung? In: Virchow, F., Dornbusch C., (Hg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. 2008

Wagner, B., Neuer Rechtsextremismus und „kulturelle Subversion“. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Nr. 4, 2008

Willems, H. (Projektleitung). Nationaler Bericht zur Situation der Jugend in Luxemburg(2010)

Bundesagentur für Arbeit; Arbeitsmarktdaten für kreisfreie Städte und Landkreise; Thür.; Oktober 2011

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Bielefeld; Vom Forschungsprojekt zum Forschungsprogramm „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, Bielefeld 2010

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz (Hrsg.) Leitlinien zur Kinder- und Jugendfreundlichen Dorfentwicklung (2010)

Verfassungsschutzbericht 2010; Thür. Innenministerium; Freistaat Thüringen 2011

Quellen

<http://www.abgeordnetenwatch.de/suche-223-0-2---aw-----einnahmesituation.html>

http://www.bpb.de/methodik/J4X0OC,0,0,Anzeige_einer_Methode.html?mid=332

http://www.coburg.de/Portaldaten/2/Resources/dokumente/00-wifoeg/Coburg_Daten_Fakten_2009_10.pdf (Wirtschaftsraum Coburg. Daten und Fakten. Ausgabe 2009/2010)

http://www.buddy-ev.de/Download/Downloads/EZ_Dokumentation_Thueringen.pdf

[http://www.halt-mitreden.de/index.php?option=com_content&view=article&id=108:der-
klassenrat&catid=66:abrufangebote&Itemid=106](http://www.halt-mitreden.de/index.php?option=com_content&view=article&id=108:der-
klassenrat&catid=66:abrufangebote&Itemid=106)

[http://www.insuedthueringen.de/lokal/schmalkalden/fwstzsmlokal/Angebote-zu-wenig-
bekannt;art83450,1744436](http://www.insuedthueringen.de/lokal/schmalkalden/fwstzsmlokal/Angebote-zu-wenig-
bekannt;art83450,1744436)

<http://www.kirmesverein-fambach.de/index.php/tradition.html>

<http://linksunten.indymedia.org/node/20954>

[http://www.lk-sm.de/wcms/DocsID/B56FC02908CFD8BDC12577D00025AD79/\\$file/Anforderungen_offene](http://www.lk-sm.de/wcms/DocsID/B56FC02908CFD8BDC12577D00025AD79/$file/Anforderungen_offene)



_Jugendraeume.pdf

<http://www.mobit.org/Artikel/2009/FW120509.htm>

<http://www.nip-thueringen.de/sud/sonneberg> (Studie Nazis im Parlament)

<http://www.nelecom.de/konzept.html>

<http://www.schwallungen.de/inhalt/buerger/jugendbetreuung.asp>

<http://www.schwapper.de/>

http://www.static.shell.com/static/deu/downloads/aboutshell/our_commitment/shell_youth_study/2010/youth_study_2010_press_release_140910.pdf
(Shell-Jugendstudie2010)

<http://www.tagesspiegel.de/medien/kampagnen-gestatten-rechts-und-nett/5875624.html>

<http://www.thueringen.de/de/tmsfg/familie/beratungsdienste/gewaltpraevention/buddy/content.html>

www.thueringen.de/de/tmsfg/familie/beratungsdienste/gewaltpraevention/schulmediation/content.html

<http://www.thueringen.de/imperia/md/content/homepage/politisch/thueringenmonitor-2011-gesamtdokument-final3.pdf> (Thüringen-Monitor2011)

<http://www.unz.de/nc/aktuell/thema/detail/zurueck/thema/artikel/zuerst-die-kommunen-die-strategische-ausrichtung-der-npd>

<http://www.wir-hier-und-jetzt.de/bundesinitiative/projektuebersicht/index.html?action=nblliste&programm=W>

<http://www.wz-newsline.de/home/ratgeber/familie-jugend/jugendliche-koennen-in-der-politik-mitmischen-1.698177>

<http://174.122.234.116/showthread.php?t=195102>



Anlage 1

Interviewleitfaden für die qualitativen Interviews

Einleitung

Die Bürgergesellschaft des Landkreis Schmalkalden-Meiningen entwickelt im Rahmen des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ einen Lokalen Aktionsplan zur Stärkung der Demokratie. In diesem Kontext ist es notwendige sozialräumliche Analysen zu den Themen zivilgesellschaftliche Strukturen, Wert- und Kulturvorstellungen sowie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit/Rechtsextremismus zu tätigen. Aus diesem Grund werden mit deutungsmächtigen Akteuren und/oder sog. Meinungsführern qualitative Interviews durchgeführt.

In anonymisierter Form werden die Ergebnisse der Erhebung veröffentlicht.

Fragestellung 1:

Rechtsextreme besetzen oftmals die von der Bürgergesellschaft aufgegebenen Räume, schrumpfende Gemeinden etc. und machen sich Unmut und Ängste der BürgerInnen zunutze. Daher interessiert uns, wie lebendig die bürgerschaftlichen Strukturen sind bzw. wie die Grundstimmung im Ort ist.

- >> Haben Sie bereits ein Haus gebaut, einen Baum gepflanzt und ein Kinder gezeugt?
- >> Leben Sie gerne hier? Warum?
- >> Beschreiben Sie ihre Gemeinde, was für Vereine, Feste,existieren?

Fragestellung 2:

Mittels Wortergreifungsstrategie, mischen sich Extreme mit populistischen Parolen in aktuelle Diskussionen ein und machen einzelne Gruppen oder den Staat für Unzulänglichkeiten verantwortlich.

- >> Was muß Ihrer Meinung nach in den nächsten 2 Jahren am Dringenden in Ihrer Gemeinde verbessert werden? (Was stört Sie am meisten?)
- >> Wie könnte die Gemeinde Ihre Idee realisieren und finanzieren?
- >> Was thematisieren andere Gruppen? Welche sind das?



Fragestellung 3:

- >> Man sagt: Damit sich eine Gesellschaft entwickeln kann, ist ein konstruktiver Diskurs notwendig. Dafür sind öffentlichen Orte und Plätze notwendig um sich austauschen zu können. Gibt es solche Orte (Dorfbrunnen, Dorflinde, Vereinszimmer ?)
- >> Wie würden Sie die Diskussionskultur dort beschreiben?

Fragestellung 4

Jede Szene benötigt eigene Erlebnisräume, welche für den Zusammenhalt und den Fortbestand wichtig sind.

- >> Gibt es in der Gemeinde oder im Landkreis ideologisch geprägte Orte, Szenelaeden, Kneipen oder Konzertsaele, welche den Extremen zuzuordnen sind?
- >> Kennen Sie solche und würden Sie dorthin gehen?

Fragestellung 5:

Gesellschaftliche Eliten und deutungsmächtige Akteure sind Vorbilder aber auch Meinungsführer in den Kommunen.

- >> Wer sind in im Wesentlichen die deutungsmächtigen Akteure in ihrer Gemeinde?
- >> Wie positionieren sich diese gegenüber den Rechtsextremen?
- >> Auf welche Art und Weise bringen sich rechte Akteure in den Gemeinden ein, um sich in der Bevölkerung ins Gespräch zu bringen?

Fragestellung 6:

Rechte Akteure versuchen populistische Parolen und demokratiefeindliche Einstellungen zu implementieren, indem sie ihre Slogans simplifizieren und mit der Bürgermeinung verbinden.

- >> Sind Ihnen in der letzten Zeit populistische oder demokratiefeindliche Parolen begegnet? Wie schätzen sie das Ausmaß dieser Einstellungen (Bsp.: Abwertung schwache Gruppen) ein?



Fragestellung 7:

Mit dem Maße der Normalisierung der rechtsextremen Akteure im Alltag, ist meist eine Zunahme demokratiefeindlicher und menschenfeindlicher Einstellungen feststellbar.

- >> Wie reagieren ihre Mitmenschen auf schwulesbische Pärchen in der Öffentlichkeit?
- >> Lässt sich in Ihrer Gemeinde/Landkreis eine zunehmende Akzeptanz rechter Einstellungen verzeichnen? Wenn ja, beschreiben sie solche Anzeichen.

Fragestellung 8:

- >> Gibt es öffentliche Räume, in denen Rechtsextreme das soziale Klima dominieren und die von Andersdenkenden, AusländerInnen etc. gemieden werden?
- >> Existieren im Landkreis, Plätze, Gemeinden oder Städte sog. Angsträume? Wenn ja, wo befinden sie sich? Beschreiben Sie bitte deren Wesenmerkmale!

Fragestellung 9:

Neben den gesellschaftlichen Eliten spielen die Medien eine nicht unwesentliche Rolle bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

- >> Wie gehen die lokalen Medien mit Thema Ausländerfeindlichkeit, rechte Gewalt um?

Fragestellung 10:

Wie setzt sich die Bürgergesellschaft/Vereine/Parteien/Institutionen mit den Thema Rechtsextremismus auseinander? Welche Ansätze bestehen?

- >> Kennen Sie Angebote oder Projekte gegen Extremismus oder gesellschaftliche Ausgrenzung bekannt?
- >> Was machen Sie gegen rechtsextreme Aktivitäten?

